

# ÖGZ



Österreichischer  
Städtebund

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

9/2022

DASEINSVORSORGE

## Das Fundament der Städte





# mehr wien zum leben.

**Ihre LEBENSQUALITÄT  
ist unsere Aufgabe.**

Kultur, Immobilien, Logistik und Medien:  
Die Wien Holding schafft Lebensqualität für unsere  
Stadt. 365 Tage im Jahr zu jeder Zeit an jedem Ort.  
Für alle Wienerinnen und Wiener.

[www.wienholding.at](http://www.wienholding.at)



mehr wien zum leben.  
**wien**holding

Ein Unternehmen der StoDt#Wien



# Daseinsvorsorge ist unser Fundament

Städte und Gemeinden brauchen ausreichend Mittel, um die öffentliche Grundversorgung nachhaltig abzusichern.

Funktionierende Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, die Bereitstellung von leistbarem Wohnraum, Bildungseinrichtungen, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, Kultur, Freizeit- und Sportinfrastruktur und natürlich Straßen, öffentlicher Verkehr und Breitbandausstattung – all das, was eine funktionierende Stadt ausmacht, zählt zur Daseinsvorsorge.

Die elementare Bedeutung einer hochwertigen öffentlichen Grundversorgung für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt wurde in den letzten beiden Jahren sehr deutlich spürbar. Die Folgen der Covid-Pandemie, der

Ukraine-Krieg, der Klimawandel, die Teuerungen und die Inflation machen uns allen zu schaffen. Umso mehr braucht die öffentliche Hand jetzt genügend Spielräume, um Investitionen in eine nachhaltige, krisenfeste Infrastruktur zu tätigen und das systemrelevante Personal in diesem Bereich zu sichern.

Im nächsten Finanzausgleich wäre es also mehr als nur gerecht, die Mittel für die Gemeindeebene gegenüber den Vorperioden zu erhöhen, damit Städte und Gemeinden auch in den nächsten Jahren ihrem Versorgungsauftrag in der Daseinsvorsorge nachkommen und die Herausforderungen der Zukunft meistern können. 

**Thomas Weninger**

Generalsekretär Österreichischer Städtebund

**Michael Ludwig**

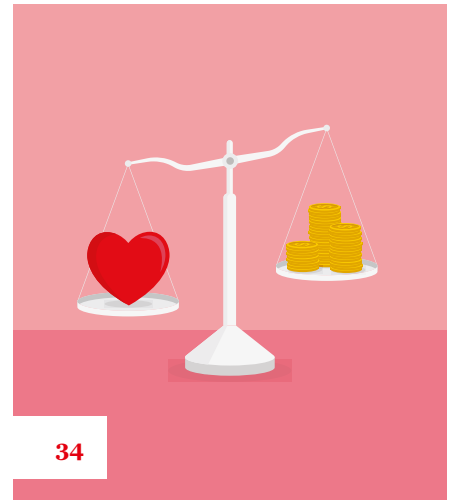
Präsident Österreichischer Städtebund



13



28



34

## Schwerpunkt Daseinsvorsorge

- |    |                                                                            |    |                                                          |    |                                                         |
|----|----------------------------------------------------------------------------|----|----------------------------------------------------------|----|---------------------------------------------------------|
| 10 | <b>Studie</b><br>Warum die Gemeinden jetzt investieren sollten             | 22 | <b>Community Nurse</b><br>Erfahrungen aus Deutsch-Wagram | 34 | <b>Nachhaltigkeit</b><br>Sozial-ökologische Beschaffung |
| 13 | <b>Kritische soziale Infrastruktur</b><br>Pflege: Konzerne und Investoren? | 24 | <b>Gemeinwesenzentren</b><br>Community Care Center       | 36 | <b>Graz</b><br>Foodsharing: teilen und tauschen         |
| 16 | <b>Personal</b><br>Jobs für unser aller Zukunft                            | 28 | <b>Smart City</b><br>Digitale Daseinsvorsorge            | 38 | <b>Linz</b><br>Blackoutvorsorge                         |
| 18 | <b>Systemerhalter:innen</b><br>Klatschen reicht nicht                      | 30 | <b>PSO-Leitlinien</b><br>Chance verpasst?                | 40 | <b>China</b><br>Kritische Infrastruktur                 |
| 20 | <b>Community Nurse</b><br>Nah für dich, da für dich!                       | 32 | <b>Ganztagsschule</b><br>Das ungeliebte Kind?            | 44 | <b>Recycling</b><br>Glassammlung in Stadt und Land      |

## Magazin

- |    |                                                                            |    |                                                                                                              |
|----|----------------------------------------------------------------------------|----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 50 | <b>KLIMASerie</b><br>Das Kremser Klimarelevanz-Tool                        | 56 | <b>Kommunale Pionierin</b><br>Stadtplanerin Eva Kail                                                         |
| 52 | <b>Fachausschüsse</b><br>Recht und Verwaltungsorganisation                 | 58 | <b>Personal</b><br>Brauchen Kommunen Employer Branding?                                                      |
| 53 | <b>Fachausschüsse</b><br>Facility Management                               | 60 | <b>Recht</b><br>Abgabenbefreiung: sozialökonomische Betriebe und Einrichtungen<br>Teil 3: Fürsorgeleistungen |
| 54 | <b>Europäische Mobilitätswoche</b><br>Mit Mix and Move zur Mobilitätswende |    |                                                                                                              |

- |                           |    |
|---------------------------|----|
| Aktuelles aus den Städten | 6  |
| Finanzen                  | 64 |
| Literatur                 | 65 |
| Zu guter Letzt            | 66 |
| Vorschau                  | 67 |
| Impressum                 | 67 |

# myMoover

SMART CITY, SMART MOVER



## SICHER, INTUITIV UND VERNETZT: PERFEKT FÜR DIE KLEINEN ERLEDIGUNGEN BIS IN DIE ENGSTEN GASSEN.

Der MyMoover ist die Innovation für den Kommunalbereich. Durch 2 Hinterräder und dem kippbare Heckkoffer ist das Fahrzeug wendig und stabil zugleich und ermöglicht Parken ohne Ständer. Bis 80 kg Ladekapazität sind ideal für Erledigungen im Kurzstreckeneinsatz. Ein individueller Aufbau für spezielle Bedürfnisse ist möglich. Bei Bedarf kann der MyMoover durch eine Blackbox mit GPS im Echtzeitbetrieb geortet werden. [https://www.piaggio.com/at\\_DE/mymoover/](https://www.piaggio.com/at_DE/mymoover/)

Sie sind interessiert? Wenden Sie sich an einen Vertriebspartner des Piaggio MyMoover:

Faber Roller und Bike, 1020 Wien und 1230 Wien, [faber.at](http://faber.at) | Vespa Center, 4040 Linz, [vespacenter.at](http://vespacenter.at) | Hauthaler, 5020 Salzburg, [2rad-hauthaler.at](http://2rad-hauthaler.at) | Motorbär, 6130 Schwaz, [motorbaer.at](http://motorbaer.at) | Loitz, 6923 Lauterach, [loitz.at](http://loitz.at) | Börni, 8053 Graz, [boerni.cc](http://boerni.cc) | KFZ Lobnig, 9100 Völkermarkt, [lobnig.at](http://lobnig.at)



**PIAGGIO®**  
[piaggio.at](http://piaggio.at)



1



2



3



4



5



6



7



8

# Pridemonat Juni

**Viele Städte setzten im Regenbogen-Monat Juni sichtbare Zeichen für Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Eine bunte Rundschau:**

## 1. Schwechat

Das O in Hopferl steht für Offenheit. Und genau diese Offenheit und Toleranz werden in Schwechat, der Stadt der Vielfalt, gelebt und gefeiert. Machen wir's wie Hopferl und setzen wir gemeinsam ein Zeichen für Vielfalt und Buntheit und gegen Intoleranz und Hass!

## 2. Linz

Mit sichtbaren Zeichen im öffentlichen Raum und einer eigenen LGBTQI\*-Policy fördert die Rainbow City Linz offensiv Respekt und Gleichberechtigung, um Toleranz und Akzeptanz zu schaffen.

## 3. Krems

Krems setzte mit der Regenbogenfahne vor dem Rathaus ein Zeichen gegen Diskriminierung und der Solidarität mit der LGBTQI\*-Gemeinschaft.

## 4. Salzburg

Als klares Statement der Stadt Salzburg für mehr Vielfalt und Toleranz veränderte sie im

Juni ihr Erscheinungsbild: Alle Drucksorten, wie Plakate, Postwürfe und Flyer, und in den sozialen Medien zierte statt des gewohnten und markanten roten Doppelpunkts im Juni der Regenbogen, weil sich Salzburg als Menschenrechtsstadt eindeutig zu einer vielfältigen und gleichberechtigten Gesellschaft bekennt.

## 5. Bregenz

Die Landeshauptstadt Bregenz steht für Toleranz und Gleichstellung. Bei der Umsetzung ihres Aktionsplans zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt ist die Landeshauptstadt einen weiteren Schritt gegangen und hat in der Schillerstraße den ersten Regenbogen-Zebrastrreifen in Bregenz realisiert.

## 6. St. Pölten

Auf die Straße gehen für die Gleichberechtigung: Das Rathaus St. Pölten wurde im Pridemonat Juni mit der Regenbogenfahne beflaggt, die zu Vielfalt und Gleichberechtigung aufruft. Am 18. Juni fand außerdem die

„Pride Parade“ in St. Pölten statt, die vom Verein „St. Pride“ organisiert wurde.

## 7. Knittelfeld

In Knittelfeld werden aktuell die Räumlichkeiten sowie Angebote des Jugendzentrums verstärkt auf die Bedürfnisse und Interessen der Mädchen\* und nicht-binärgeschlechtlichen (genderfluiden) Jugendlichen ausgerichtet. Es gab spezielle Aktionen zum Pride-Monat mit Infos und Diskussion zu diversen sexuellen Orientierungen.

## 8. Wien

Über 250.000 Menschen – darunter auch viele Vertreter:innen der Stadtregierung – waren bei der 26. Regenbogenparade in Wien dabei und demonstrierten feiernd für Akzeptanz, Respekt und gleiche Rechte. Darüber hinaus setzt die Stadt Wien viele Initiativen für Vielfalt und Respekt, etwa mit drei Regenbogen-Straßenbahnlinien und Regenbogenfahnen auf den Fahrzeugen, Stadteinfahrtstafeln, Citylights, Rollingboards und digitalen Screens.

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

**Was schenken Sie Ihren neuen  
Gemeindebürgern zur Geburt?**

Unsere bunten Kinder-Rucksäcke, prall befüllt mit vielen wertvollen Baby-Artikeln, sind ein tolles Willkommensgeschenk.

**Wir machen  
Ihren Rucksack  
EINZIGARTIG-mit  
Ihrem individuellen  
Aufdruck**

- ✓ die Qualität besticht
- ✓ der Inhalt begeistert
- ✓ der Preis überzeugt

Bezahlte Anzeige

### Kontakt:

Karin Bayer | 0676/64 53 986  
Marketingservice Thomas Mikscha GmbH  
Messestraße 6 | 3100 St. Pölten

[www.mstm.at](http://www.mstm.at)



*Generalsekretär Thomas Weninger, der Kindberger Bürgermeister Christian Sandner (die Heimatgemeinde von Erich Hechtner), MD a. D. Erich Hechtner und Präsident Bürgermeister Michael Ludwig*

## Wir gratulieren!

### Ehrenzeichen des Städtebundes für Erich Hechtner

„Ich habe heute die Ehre, Erich Hechtner, erst ein paar Tage außer Dienst als Wiener Magistratsdirektor, das Ehrenzeichen des Österreichischen Städtebundes zu verleihen“, freute sich Städtebundpräsident Michael Ludwig Anfang Juli.

Magistratsdirektor Erich Hechtner war über zehn Jahre Vorsitzender des Rechtsausschusses des Österreichischen Städtebundes und hatte den Vorsitz im Fachausschuss für Kontrollamtsan-

gelegenheiten. Er hat nicht nur den regelmäßigen Austausch der Magistratsdirektor:innen innerhalb des Städtebundes forciert, sondern auch ein Netzwerk mit Magistratsdirektor:innen europäischer Städte etabliert.

Generalsekretär Thomas Weninger ergänzte in seiner Rede im Rahmen der Ehrenzeichen-Verleihung: „Die Zusammenarbeit mit Magistratsdirektor Erich Hechtner war immer partnerschaftlich, auf Augenhöhe und fachlich

fundiert, bei urbanen Themen wie Wohnen, Smart City oder Cyber Security genauso wie bei den klassischen Aufgaben einer kommunalen Verwaltung.“

Erich Hechtner leistete einen außergewöhnlichen Beitrag für die Stadt Wien und die Städte in Österreich.

Wir bedanken uns bei ihm für seine engagierte Tätigkeit sowie seine langjährige Unterstützung und wünschen ihm für seinen neuen Lebensabschnitt viel Freude!



## Neuer Bürgermeister

**Michael Schumacher löst Bgm. Leitenberger ab.**

Nach 17 Jahren im Amt stellte Bürgermeister Helmut Leitenberger (SPÖ) im Jänner sein Amt als Bürgermeister der Stadtgemeinde Leibnitz zur Verfügung. Am 7. Juli wurde Michael Schumacher, seit 2005 Gemeinderat in Leibnitz, zu seinem Nachfolger gewählt. Alles Gute für die neue Herausforderung!



## Denkmal voraus: Denkmalschutz ist Klimaschutz

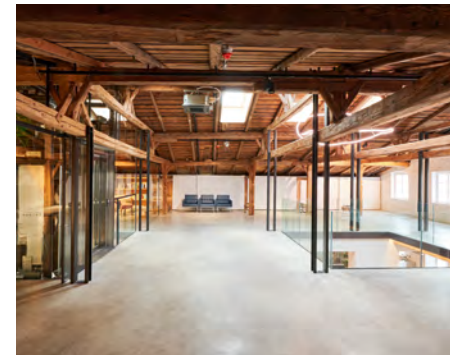
**Tag des Denkmals am 25. September**

Der Tag des Denkmals bietet am Sonntag, den 25. September, die Möglichkeit, mehr als 270 historische Objekte in ganz Österreich bei freiem Eintritt zu besuchen. Viele davon sind nur am Tag des Denkmals geöffnet, bereits bekannte Denkmale erscheinen durch bestimmte Themenführungen und ein spezielles Rahmenprogramm in einem neuen Blickwinkel.

Das heurige Motto „Denkmal voraus: Denkmalschutz ist Klimaschutz“ zeigt, dass sich Denkmalschutz und Klimaschutz hervorragend ergänzen und präsentiert in ganz Österreich Denkmale, deren Eigentümer:innen beispielhaft vorausdenken.

Alle Programmpunkte in ganz Österreich finden sich hier:

<https://tagdesdenkmals.at>

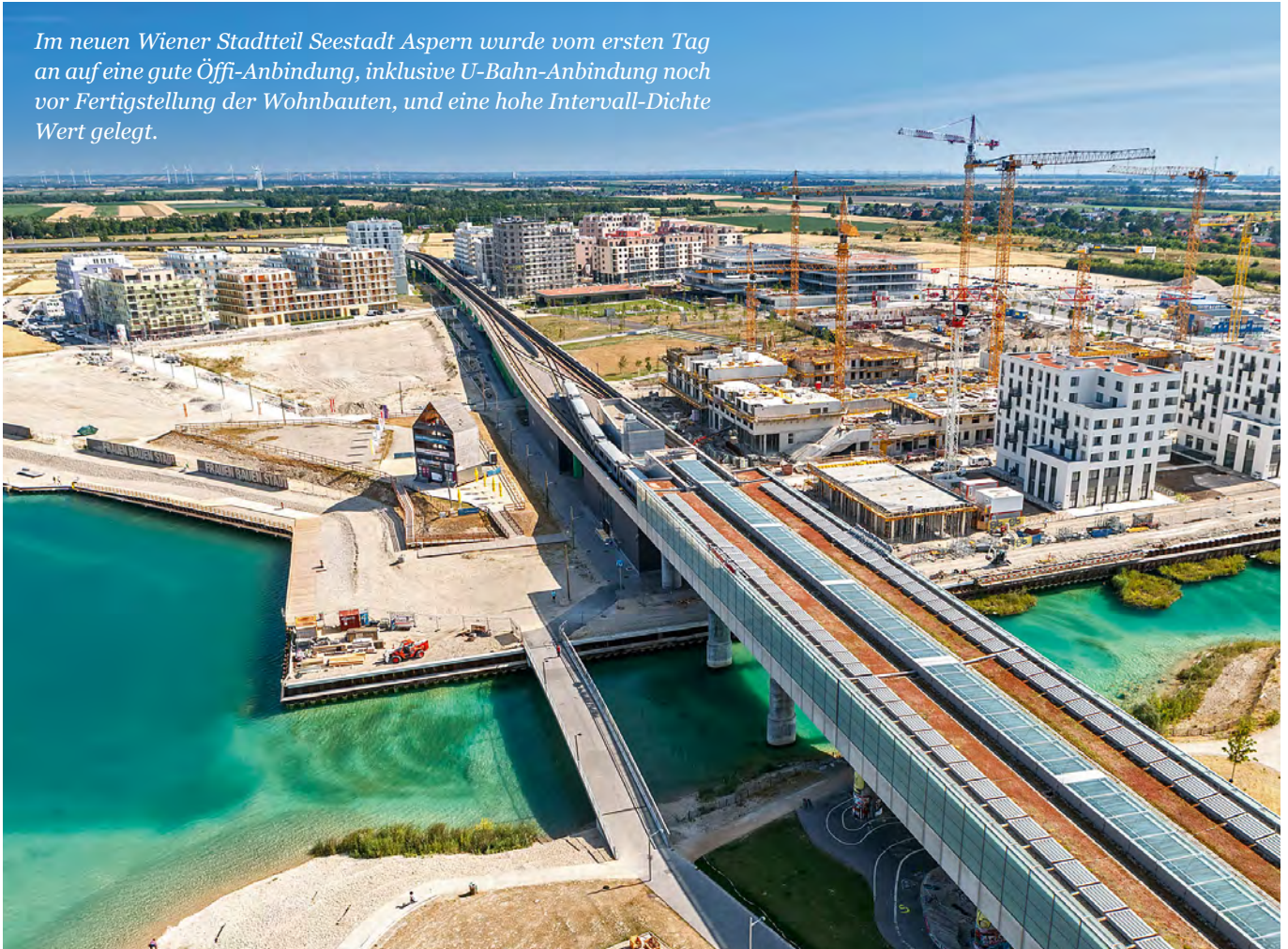




© Foto: Robert Peres

# Schwerpunkt Daseinsvorsorge

*Im neuen Wiener Stadtteil Seestadt Aspern wurde vom ersten Tag an auf eine gute Öffi-Anbindung, inklusive U-Bahn-Anbindung noch vor Fertigstellung der Wohnbauten, und eine hohe Intervall-Dichte Wert gelegt.*



# Jetzt investieren!

Investitionen in die Daseinsvorsorge sind Investitionen in die Zukunft!

**D**ie Leistungen der Daseinsvorsorge stellen das Fundament der Entwicklung der Lebensqualität aller Menschen, aber auch des Wirtschaftsstandorts dar. Diese öffentlichen Dienstleistungen, die für das alltägliche Leben von besonderer Bedeutung sind, reichen von der Wasser- und Energieversorgung, der Abwasser- und Müllentsorgung, Gesundheits- und sozialen

Dienstleistungen bis hin zum öffentlichen Personen-Nahverkehr, um nur einige Beispiele anzuführen.

Dass öffentliche Investitionen in leistbaren Wohnraum, das öffentliche Verkehrsnetz, Bildungschancen, die Gesundheitsversorgung, die Digitalisierung oder Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimaschutzes auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll sind, unterstreicht eine im

Auftrag des Büros für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien kürzlich veröffentlichte Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw). Anstatt die wirtschaftliche Erholung durch wachstumsfeindliche Austeritätsmaßnahmen abzuwürgen, bräuchte es Spielräume für Investitionen der öffentlichen Hand – gerade in Zeiten von Corona, steigenden

Verbraucherpreisen und des Ukraine-Krieges.

### Austeritätspolitik als Irrweg

Obwohl Österreich die Herausforderungen der globalen Finanzkrise von 2008 im Vergleich zu anderen Staaten der Eurozone – insbesondere aufgrund einer hierzulande weniger stark auf Einsparungen ausgerichteten Budgetpolitik – recht gut gestemmt hat, gilt es nun, wo es darum geht, über den Kurs der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre und Jahrzehnte zu entscheiden, Lehren aus Versäumnissen vergangener Krisen zu ziehen: Ausgelöst durch einen erheblichen bundespolitischen Druck und aufgrund sinkender kommunaler Einnahmen wurde in vielen Gemeinden Österreichs eine restriktive Fiskalpolitik eingeschlagen. Anstehende wichtige Investitionen wurden nicht mehr getätigt, sondern stattdessen auf die lange Bank geschoben – was weitreichende negative Auswirkungen mit sich brachte: Dieser Investitionsstau wirkte sich nicht nur negativ auf die Qualität der von den Kommunen erbrachten Leistungen aus, sondern hemmte auch das Wirtschaftswachstum, wie das wiiw in seiner Studie anmerkt.

### Pandemie hat vielen die Augen geöffnet

Auch wenn viele Gemeinden in Österreich – darunter auch die Gemeinde Wien – nach der globalen Finanzkrise erfolglos vor einer zu sehr aufs Sparen ausgerichteten Budgetpolitik warnten, wurde den Gemeinden eine restriktive Sparpolitik auferlegt, was ein Zurückfahren von Investitionen zur Folge hatte. Nicht zuletzt in der Pandemie hat sich gezeigt, dass sich damals erfolgte Kürzungen bei der Daseinsvorsorge – etwa im Bildungs-, Gesundheits- oder Sozialbereich – negativ ausgewirkt haben. Ganz gleich, ob es um die Verringerung der Bettenanzahl in Spitälern, um Einsparungen im Bereich der Elementarpädagogik oder um Kürzungen in der Kulturszene geht: Vielen wurde erst durch die Pandemie und ihre wirtschafts- wie auch gesundheitspolitischen Ausfallerscheinungen wieder in Erinnerung gerufen,



*Wiens kristallklares Trinkwasser erfrischt nicht nur an heißen Tagen, sondern ist auch eine wichtige Voraussetzung für den hohen Hygiene- und Lebensstandard.*

wie wichtig es ist, dass die öffentliche Daseinsvorsorge gerade in schwierigen Zeiten funktioniert. Insbesondere in Krisenzeiten müssen sich die Leute darauf verlassen können, dass das, was sie für ihre Existenz, für ihr Dasein benötigen, auch wirklich funktioniert – und das für alle und nicht nur für die, die es sich leisten können. Erst eine gut aufgestellte und entsprechend finanzierte Daseinsvorsorge ist Garant dafür, dass die öffentliche Hand auch im Krisenfall qualitativ hochwertige Leistungen erbringen kann und die Gemeinden in weiterer Folge „am Laufen“ gehalten werden.

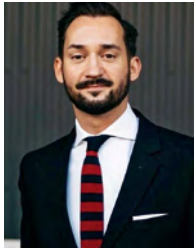
### Kommunale Leistungen als Mittel zur Krisenbewältigung

Statt eines Zurückfahrens von Investitionen bei den Leistungen der Kommunen sollte gerade jetzt – alleine schon aus

volkswirtschaftlichen Überlegungen heraus – vermehrt investiert werden, so die Schlussfolgerung des wiiw. „Wir brauchen hier einen Paradigmenwechsel, wie er auch bei Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds oder der OECD zu beobachten ist. In der Finanzkrise hat man gesehen, dass Sparpolitik das Wachstum nach der Krise abwürgt. Natürlich ist das kein Plädoyer für ungebremstes Schuldenmachen. Aber es braucht Spielräume für Investitionen“, so Mario Holzner, Geschäftsführer des wiiw.

### Fit für die Zukunft

Ganz gleich, ob Klimawandel, Corona-Krise, stark gestiegene Verbraucherpreise oder aufgrund der russischen Invasion der Ukraine knapp werdende fossile Energiereserven: Die Krisen unserer Zeit schreien nach adäquaten Lösungen, die



### THOMAS BOHRN

#### **Leiter des Büros für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien**

*Das Büro für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft betreut und intensiviert im Auftrag der Stadt Wien internationale wie nationale Vernetzungskanäle, unterstützt bei der Wissensvermittlung im Bildungsbereich und leistet Aufklärungsarbeit über die volkswirtschaftliche Bedeutung und Wirkung öffentlicher Daseinsvorsorgeleistungen.*



**Stadt Wien** | Büro für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft

uns auf die Anforderungen der Zukunft vorbereiten. Um die Gemeinden zukunftsfit und den Wirtschaftsstandort krisensicherer zu machen, empfiehlt das wiiw Investitionen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Schaffung von leistbarem und sozial durchmischtem Wohnraum sowie Investitionen in die thermische Sanierung öffentlicher Gebäude: Dadurch würden die Lebensbedingungen jener, die nicht zu den Top-Verdiener:innen zählen und die in den vergangenen Jahren unter stark gestiegenen Mietkosten litten, verbessert werden. Eine Sanierungsoffensive würde auch die Beschäftigungsquote erheblich steigern und zugleich einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Neutralität leisten.
- Öffentliche Investitionen in eine dichtere und „grünere“ öffentliche Verkehrsinfrastruktur: Insbesondere außerhalb der großen Stadtgemeinden würde man so die von Privathaushalten getätigten Ausgaben für Mobilität und Energie deutlich senken, die grüne Energiewende beschleunigen, den Klimawandel bekämpfen und auch der heimischen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern – beispielsweise Gas – könnte man so effektiv entgegenwirken.
- Nachhaltige Investments in die öffentliche Gesundheitsversorgung: um diese krisenfester zu machen, drohendem künftigem Personal-mangel vorzubeugen, den erhöhten psychosozialen Versorgungsbedarf zu decken und für künftige Pandemien sowie sonstige medizinische Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein.
- Mehr Investitionen der öffentlichen Hand in die Digitalisierung: Neue digitale Möglichkeiten würden nicht nur den Alltag der Bevölkerung erleichtern (z. B. erleichterte Amtswege), ein hoher Digitalisierungsgrad würde auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts steigern.

- Investitionen in verbesserte Ausbildungsangebote für Jugendliche und Frauen mit niedrigem formalem Bildungsabschluss: Dadurch würden insbesondere jenen, die derzeit unter fehlenden Zukunftsperspektiven leiden, höhere Chancen am Arbeitsmarkt eingeräumt werden. Dies würde auch als Mittel, um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, fungieren.

### **Volkswirtschaftliches Gebot der Stunde**

Aufbauend auf den Lehren aus der destruktiv restriktiven Sparpolitik nach der globalen Finanzkrise erscheint ein Mehr an öffentlichen Investitionen gerade in wirtschaftlich unruhigen Zeiten wie diesen sinnvoll. Insbesondere kommunale Investitionen in leistbarem Wohnraum, den Ausbau des öffentlichen, klimafreundlichen Verkehrsnetzes, höhere Bildungschancen, eine resiliente Gesundheitsversorgung, die Digitalisierung oder in Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimaschutzes würden sich positiv auf die wirtschaftliche Erholung auswirken. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in die Daseinsvorsorge sind Investitionen in die Zukunft des Lebens- und Wirtschaftsraumes einer jeden Kommune. 

#### Quellen

Daseinsvorsorge. Büro für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien: <https://www.daseinsvorsorge-wien.at/>

Daseinsvorsorge – Einführung. Stadt Wien. Themen. Arbeit & Wirtschaft. Europäische Angelegenheiten. Daseinsvorsorge: <https://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/daseinsvorsorge/allgemein.html>

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hrsg.)/Heimberger, Philipp/Holzer, Mario/Moshhammer, Bernhard (2022): Antworten auf die Krise – auf EU, nationaler und kommunaler Ebene investieren oder sparen? Rolle und Bedeutung öffentlicher Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Bernhofer, Dominik (2022): Ohne Moos nix los. Zur Bedeutung der kommunalen Steuereinnahmen und was die internationale Konzernbesteuerung damit zu tun hat. In: Brauner, Renate/Müller, Bernhard (Hrsg.): Wege zur Wohlfahrtsstadt. Wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen für eine moderne Kommunalpolitik. Wiener Neustadt.



# Pflege: Konzerne und Investoren?

Kritische soziale Infrastruktur zwischen Allgemeinwohl und Shareholderinteressen

Leonhard Plank, Department of Spatial Planning, Centre of Public Finance and Infrastructure Policy, TU Wien

Die elementare Bedeutung von leistbarem Wohnraum, stabiler Gesundheitsversorgung oder qualitätsvoller Pflege für einen sicheren und zivilisierten Alltag sind seit 2020 besonders augenscheinlich. Dies steht im Kontrast zur weitgehenden Vernachlässigung dieser kritischen sozialen Infrastrukturen an vielen Orten Europas durch

die öffentliche Hand in der Vergangenheit. Ein sichtbarer Indikator dafür ist der Rückgang öffentlicher Investitionen für Wohnen, Gesundheit und Pflege, der auch einem Revival der Politik der leeren Kassen im Nachklang der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 geschuldet ist. Damit öffnen sich Räume für shareholderorientierte Investoren, die

mit transnational konfigurierten Geschäftsmodellen in immer mehr Bereiche der Daseinsvorsorge vordringen (wollen). Diese Entwicklung ist angesichts der Risiken und Nebenwirkungen ihrer Geschäftsmodelle kritisch zu bewerten – wenn man an einer effizienten und stabilen Bereitstellung von Alltagsgütern und -dienstleistungen interessiert ist.

## Europas größter Pflegekonzern Orpea

Der Aufstieg und (vorläufige) Fall von Europas größtem Pflegekonzern Orpea verdeutlicht einige der strukturellen Probleme einer einseitigen Shareholder-orientierung. Im Frühjahr 2022 endete eine sehr dynamische Expansion des französischen Pflegekonzerns, der seit dem Einstieg des öffentlichen kanadischen Pensionsfonds CPPI im Jahr 2013 in nicht weniger als 10 Ländern internationalisiert hat. Eines davon war Österreich, wo der Orpea-Konzern im Jahr 2015 die Senecura übernommen hatte und seitdem beständig Marktanteile in einem Verdrängungswettbewerb erobert – im Jahr 2021 hielt man bereits mehr als 30 % aller privaten Pflegebetten.

Auslöser für den vorläufigen Einbruch war das Buch „Die Totengräber“ (Les Fossoyeurs) des französischen Investigativ-Journalisten Victor Castanet. Dieser hatte in einer dreijährigen Recherche und basierend auf rund 250 Interviews aufgedeckt, welche systematischen Missstände innerhalb der französischen Orpea-Pflegeheime zu finden waren. Kurz zusammengefasst: Zu wenig zu essen, zu wenig Hygiene, zu wenig Personal. Auch mit gewerkschaftlicher Interessensvertretung scheint man bei Orpea ein problematisches Verhältnis zu haben, wie Berichte über die Bekämpfung von Betriebsräten in Deutschland und Frankreich sowie die jahrelangen Verzögerungen bei der Etablierung eines Europäischen Betriebsrats nahelegen.

Ein wesentlicher Hebel für das Generieren von Shareholdervalue liegt in der Nutzung von Steueroasen und komple-

zen Unternehmensstrukturen mitsamt der „optimalen“ Gestaltung von unternehmensinternen Finanzflüssen und Vertrags-Beziehungen. So sind rund 50 Gesellschaften in Luxemburg registriert, obwohl der Orpea-Konzern dort keine Betten betreibt. Vielmehr dienen diese Immobiliengesellschaften der Gewinnverschiebung aus Deutschland und anderen Hochsteuerländern. Neben diesen für das Allgemeinwohl schädlichen, aber weitgehend legalen Konzernpraktiken wurden seit dem Platzen des Skandals im Februar 2022 weitere Aspekte des Systems Orpea bekannt. Insbesondere geht es dabei um illegale Finanzflüsse und Korruptionsvorwürfe bei der Expansion in Frankreich und der Schweiz.

Im Resultat landen so in einem grundsätzlich personalintensiven Bereich von 100 eingenommenen Euro mehr als 25 als leistungsloses Einkommen bei den Kapitalgebern bzw. Eigentümern von Immobilien. Damit erreicht der Orpea-Konzern eine ähnlich hohe global organisierte Wertaneignung aus öffentlich gespeisten Systemen wie die Private-Equity-dominierten Pflegeheimbetreiber. Jenseits dieser Einzelfallbetrachtung lassen sich die Investoren wie folgt systematischer analysieren.

## Investorentypen und ihre Veranlagungsfelder

Neben strategischen Investoren wie Fresenius (Gesundheit), Orpea (Pflege) oder Vonovia (Wohnen), die häufig einen Branchenbezug zu ihren Investitionsobjekten aufweisen, finden sie eine Reihe von Finanzinvestoren. Diese Gruppe umfasst zum einen traditionelle Player

wie Banken, Versicherungen oder Pensionsfonds. Daneben spielen aber auch neuere Akteure wie Private Equity Fonds, aktiv gemanagte Publikumsfonds oder passiv verwaltete Indexfonds (BlackRock) eine Rolle. Mit Ausnahme der Private Equity Fonds, die ähnlich wie strategische Investoren eine Übernahme und strategische Beeinflussung des übernommenen Zielobjekts anstreben, verfolgen diese Investoren eine Finanzstrategie, die in der Regel mit geringem Beteiligungsausmaß einhergeht. Auch wenn es sinnvoll ist, die Typen aufgrund unterschiedlicher strategischer Vorgangsweisen und Regulierungen auseinanderzuhalten, muss gleichzeitig auf die Verbindungslinien hingewiesen werden. So halten Finanzinvestoren teilweise Anteile an strategischen Investoren und traditionelle Finanzinvestoren wie Banken nutzen Private Equity Fonds, während Private-Equity-Investoren bei ihrem „Exit“ immer auch mit einem Verkauf an strategische Investoren kalkulieren.

Ausgehend von Investitionen und Veranlagungen in technischen Infrastruktursektoren haben vor allem Finanzinvestoren im letzten Jahrzehnt verstärkt verschiedene Teile der kritischen sozialen Infrastruktur in den Fokus genommen. Dabei sind insbesondere direkte Beteiligungen von unterschiedlichen Finanzinvestoren wie Pensionsfonds oder Versicherungen am Eigenkapital von Studierendenheimen, Pflegeheimen und sozialem Wohnbau zu nennen. Im Gesundheitssektor sind in den letzten Jahren vor allem Teile der ambulanten Versorgung in den Fokus von Private-Equity-Investoren gerückt. Daneben

### Typen von privaten transnationalen Investoren in der kritischen sozialen Infrastruktur

| Beteiligungsausmaß                                                                  | Typ                     | Gesundheit                              | Sektor<br>Pflege                               | Wohnen        |
|-------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|-----------------------------------------|------------------------------------------------|---------------|
|  | Strategischer Investor  | Helios                                  | Orpea                                          | Vonovia       |
|                                                                                     | Private Equity          | Nordic Capital                          | Waterland                                      | Blackstone    |
|                                                                                     | Pensionsfonds           | Canadian Pension Plan Investment (CPPI) | Ontario Municipal Employees' Retirement System | PFA           |
|                                                                                     | Sonst. Finanzinvestoren | BlackRock                               | Vanguard                                       | State Capital |
|                                                                                     | Versicherung            | Centene, Uniqa                          | GEV                                            | AXA           |
| Gering                                                                              | Bank                    | Westpac Banking                         | UBS                                            | BNP Paribas   |

bietet die wachsende Zahl von Infrastrukturfonds eine Möglichkeit, sich indirekt am Kapital zu beteiligen. Neben diesen Eigenkapitalbeteiligungen werden schließlich im Kontext von Nachhaltigkeitsdebatten auch neue Finanzmarktinstrumente (Green oder Social Bonds) aufgelegt, die privates Überschusskapital bedienen und gleichzeitig soziale und ökologische Zielsetzungen adressieren sollen.

### Von der Insel der Seligen ...

Im internationalen Vergleich ist die soziale Daseinsvorsorge in Österreich nach wie vor stark öffentlich geprägt. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft ist eine zentrale Säule für die leistbare Wohnversorgung, Akutspitäler sind weitgehend öffentlich getragen und in den meisten Bundesländern dominieren gemeinnützige oder staatliche Pflegeheime. Aus Sicht eines shareholderorientierten Investors hingegen stellt diese Insel der Seligen ein potenzielles Investmentparadies der Zukunft dar, zumal hier steigende Nachfrage mit geringem Risiko und stabilen Erträgen zu decken sind. Angesichts dessen haben sich einige strategische Investoren mit transnationaler Ausrichtung und Geschäftsmodellen bereits in Stellung gebracht: Orpea in der Pflege, Helios im Gesundheitsbereich, Vonovia in der Wohnversorgung. Vereinzelt finden sich auch Immobilienfonds mit Fokus auf Gesundheits- und Pflegeimmobilien sowie Private-Equity-Investments in Kinderwunschkliniken und Labors. Schließlich ist ein zunehmendes Interesse von internationalen Finanzinvestoren in Teilen der Wohnversorgung, etwa im Neubau in Wien oder im Bereich von Studierendenheimen, feststellbar.

### ... zum Investmentparadies?

Ob sich dieser Trend fortsetzt und die kritische soziale Infrastruktur in Österreich zu einem neuen Anlagefeld für shareholderorientierte Investoren wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die öffentliche Hand diese zentralen Wirtschaftsbereiche der Daseinsvorsorge gestaltet. Zum einen bietet sich eine Weiterentwicklung bestehender Ansätze zur Investitions-



*In „Les fossoyeurs“ („Die Totengräber“) prangert der Autor Castanet die mangelhafte Behandlung der Bewohner:innen in einem Altenheim in einem Vorort von Paris an.*

kontrolle auf Basis eines erweiterten Risikoverständnisses, das auch die Geschäftsmodelle von Investoren problematisiert, an. Zum anderen könnte auf sektoraler Ebene ein vorausschauendes Regulierungsdesign bestimmte unternehmerische Verhaltensweisen und Modelle fördern bzw. hintanhaltend. In dieser Hinsicht stellen die Regelungen zur österreichischen Wohnungsgemeinnützigkeit sowie die Begrenzung auf bestimmte medizinische Berufsgruppen in der ambulanten Gesundheitsversorgung wichtige Referenzpunkte dar. Sektoriale Offenlegungspflichten und ein weiterentwickeltes effektives Register wirtschaftlicher Eigentümer wären weitere Ansatzpunkte zu mehr Transparenz, Verantwortung und Versorgungssicherheit. Mittelfristig braucht es auch einen Paradigmenwechsel auf der EU-Ebene. Denn das starre Korsett des EU-Binnenmarkts stand dem effektiven Schutz kritischer Infrastrukturen in der Vergangenheit immer wieder im Weg. Daher sollten diese zentralen Bereiche der Ökonomie des Alltagslebens im Sinne einer gemischtwirtschaftlichen Verfassung eigenständig geregelt werden und im Konfliktfall auch Vorrang gegenüber der wettbewerblichen Marktordnung des Binnenmarkts haben.

Diese Aufwertung müsste auch mit einem anderen Regulierungsverständnis einhergehen, das den Zugang zu diesen besonderen und kritischen Wirtschaftsbereichen an bestimmte Konditionen knüpft, wie etwa die Verpflichtung auf soziale und ökologische (Mindest-)Standards, den Verzicht auf Steuerumgehung oder die Einführung von Gehaltskorridoren und von Vermögensbindung. 

Der Beitrag beruht auf der Studie „Shareholderorientierte transnationale Investoren in der kritischen sozialen Infrastruktur“ im Auftrag der Arbeiterkammer Wien.

# Jobs für unser aller Zukunft

## Was brauchen die Beschäftigten in der Daseinsvorsorge jetzt?

Thomas Kattinig, Mitglied Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und  
Mitglied Bundespräsidium, youunion \_ Die Daseinsgewerkschaft

Die Welt befindet sich seit mehr als zwei Jahren im permanenten Krisenmodus. Durch die COVID-19-Pandemie, die drohende Klimakatastrophe und den Ukraine-Krieg sehen wir uns individuell und kollektiv mit multiplen Krisen konfrontiert. Egal welche Krise – sie trifft ökonomisch Schwächere am stärksten. Fest steht auch, dass jede einzelne Krise auch eine Bewährungsprobe für die Städte und Gemeinden ist, denn sie begleiten die Menschen auf ihrem Weg durch und aus der Krise.

Ein gut funktionierender Sozialstaat, ein universelles und solidarisches öffentliches Gesundheitssystem sowie eine funktionierende, qualitativ hochwertige öffentliche Grundversorgung sind die grundlegenden Voraussetzungen, um den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu garantieren. Die Erfahrung zeigt, dass die Beschäftigten in der kommunalen und regionalen Daseinsvorsorge schon bisher bei der Bewältigung der Pandemie und Klimakrise eine entscheidende Rolle spielten und auch zukünftig spielen werden.

### Außergewöhnliche Belastungen

Die COVID-19-Pandemie hat drastisch vor Augen geführt, dass ausgerechnet jene Jobs, die wir generell – aber in Ausnahmesituationen ganz besonders dringend – brauchen, nicht ausreichend wertgeschätzt werden. Dabei hat der bedingungslose Einsatz der Beschäftigten in der Daseinsvorsorge, z. B. Gesundheit, Sozialdienste oder kritische Infrastruktur, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft erst möglich gemacht. Die zunehmenden psychischen und physischen Belastungen führen dazu, dass



viele Arbeitnehmer:innen nicht mehr können und die Branche verlassen. Gerade im Gesundheits- und Pflegebereich sowie den sozialen Diensten machen sich der seit Jahren klar formulierte Personal-mangel und die Überbelastung durch die COVID-19-Pandemie bemerkbar. Mittlerweile denkt ein Fünftel aller Pflegekräfte ans Aufhören und vier von fünf leiden unter besonderer psychischer Belastung.

Dabei wurden die Beschäftigten anfangs von den Balkonen aus beklatscht und die Regierung sprach wiederholt ihren Dank aus. Doch der Applaus verstummte und wich teilweise Anfeindungen und sogar tätlichen Angriffen. All das verstärkt den

Leidensdruck und die suboptimalen Arbeitsbedingungen. Ja, es ist nicht immer das Einkommen, das den Job so gut macht, es sind die Arbeitsbedingungen, die Umgebung, die Wertschätzung und der Respekt, den jede:r einzelne Mitarbeiter:in in der öffentlichen Daseinsvorsorge für ihre bzw. seine Leistung verdient. Und auch die Entlohnung ist wichtig.

### Ein gutes Leben für alle

Die zentrale Schlussfolgerung aus den bisherigen Krisenerfahrungen lautet daher, dass es einer Neubewertung von Arbeit und Leistung bedarf. Angesichts der großen Herausforderungen braucht

es eine breite Debatte und politische Entscheidung darüber, wie Leistung in unserer Gesellschaft bewertet und honoriert wird. Damit einher geht die Erkenntnis, dass ein gutes Leben für alle nicht über ein Mehr an individuellem Konsum zu haben ist. Während im Bereich der gebrauchswertorientierten Grundversorgungsökonomie relevante Wachstumspotenziale im Interesse der Gesellschaft liegen, müssen ressourcenintensive Teile der exportorientierten Marktwirtschaft sowie die Rentenökonomie schrumpfen. Die Krise muss daher ein Startschuss für eine neue Konzeption von Wirtschaft, Arbeit und Leistung mit einem starken Sozialstaat und qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen sein. Der Neuaufbau muss nach dem Prinzip der Solidarität und Gemeinschaft vonstattengehen, kann Europa auf eine neue Stufe der Solidarität heben und die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sinnvoll vorantreiben.

### **Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor**

Die Leistungsträger:innen des Alltagslebens sind nicht nur elementar, damit wir ein sicheres, gesundes und zivilisiertes Leben führen können. Sie sind auch gemäß den konventionellen Messzahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bedeutend.

In Österreich ist die Grundversorgungsökonomie für rund 43 Prozent der Wertschöpfung verantwortlich. Blickt man auf die rund 4,3 Mio. Erwerbstätigen in Österreich, dann zeigt sich, dass knapp 1,9 Mio. Menschen (44 Prozent) in der Grundversorgungsökonomie tätig sind. Hervorzuheben ist dabei auch, dass der Bereich der sozialen Daseinsvorsorge (u. a. Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Elementarpädagogik, Bildung) im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftsbereichen mit 63 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Anteil an erwerbstätigen Frauen aufweist (Gesamtwirtschaft: 47 Prozent). Addiert man auch die binnenwirtschaftlich ausgerichtete erweiterte Nahversorgung, so sind mit 65 Prozent fast zwei Drittel aller Erwerbstätigen in der Alltagsökonomie tätig.

### **Demografische Entwicklung und Personalausstattung**

Um den Erwartungshaltungen der Gesellschaft gerecht zu werden und qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten zu können, bedarf es einer ausreichenden, qualifizierten Personaldecke. Als Österreichs wichtigste Arbeitgeberinnen beschäftigten die Städte und Gemeinden ohne Wien im Jahr 2019 knapp 79.000 Arbeitnehmer:innen, während die Stadt Wien im Jahr 2019 rund 61.500 Mitarbeiter:innen beschäftigte. Aufgrund der genannten Erwartungshaltung und der zunehmenden Herausforderungen steigt auch der Personalbedarf weiter.

Zum einen gilt es, der enormen Herausforderung der demografischen Entwicklung zu begegnen und zum anderen werden die Städte und Gemeinden eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Ziele des Green Deals spielen. Daher werden auch der Klimaschutz und die Resilienz in den Kommunen wesentliche Bestandteile ihrer zukünftigen Aufgaben sein.

Um diese großen Herausforderungen bewältigen zu können, brauchen die Städte und Gemeinden eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Die Pandemie und die Energiekrise, verbunden mit den Teuerungen, setzen den Städten und Gemeinden allerdings finanziell massiv zu. Der Bund hat daher dafür zu sorgen, dass die Mittel für die Erfüllung dieser wichtigen Aufgabenstellungen auch zur Verfügung stehen.

### **Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten**

Gleichzeitig hat die EU-Ebene sicherzustellen, dass die lokalen und regionalen Verwaltungen auch ihren Aufgaben nachkommen können, indem die Rahmenbedingungen entsprechend gestaltet werden.

So sind die wirtschaftspolitischen Leitlinien seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 im Wandel begriffen. Wo etwa im Nachgang der Finanzkrise auch in den Empfehlungen von internationalen Organisationen wie dem IWF und der OECD die Idee dominierte, die vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik

bestünde nun in einem Abbau von Budgetdefiziten und Staatsschulden sowie einer „Normalisierung“ der Geldpolitik, ist in der aktuellen internationalen Debatte eine klare Verschiebung zu erkennen. So betont der IWF, dass die Regierungen in entwickelten Volkswirtschaften wie jene in der EU eine verfrühte Umsetzung von Konsolidierungspaketen vermeiden sollten, um die Krisenerholung nicht zu unterminieren, was sich auch negativ auf die Schuldentragfähigkeit auswirke (IWF 2020). Ähnlich lautet der Tenor der OECD, die beispielsweise in ihrem Septemberbericht 2020 feststellte, dass fiskalpolitische Maßnahmen weiterhin notwendig seien, erhöhte öffentliche Investitionstätigkeit einfordert oder in ihrem Märzbericht zielgerichtete fiskalische Maßnahmen zur Dämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges empfiehlt (OECD 2021b, OECD 2022).

Zwar ist die Pandemie noch nicht überwunden, dennoch erleben wir nach dem Aufheben zahlreicher Bekämpfungsmaßnahmen einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung. Gerade jetzt ist es jedoch besonders wichtig, nicht nur auf das Wirtschaftswachstum – die in der wirtschaftspolitischen Debatte immer noch dominante Kennzahl – zu schauen. Denn die jährliche Veränderung des Bruttoinlandsprodukts hat nur eine beschränkte Aussagekraft. Wichtige Aspekte für ein gutes Leben wie Gesundheit, Bildung, Gleichstellung, gerechte Verteilung, Mitbestimmung oder ökologische Nachhaltigkeit werden nicht abgebildet. Und Wirtschaftswachstum bedeutet nicht automatisch, dass der Aufschwung bei allen ankommt.

Gerade die aktuellen Krisen zeigen gut auf, dass es einen ehrgeizigen Übergang zu einer gerechten, sozialen, nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft braucht. Die regionale und kommunale Ebene wird hier eine entscheidende Rolle bei der Erreichung dieser Ziele spielen. Die Beschäftigten der Daseinsvorsorge leisten mit ihrer Expertise, ihrer Qualifikation und ihrem Engagement ihren Beitrag dazu. Sie brauchen nur entsprechende Rahmenbedingungen, damit sie das auch können – EU-weit wie auch national.



# Klatschen reicht nicht

Die Systemerhalter:innen brauchen mehr als nur Applaus.

**I**m Zuge der Krisen der letzten beiden Jahre hat die Bereitstellung der (über-)lebensnotwendigen Daseinsvorsorge und der kritischen Infrastruktur wieder verstärkt Aufmerksamkeit bekommen. Zwar hat sich der Fokus der öffentlichen Debatte in den letzten Monaten auf die Versorgung mit Strom und Heizmittel verschoben, zentral sind und bleiben jedoch die Bereiche Soziales, Bildung und Gesundheit. Unter diese Bereiche fallen viele Aktivitäten, die oft schlecht oder gar nicht entlohnt werden und überproportional oft von Frauen übernommen werden. Wer sind diese Systemerhalter:innen in Österreich und warum profitieren wir alle, wenn wir die soziale Daseinsvorsorge ausbauen und besser entlohnen?



## Daseinsvorsorge und Care-Arbeit

Der Begriff „Care“ hat schon vor einigen Jahren Einzug in die deutschsprachige Debatte gehalten als Dachbegriff für Fürsorge-Arbeit. Mit Care-Arbeit wird die unbezahlte und bezahlte Arbeit mit verschiedenen und für verschiedene Gruppen verstanden: Kinderbetreuung und -erziehung, die Betreuung und Pflege von auf Hilfe angewiesene Menschen, aber auch klassische Hausarbeit wie kochen, putzen, oder Wäsche waschen. In einem erweiterten Kontext kann auch Bildung und Sozialarbeit dazugezählt werden. Zentrales Ziel von Care-Arbeit ist „die Unterstützung der Entwicklung, Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von intellektuellen, körperlichen und emotionalen Fähigkeiten einer Person“ (Gubitzer/Mader 2011: 13).

Care-Arbeit wird in unserer Gesellschaft von drei verschiedenen Gruppen getragen. Die erste Gruppe umfasst Menschen, die ihre Tätigkeiten im Rahmen von kollektivvertraglicher Lohnarbeit ausführen

und sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert sind. Die kommunale Daseinsvorsorge beispielsweise stützt sich v. a. auf diese Gruppe. Die zweite Gruppe umfasst Menschen, die zwar für ihre Arbeit bezahlt werden, aber in informellen oder prekären Arbeitsverhältnissen stehen. Diese Form der bezahlten Care-Arbeit ist insbesondere dort bedeutend, wo öffentlich bereitgestellte Dienstleistungen lückenhaft sind oder aufgrund traditioneller Familienbilder die Betreuung daheim bevorzugt wird (z. B. in der 24-Stunden-Betreuung, Babysitten etc.). Die dritte Gruppe leistet Care-Arbeit unbezahlt und oft unsichtbar daheim in Familien und Haushalten.

## Schlechter gestellte Care-Arbeit

Bezahlte Care-Arbeit ist im Vergleich zu anderen Sektoren im Schnitt oft schlechter bezahlt. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Die feministische Ökonomin Nancy Folbre betont z. B. die Verhand-

lungsasymmetrie: Arbeitsniederlegungen oder allein die Androhung von Streiks sind wichtige Mittel in Arbeitskämpfen um höhere Löhne. Personen, die Care-Arbeit leisten, sind hier jedoch sehr zurückhaltend, da eine Arbeitsniederlegung mit einem Entzug von Care-Arbeit für ihre Schützlinge einherginge, mit denen sie oftmals eine enge emotionale Bindung verbindet. In der akademischen Debatte spricht man daher von einem „Care Penalty“, der mit der Spezialisierung auf bezahlte Care-Arbeit einhergeht. Hinzu kommen hohe Teilzeitquoten und eine niedrige gewerkschaftliche Organisation, die die individuelle und kollektive Verhandlungsposition weiter einschränken.

Unbezahlte Care-Arbeit hindert Frauen entweder am Einstieg in den Arbeitsmarkt, zwingt sie in Teilzeitbeschäftigung oder belastet sie doppelt. Dennoch hält sich die ungleiche Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit in Österreich hart-

näckig. Das mag an nach wie vor starken Geschlechternormen liegen, aber auch am Interesse des Staats am Status quo. Denn ohne die unbezahlte Bereitstellung dieser Leistungen wären ein höherer Reallohn oder mehr staatliche und kommunale Dienstleistungen nötig, um das gleiche Niveau an Wohlfahrt aufrechtzuerhalten.

## Wer sind die Systemerhalter:innen?

Eine Studie von SORA fasste 2020 unter den bezahlten Systemerhalter:innen ca. 1 Million unselbstständig Beschäftigte in Österreich zusammen, darunter ca. 227.500 Kassierer:innen und Regalbetreuer:innen, 157.500 Reinigungskräfte, 157.500 Lehrer:innen, 108.500 Berufsfahrer:innen und Lieferdienste, 49.000 Kindergartenpädagog:innen und 143.500 Personen in der Pflege.

Wir können uns den Systemerhalter:innen auch durch die Klassifikation der Wirtschaftszweige (nach ÖNACE 2008) annähern. Schematisch umfasst die soziale Daseinsvorsorge z. B. die Gastronomie, Teile der öffentlichen Verwaltung, die Bereiche Erziehung und Unterricht, das Gesundheitswesen und das Sozialwesen. Diese Wirtschaftssektoren boten im ersten Quartal 2022 im Schnitt knapp unter 1,4 Millionen Menschen ein Einkommen und weisen einen Frauenanteil von 64 % auf. Die technische/materielle Daseinsvorsorge hingegen ist eher männerlastig. In der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelherstellung, der Energieversorgung, Wasserversorgung, Müllwirtschaft, dem Handel, Verkehr sowie dem Sektor Information und Kommunikation sind weitere 1,2 Millionen Menschen beschäftigt. Der Frauenanteil liegt hier bei 43 %, ohne Handel gar nur bei 29 %.

Viele Beschäftigte in systemrelevanten Berufen sind mit der Mehrfachbelastung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit konfrontiert. Hinzu kommt das Problem von Armutsgefährdung bei schlecht bezahlten oder prekären Jobs. Davon sind migrantische Beschäftigte im Handel oder in der Reinigung häufiger betroffen als Beschäftigte ohne Migrationshintergrund. In einer besonderen Situation sind 24-Stunden-Betreuer:innen: In diesem Bereich sind fast nur

migrantische Frauen tätig, insbesondere aus Rumänien und der Slowakei. Häufig kämpfen sie mit fehlender sozialer Absicherung, niedrigen Pensionen und Scheinselbstständigkeit. In Zahlen sprechen wir hier von knapp 60.000 selbstständig Beschäftigten in Österreich, davon 92 % Frauen.

Wie viel systemerhaltende Aktivitäten unbezahlt in Familien und Haushalten in Österreich geleistet werden, ist schwierig zu beziffern. Die letzte Zeitverwendungsstudie, auf Basis derer zuverlässige Schätzungen gemacht werden können, wurde in Österreich 2009 veröffentlicht. Auf Basis dieser Daten wurde der Wert unbezahlter Hausarbeit je nach Rechnungsart mit 68 Mrd. bis 115,4 Mrd. Euro beziffert. Das Sozialministerium schätzt, dass allein in der Pflege und Betreuung von Pflegegeld beziehenden Personen, die zu Hause leben, über 800.000 Personen in Österreich involviert sind.

## Warum wir alle vom Ausbau der Daseinsvorsorge profitieren

Internationale Studien zeigen, dass Investitionen im Care-Bereich weitaus höhere Beschäftigungsimpulse als Infrastrukturinvestitionen mit sich bringen. Auch für Österreich zeigt etwa eine Analyse des WIFO, dass Investitionen in den Pflegesektor eine hohe direkte Wertschöpfung mit sich bringen. Für jeden öffentlich investierten Euro in der Langzeitpflege kann es zu einem Rückfluss von 70 % für die öffentliche Hand durch Steuern und Sozialversicherungsabgaben kommen.

Investitionen im Sozial- und Gesundheitswesen, in denen besonders viele Systemerhalter:innen arbeiten, ermöglichen eine finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung der bezahlten Care-Arbeit. Der Ausbau kommunaler Kinderbetreuung und Altenpflege führt zudem zu einer besseren gesellschaftlichen Verteilung von bisher unbezahlter Care-Arbeit. Das entlastet insbesondere Frauen und pflegende Angehörige. Dabei sollte v. a. auf kommunale und staatliche Angebote gesetzt werden anstatt auf die Bereitstellung durch den Markt oder durch Scheinselbstständige. Denn Bil-

dung, Kinderbetreuung oder Altenpflege sollten nicht anhand von Profitorientierung, zeitlicher Effizienzsteigerung und Einsparungspotenzialen geplant werden, sondern sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.



### Literatur

Antonopoulos, Rania/Kim, Kijong/Masterson, Thomas/Zacharias, Ajit (2014): Investing in Care in the Midst of a Crisis: A Strategy for Effective and Equitable Job Creation in the United States. In: Antonopoulos, Rania (Hg.): Gender Perspectives and Gender Impacts of the Global Economic Crisis. New York City, NY and Abingdon-on-Thames: Routledge, 49–72.

De Henau, Jerome/Himmelweit, Susan (2020): Stimulating OECD economies post-Covid by investing in care. IKD Working Paper No. 85. [https://www.open.ac.uk/ikd/sites/www.open.ac.uk/ikd/files/working-papers/COVID%20care-led%20recovery\\_IKD\\_WP85\\_2020\\_06\\_12%20%28003%29.pdf](https://www.open.ac.uk/ikd/sites/www.open.ac.uk/ikd/files/working-papers/COVID%20care-led%20recovery_IKD_WP85_2020_06_12%20%28003%29.pdf).

Famira-Mühlberger, Ulrike/Firgo, Matthias/Fritz, Oliver/Streicher, Gerhard (2017): Österreich 2025: Pflegevorsorge – Künftiger Finanzierungsaufwand und regionalwirtschaftliche Verflechtungen: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=60469&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=60469&mime_type=application/pdf).

Folbre, Nancy (2018): Gender and the Care Penalty. In: Averett, Susan L./Argys, Laura M./Hoffman, Saul D. (Hg.): Oxford Handbook of Women in the Economy. New York: Oxford University Press.

Gubitzer, Luise/Mader, Katharina (2011): Care-Ökonomie. Ihre theoretische Verortung und Weiterentwicklung. In: Kurswechsel 4/2011: 7–21.

Haidinger, Bettina/Knüttler, Käthe (2014): Feministische Ökonomie. Wien: mandelbaum.

Haim, Daniel/Mader, Katharina/Schultheiß, Jana (2021): Beklatschte Systemrelevanz. Eine feministische Perspektive auf die kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge. In: Kurswechsel 4/2021: 7–17.

Schönherr, Daniel/Zandonella, Martina (2020): Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich. Wien: AK Wien/SORA. [https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsundsoziales/arbeitsmarkt/AK\\_Studie\\_Arbeitsbedingungen\\_in\\_systemrelevanten\\_Berufen.pdf](https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsundsoziales/arbeitsmarkt/AK_Studie_Arbeitsbedingungen_in_systemrelevanten_Berufen.pdf).

The Foundational Economy Collective (2020): Die Leistungsträgerinnen des Alltagslebens. Covid-19 als Brennpunkt für die notwendige Neubewertung von Wirtschaft, Arbeit und Leistung. [https://foundationaleconomy.com/files.wordpress.com/2020/11/die-leistungstragerinnen-des-alltagslebens\\_fe\\_layout-final.pdf](https://foundationaleconomy.com/files.wordpress.com/2020/11/die-leistungstragerinnen-des-alltagslebens_fe_layout-final.pdf).



## DANIEL HAIM

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Economics of Inequality an der Wirtschaftsuniversität Wien und Lektor an der FH Wien der WKW.

# Nah für dich, da für dich!

Mit rund 120 Pilotprojekten zu Community Nursing wird seitens des Bundes Gesundheitsförderung, Unterstützung, Beratung und Prävention ermöglicht. Gemeindenah und kostenlos.

Katharina Meichenitsch, Merle Treichel, Sozialministerium

**D**emografischer Wandel, Personalmangel, Corona-Pandemie oder überlastete pflegende Angehörige – der Bereich der Pflege steht vor wachsenden Herausforderungen. In den kommenden Jahren wird sich daher die öffentliche Hand – Bund, Länder, Städte und Gemeinden – noch stärker als bislang diesem Aufgabengebiet widmen müssen.

Ein erster Schritt wird mit der Umsetzung der Pilotprojekte zu Community Nursing getan. Bereits im Regierungsprogramm werden Community Nurses als wichtiges Angebot in der Pflege genannt. Gemäß internationalen Vorbildern werden daher derzeit rund 120 Pilotprojekte zu Community Nursing bundesweit etabliert.

## Zentrale Ansprechperson

Die Community Nurses selbst, die eine Ausbildung zur DGKP (Diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeperson) aufweisen, sind dabei zentrale Ansprechpersonen für den Pflegebereich. Sie bieten niederschwellig, regional, wohnortnah und bedarfsorientiert Unterstützung und Beratung an. Community Nurses übernehmen die Vernetzung zwischen Menschen und Leistungserbringer:innen sowie die Koordination diverser Leistungen, Therapien und sozialen Dienstleistungen und spielen eine zentrale Rolle im Präventionsbereich.

Dadurch grenzen sie sich von mobilen Diensten wie der Hauskrankenpflege ab: Community Nurses üben nur im Anlassfall direkte Pflege wie Blutdruckmessungen oder Wundversorgung aus, vielmehr legen sie den Fokus auf die Vermittlung



*Bundesminister Johannes Rauch sowie Stadtrat Peter Hacker bei der Auftaktveranstaltung im April 2022 mit den Community Nurses Gabriele Wiederkehr und Julia Fröhlich*

anderer Dienste und die Erhaltung und Unterstützung der Selbstständigkeit.

## Präventiver Hausbesuch ab 75 Jahren

Das Angebot richtet sich an vulnerable Bevölkerungsgruppen, insbesondere an ältere zu Hause lebende Menschen mit drohendem oder bestehendem Informations-, Beratungs-, Pflege- und/oder Unterstützungsbedarf sowie deren pflegende und betreuende Angehörige und Familien. Ein zentrales Element stellt

dabei der präventive Hausbesuch für Menschen ab dem 75. Lebensjahr dar. Es muss also noch keine Pflegebedürftigkeit gegeben sein, um das Angebot in Anspruch nehmen zu können – ganz im Gegenteil soll die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung gestärkt werden, um Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder zu verzögern.

Ziele sind auch, das Wohlbefinden zu verbessern sowie den Verbleib von älteren Menschen im eigenen Zuhause, nicht zuletzt durch Stärkung der Selbsthilfe von

Betroffenen und deren Angehörigen, zu ermöglichen.

### Information, Beratung, Unterstützung

Zwar gibt es in Österreich eine Vielzahl an Angeboten im Pflege- und Betreuungsbereich, diese sind aber teilweise für Betroffene unübersichtlich oder nicht niederschwellig genug. Die Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) „Pflegevorsorge in Gemeinden“ aus dem Jahr 2020 hat gezeigt, dass sich die kommunale Ebene mehr Unterstützung bei der Koordination der Pflege wünscht. Hier geht um es eine systematische Herangehensweise, um Informationen zum aktuellen und kommenden Pflegebedarf der Bevölkerung zu erheben, und darum, auf Gemeindeebene kompetent Information und Beratung anbieten zu können. Mit der kommunal verankerten Community Nurse wird genau hier angesetzt. Sie soll pflegerische und gesundheitsbezogene Angebote in der Gemeinde, in der Stadt oder in der Region sichtbar machen und vernetzen.

Community Nurses erheben kontinuierlich, welche Bedürfnisse die Menschen in ihrem Einzugsgebiet haben und setzen dementsprechend Handlungen. Wird in einer Gemeinde beispielsweise ein hoher Informationsbedarf im Bereich Demenz festgestellt, kann die zuständige Community Nurse, eventuell in Zusammenarbeit mit anderen Gesundheits- oder Pflegedienstleister:innen, Schulungen dazu organisieren. So kann zielgerecht auf die Herausforderungen in der Region eingegangen werden.

Nicht zuletzt können Community Nurses auch auf von Einsamkeit bedrohte Menschen zugehen und hier entsprechende Angebote machen.

### EU-Finanzierung für Community Nursing in Österreich

Die Pilotprojekte zu Community Nursing sind Teil des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans (kurz RRF) und werden mit rund 54 Millionen Euro von der Europäischen Union (NextGenerationEU) gefördert.

Rund 145 Projektanträge wurden beim BMSGPK bis Anfang Dezember 2021

eingereicht. Nach umfassender Prüfung sowie Genehmigung durch den Sozialminister konnten rund 120 Projekte in ganz Österreich starten. Das bedeutet, dass über 260 Community Nurses aktiv sind.

Durch die finanziellen Mittel konnte auch E-Mobilität gefördert werden – so können die Community Nurses mit rund 100 E-Autos und 40 E-Bikes unterwegs sein.

Die Leistungen des Community Nursing werden kostenlos angeboten.

### Ausprobieren ist wichtig

Die Pilotprojekte bewegen sich in einem gemeinsamen Rahmen, doch soll auch Vielfalt ermöglicht werden. Die Projekte können daher entweder selbst eine Community Nurse über die Gemeinde beschäftigen oder mit einem Träger kooperieren. Auch die Zielgruppe kann leicht variieren, sodass auf regionale Bedürfnisse optimal eingegangen werden kann. Einige Eckpunkte wie vor allem das Einzugsgebiet oder die Ausbildung zur DGKP stellen jedoch wichtige (Qualitäts-)Kriterien aus Sicht des Bundes dar. Die Pilotprojekte laufen bis Ende des Jahres 2024. Eine umfassende und begleitende Evaluierung wird durch die FH Kärnten durchgeführt. Dadurch werden die Wirkungen von Community Nursing in Österreich analysiert und veranschaulicht. Somit wird die Basis für eine fundierte Entscheidung hinsichtlich einer Weiterführung und Ausrollung des Angebotes geliefert.

### Gemeinsam sind wir stärker

Die Community Nurses müssen auf Ebene der Gemeinde Aufbauarbeiten leisten. Die neuen Angebote bekannt machen, sich selbst vorstellen, mit den Bürger:innen in Kontakt kommen. Dabei stellen sich viele Fragen, und mancher Erfahrungsaustausch erleichtert die ersten Schritte.

Seitens der Gesundheit Österreich GmbH ist daher eine Koordinationsstelle inklusive Schulungsangeboten für die Community Nurses eingerichtet. Dadurch werden sie zum Beispiel dabei unterstützt, Netzwerke mit anderen Dienstleister:innen im Gesundheits- und Pflegebereich

aufzubauen oder das Angebot auf kommunaler Ebene bekannt zu machen. Auch die Bundesländer, der Städtebund und der Gemeindebund haben die Möglichkeit, nicht nur Angebote zu präsentieren, sondern in laufenden Austausch mit den Community Nurses vor Ort zu kommen. Dafür finden regelmäßige Vernetzungstreffen statt, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene.

### Lebensqualität vor Ort

Erste Erfahrungswerte und Rückmeldungen zeigen jedoch bereits jetzt schon – Community Nursing schafft Win-win-Situationen für alle: regionale, attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, Wertschöpfung in der Gemeinde und in der Stadt, Information und Beratung für ältere und pflegebedürftige Menschen, Entlastung von pflegenden Angehörigen und damit letztlich Lebensqualität vor Ort.

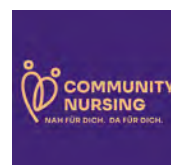


## WEITERE INFOS

Website Community Nursing:  
[www.cn-oesterreich.at](http://www.cn-oesterreich.at)

Website Aufbau- und Resilienzplan:  
[www.bundestkanzleramt.gv.at/eu-aufbauplan](http://www.bundestkanzleramt.gv.at/eu-aufbauplan)

Infolder Community Nursing:  
[www.sozialministerium.at/Themen/Pflege/Community-Nursing.html](http://www.sozialministerium.at/Themen/Pflege/Community-Nursing.html)



# Der Weg zur Community Nurse

Ein persönlicher Erfahrungsbericht aus der Gemeinde Deutsch-Wagram

**A**lles beginnt mit einem Ausblick des damals frisch ernannten Gesundheitsministers Rudolf Anschöber auf seine Pläne und Projekte. Die kurze Erwähnung einer „Community Nurse“ weckte meine Neugier. Über Primärversorgungszentren wurde bereits länger diskutiert, aber der Begriff der Community Nurse war mir völlig neu. Der Wunsch, für unsere Gemeinde eine Hausärzt:innen unterstützende Fachkraft bekommen zu können, hat sich leider als trügerisch erwiesen. Im Laufe der nächsten Monate mussten wir erkennen, dass Wundversorgung, Hausbesuche für jene Fragen und kleinen Tätigkeiten, die Hausärzt:innen nicht mehr übernehmen können, nicht in den Bereich der „Community Nurse“ fallen sollen. Aufsuchend ist es geblieben, aber eher beratend für

die ausgewählte Altersgruppe der über 75-Jährigen und deren Angehörige.

Ein Anruf im Gesundheitsministerium bot die Chance, zu diesem Thema auf dem Laufenden gehalten zu werden. Fast zwei Jahre am Ball zu bleiben hat sich schlussendlich gelohnt. Nach einer Kick-off-Veranstaltung im Herbst 2021 kam die Aufforderung, innerhalb von drei Wochen einen konkreten Förderantrag zu stellen.

Die Zustimmung des Gemeinderates zur Teilnahme am Projekt „Community Nurse“ war notwendig, sie erfolgte Ende Jänner. Wir haben es geschafft und sind nun eine der 123 Gemeinden in Österreich, die Fördermittel der EU-Kommission zur Etablierung eines neuen Berufsfeldes erhalten. In diesem Zusammenhang und um auch der Umwelt ge-

recht zu werden, ist mit diesem Zuschlag auch die Förderung eines Elektroautos und eines E-Bikes gesichert.

## Ein Mittel gegen den Pflegenotstand?

Durch die Festlegung der Arbeitsbereiche sollen Community Nurses in Österreich niederschwellig, bedarfsorientiert und bevölkerungsnah auf Gemeindeebene tätig werden. Der Fokus richtet sich an ältere, zu Hause lebende Menschen mit drohendem oder bestehendem Informations-, Beratungs-, Pflege-Unterstützungsbedarf sowie an deren pflegende und betreuende Angehörige und Familien. Ein zentrales Element stellt dabei der präventive Hausbesuch für Menschen ab dem 75. Lebensjahr dar.

Ziel der Etablierung von Community Nursing ist es, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu stärken, deren Wohlbefinden zu verbessern sowie den Verbleib älterer Menschen im eigenen Zuhause – nicht zuletzt durch Stärkung der Selbsthilfe aufseiten Betroffener und deren Angehöriger – zu ermöglichen. Somit soll die Community Nurse die zentrale Ansprechstelle für Prävention, Pflege und soziale Dienstleistungen sein, welcher auch die Koordination diverser gemeindenaher Leistungen (zum Beispiel von Therapien und sozialen Dienstleistungen) obliegt.

Durch die Finanzierung der Europäischen Kommission, die 54,2 Millionen Euro für die Umsetzung von „Community Nursing“ gemäß dem österreichischen Aufbau- und Resilienzplan (RRF) zur Verfügung stellt, ist es möglich, österreichweit diese 123 Pilotprojekte umzusetzen. Community Nursing wurde



seitens der österreichischen Regierung auch als eines der Leuchtturmprojekte im Rahmen des RRF definiert. Die Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) begleitet die Umsetzung und insbesondere den Prozess der Implementierung der Pilotprojekte, übernimmt in diesem Zusammenhang Koordinierungsaufgaben sowie die Förderabwicklung und unterstützt die Projekt- und Leistungsdokumentation bzw. stellt Applikationen und Instrumente zur Verfügung. Vernetzungsaktivitäten der Projekte und Community Nurses untereinander, aber auch mit Akteur:innen der kommunalen Gesundheitsförderung werden umgesetzt. Des Weiteren werden begleitend zur Umsetzungsphase Bildungsmaßnahmen durch die GÖG zur Verfügung gestellt bzw. angeboten. Das Projekt wird begleitend evaluiert.

Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Pflegepersonal verzweifeln schon lange am bestehenden System. Das Thema „Pflege“ wird bereits seit Jahren viel diskutiert, denn mit der insgesamt steigenden Lebenserwartung brauchen immer mehr Menschen Unterstützung. Es fehlt an Geld und Nachwuchs, der Zeitdruck ist zu groß, das Personal überarbeitet. Der allgemeine Tenor lautet und wird auch so empfunden: Österreich steuert auf einen Pflegenotstand zu.

Derzeit arbeiten in Österreich rund 127.000 Personen im akutstationären Bereich oder im Bereich der Langzeitpflege und -betreuung. Zum einen wird der mittelfristige Bedarf an Pflegepersonal zunehmen und zum anderen gibt es bereits jetzt einen Mangel an Fachkräften und Spezialist:innen in den Pflegeberufen. Hinzu kommt die steigende Zahl an pflegebedürftigen Menschen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in Österreich.

Laut einer Studie des BMSGPK aus dem Jahre 2019 sind die Aussichten schlecht, aktuell Pflegende auf Dauer auch in ihren Beschäftigungsverhältnissen zu halten. 65 % aller Befragten im Pflegesektor halten es für unwahrscheinlich, den Beruf bis zur Pension auszuüben, und 15 % haben bereits konkrete Absichten, den Tätigkeitsbereich oder den ganzen Beruf zu wechseln.

## Try and Error

Wird das Pilotprojekt das in der Pflege stehende Personal so weit entlasten, dass die derzeit aussichtslos scheinende Zukunft zufriedenerer Pflegende hervorbringt?

Vermutlich ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Ein Mosaikstein, um Pflegeorganisationen ihrem ursprünglichen Aufgabengebiet mehr Raum geben zu können. Die Abnahme der Beratungsleistungen, die von Caritas, Hilfswerk, Diakonie & CO jetzt auch getan werden muss, fällt damit weg – und es bleibt mehr Zeit für Pflegetätigkeiten. Wir dürfen nicht vergessen: Wir sind in einer Lernphase mit Try and Error, danach kommt eine umfassende Evaluation. Erst dann können wir ein Resümee ziehen: Was hat funktioniert, was muss geändert werden?

Die Etablierung von Community Nurses stellt die Weiterentwicklung von gut funktionierenden europäischen Erfolgsmodellen dar. Es ist erwiesen, dass dieses Modell in den Bereichen der präventiven Hausbesuche und bei pflegenden Angehörigen, die unter enormem psychischem und physischem Druck stehen, positive Auswirkungen zeigt. Ich sehe auch die Chance, der Gesellschaft mit diesem Modell ein Zeichen zu geben, dass Pflege gut und wichtig ist. Endlich eine Möglichkeit der positiven Berichterstattung, endlich nicht mehr nur Missstand und Not zu kommunizieren, sondern auch, dass der Pflegeberuf schön, wichtig und für die Gesellschaft wertvoll ist. Eine Chance, den Fokus zu ändern.

## Viele Mosaiksteine

Der Aufbau- und Resilienzplan wird auch weiterhin für die Weiterentwicklung der Pflegevorsorge einen großen Bereich und Fokus einnehmen. Der nächste Schritt wird folgen, wieder ein Mosaikstein, aber wieder wichtig. Dem internationalen Trend folgend, soll diese Rolle der Gesundheits- und Krankenpflege in Österreich etabliert und sukzessive in Richtung „Community Health Nursing“ ausgebaut werden. Ziel ist es, dem ungedeckten Bedarf der Bevölkerung zu begegnen, das Wohlbefinden zu verbessern, die Gesundheitskompetenz zu stärken und

somit den Verbleib älterer Menschen im eigenen Zuhause durch Stärkung der Selbsthilfe von Betroffenen und deren An- und Zugehörigen so lange wie möglich zu gewährleisten.

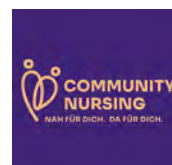
Jetzt aber stürzen wir uns mit vollem Elan in die Umsetzung, um das Projekt zu seinem erhofften Ziel zu führen und unseren älteren Mitbürger:innen den Alltag zu erleichtern. Nach Beendigung der Pilotphase geht es weiter mit dem Versuch der ursprünglichen Idee mit der Community Health Nurse, einer unterstützenden Fachkraft im Rahmen von Hausbesuchen für alle Altersgruppen, einen Schritt näherzukommen.

Ende Mai 2022 war die Umsetzung bereits voll im Gange. Die Büroräumlichkeiten waren geschaffen, das E-Auto und E-Fahrrad angekauft und die beiden Community Nurses standen in den Startlöchern, die ersten Schritte in die Öffentlichkeit zu setzen und die Idee einer Gesundheitsvorsorge in die Bevölkerung zu tragen. 



## HEINZ BOGNER

ist Grüner Gemeinderat in Deutsch-Wagram und Leiter des Projekts Community Nurse Deutsch-Wagram.



# Community Care Center und Netzwerke

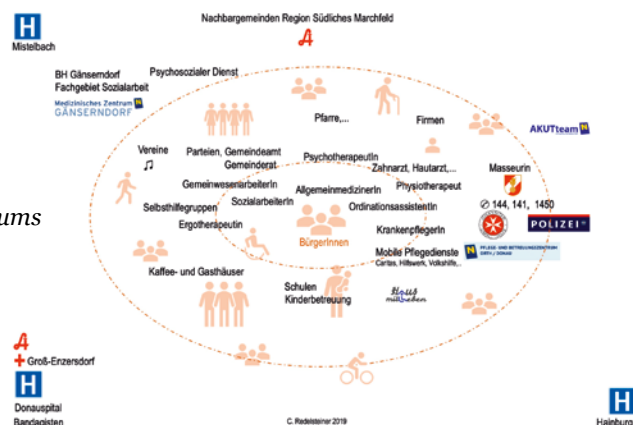
## Sozialarbeiter:innen als Unterstützung im Gemeinwesen

Christoph Redelsteiner, Studiengangsleiter Master Soziale Arbeit FH St. Pölten

Kommunen stehen vor vielen Herausforderungen, die auch demografisch bedingt sind. Die steigende Zahl älterer Menschen, verbunden mit einer Reduktion von Allgemeinmediziner:innen und Mangel an (mobilen) Pflegefachkräften führen zu einem Anstieg an nicht indizierten Krankenhauseinweisungen. Betreuungshandlungen, die früher vor Ort durchgeführt wurden, lösen nun Rettungseinsätze und Transporte oft über weite Strecken in klinische Einrichtungen aus. Oft um „nur“ einen Katheter zu wechseln. Dadurch sind auch der Sicherstellungsauftrag für medizinische Notfälle und die Daseinsvorsorge gefährdet.

Als eine der Gegenmaßnahmen wurden in der Zielsteuerung Gesundheit Primärversorgungseinheiten (PVE) geplant, die regional für die Filterung von Patient:innen zuständig sind und ärztli-

### *Umwelten eines Gemeinwesenzenentrums am Beispiel Orth an der Donau*



che, pflegerische und sozialarbeiterische Betreuung niedrigschwellig anbieten bzw. koordinieren sollen. Mit Stand Juli 2022 gibt es 36 dieser PVEs, der strategische Plan sind 75 PVEs bis 2023.

Der Masterstudiengang Soziale Arbeit der FH St. Pölten erweiterte die Idee der medizinischen Individualversorgung, unter anderem zusammen mit Bürger:innen der Gemeinde Orth an der Donau, in einem Visionsprojekt um Aspekte der sozialarbeiterischen Gemeinwesenarbeit. Die Versorgung von Krankheit soll mit der Gestaltung von Gesundheit und gesunden Lebenswelten der Stadt verknüpft werden. Verwandte Begriffe für diese gemeindenahen Vernetzungs- und Kooperationsformen sind Community Care, Sozialraumorientierung, Quartiersarbeit oder Grätzlarbeit. Die Konzepte haben ihre theoretischen Wurzeln in der Sozialarbeit, Soziologie und Public Health und sind eng mit Fragen der Gestaltung der Raumplanung, Raumordnung und der Verteilung von sozialen und medizinischen Versorgungsstrukturen verbunden.

### Lokale Lebenswelten

Gemeinwesenarbeit betrachtet über den individuellen Einzelfall hinaus auch soziale Räume. Es geht um die Gestaltung lokaler Lebenswelten und darum, gutes und gesundes Leben für möglichst alle zu verwirklichen. Politiker:innen, Bürger:innen, Sozialarbeiter:innen, Regionalplaner:innen erarbeiten ausgehend von konkreten Lebenswelten der Bewohner:innen Maßnahmen für verbesserte Lebensbedingungen. Dabei stehen vorhandene Stärken und Ressourcen sowie die Eigeninitiative aller Beteiligten im Vordergrund. Interviews und Workshops mit Bürger:innen und Personen aus Vereinen und sozialen Institutionen im Projekt „Orth“ ergab z. B. folgende Ansätze:

- Ein Gemeinwesenzenentrum fördert durch inhaltliche und bauliche Konzeption eine integrierte Zusammenarbeit von Allgemeinmedizin, Sozialarbeit, Pflege, Fachärzt:innen, Physiotherapeut:innen und weiteren medizinischen und psychosozialen Fachkräften.

## SYMPOSIUM COMMUNITY CARE

**Ein integrierter Ansatz zur Förderung von Resilienz in Gemeinschaften**

Datum: 21.–22. 9. 2022

Uhrzeit: 09:30–17:00 Uhr

Ort: Campus St. Pölten,  
Campus-Platz 1, 3100 St. Pölten

Infos: <https://arltsymposium.fhstp.ac.at/programm-2022/>



*Bürger:innen aus Orth an der Donau, Gemeinderät:innen, Vertreter:innen von Vereinen, Studierende und Dozent:innen des Masterstudienganges Soziale Arbeit der Fachhochschule St. Pölten bei der gemeinsamen Erarbeitung von Ideen: Welche Aufgaben und Funktionen könnte ein Gemeinwesenzentrum haben?*

- Es ist vor allem aber auch ein Begegnungszentrum des Grätzels, Stadtteils und nicht nur Anlaufstelle für Menschen, die Unterstützung bei Krankheit suchen.
- Ein bedürfnisgerechtes Gemeinwesenzentrum ist zentral gelegen und zielgruppenoffen. Es holt Bürger:innen ab – inhaltlich und bei Bedarf durch lokale Kooperationen auch physisch – verfügt also über ein Mobilitätskonzept. Idealerweise wird durch den Aufbau eines Gemeinwesen zentrums ein Leerstandsobjekt im „Stadtkern“ wiederbelebt. An-
- stelle eines Zentrums ist auch ein Netzwerk an kleineren Objekten, die verschiedene Funktionen erfüllen, denkbar.
- Ein Gemeinwesenzentrum beschreibt sich der Förderung nachbarschaftlicher Netzwerke und einem Miteinander der Bürger:innen. Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe werden durch aufsuchende Sozialarbeit im Gemeinwesen gestärkt.
- Die Sozialarbeiter:innen des Gemeinwesen zentrums sind Expert:innen der regionalen Sozial-, Pflege- und Vereinslandschaft. Sie sind neutrale

Anlaufstelle bei der Suche nach Betreuungseinrichtungen, teilen bei Übernahme Problemen Patient:innen ausgewogen zu und entlasten Pflegedienste von organisatorischen Aufgaben. Sie verknüpfen bei Bedarf zu weiteren Sozial- und Pflegeeinrichtungen, spezialisierten Beratungszentren und zu staatlichen bzw. behördlichen Unterstützungssystemen.

- Eine wesentliche Aufgabenstellung ist dabei in Anlehnung an Konzepte des „Social Prescribing“ die konsequente Ausrichtung auf gesundheitsfördernde Aktivitäten und das gemeinsame dialogische Suchen nach den Stärken und Interessen von Menschen, die damit die Gelegenheit haben, aus der Patient:innenrolle in eine Nutzer:innenrolle auf Augenhöhe zu wechseln. Die Liste der möglichen Aktivitäten beinhaltet z. B.: lokale Vereine, Kultur, Lesekreise, freiwilliges Engagement, Religion, Spirituelles, Singen, Schauspiel, Tanz, Musizieren, Sport, Wandern, Spazieren gehen, Kunst, Natur (Wald, Wiese, Wasser), Gärtnern, Tierkontakt, Kochen, Ernährung, Freizeit, Freundschaften knüpfen, Bildung, Computerkurse ...
- Das Gemeinwesenzentrum ist neben der sozialen und persönlichen auch eine mediale Vernetzungszone. Es verknüpft Menschen digital zu spezialisierten Ressourcen die geografisch weiter entfernt sind. Das reicht vom einfachen leistungsfähigen Internetzugang bis zu Videokonferenzen oder Onlineberatung bzw. Telemedizin.
- Zur Sicherstellung der akuten medizinisch und pflegerischen Hilfe könnte zumindest nachts, an Wochenenden und an Feiertagen eine „Acute Community Nurse“ (Akutpflegerin) vorgehalten werden. Diese ist über die Rufnummern 144, 141 und die Gesundheitsberatung 1450 disponierbar und kooperiert mit Rettungsdienst, Pflegediensten und Allgemeinmediziner:innen. Als zweite Ebene für Gewaltverdacht, psychosoziale Problemlagen sind Akutsozialarbeiter:innen in Bereitschaft.

## ZENTRALE AUFGABEN UND GRUNDSÄTZE

### Sozialarbeiter:innen in der Gemeinwesenarbeit – Community Organizing

- *arbeiten koordinierend, vernetzend und zielgruppenübergreifend, d. h. ihre Arbeit richtet sich an die gesamte Bevölkerung.*
- *orientieren sich an den Bedürfnissen, Interessen und Themen der Bewohner:innen.*
- *fördern Eigenaktivität, Mitgestaltung, Selbstorganisation und Selbsthilfekräfte durch Aktivierung der Bürger:innen, beispielsweise durch Unterstützung von Selbsthilfegruppen, Bewegungsinitiativen, Kochclubs etc.*
- *nutzen die vorhandenen Ressourcen vor Ort, wie etwa den bestehenden Naturraum, und kooperieren dabei mit Vereinen, Unternehmen.*
- *engagieren sich für den Ausbau und unterstützen die Planung des Ausbaus notwendiger guter Infrastruktur: Wohnraum, Aus-/Bildungsangebote, Gestaltung öffentlicher Plätze und Parks, setzen dabei auf Vernetzung und Kooperation mit Gemeindevertreter:innen, Aktionsgemeinschaften.*
- *versuchen auch schwer erreichbare Menschen und Gruppen anzusprechen und zu Engagement und Teilhabe anzuregen.*
- *leisten Hilfe und Unterstützung zur seelischen Stabilisierung und Förderung der Selbsthilfefähigkeit.*
- *entwickeln und verwirklichen breite präventive Gemeinwesen- und Gesundheitsförderungsprojekte.*
- *führen Clearings durch, beraten, verweisen ggfs. an geeignete Stellen im Rahmen des Case Managements.*
- *leisten interprofessionelle Arbeit an einer ganzheitlichen, regional verankerten Gesundheitsversorgung.*
- *praktizieren ressourcenorientierte Lösungsarbeit im Rahmen des Mandats von Klient:innen, rechtlicher Vorgaben, sowie der Profession Sozialarbeiter:in.*

# Delogierungsprävention: DER WOHN SCHIRM SCHÜTZT VOR WOHNUNGSVERLUST.

**In Zeiten von Corona gibt es verschiedene Gründe, warum das Geld für die Wohnungsmiete nicht mehr gereicht hat. Immer mehr Menschen droht die Delogierung. Damit das Zuhause erhalten bleibt, wurde vom Sozialministerium der WOHN SCHIRM ins Leben gerufen.**

Eine aktuelle Studie der Statistik Austria, die vom Sozialministerium und von Eurostat finanziert wurde, lässt aufhorchen: Im Zuge der repräsentativen Befragung „So geht's uns heute“ hat sich gezeigt, dass 254.000 Mieter:innen im ersten Quartal 2022 mit einem Zahlungsrückstand bei den Wohnkosten konfrontiert waren. Das sind 9,5% der Mieter:innen – deutlich mehr als Ende 2021. Diese Zahlen sind ein Alarmsignal.

Deshalb hat das Sozialministerium das Programm „**WOHN SCHIRM**“ zur Wohnungssicherung und Delogierungsprävention ins Leben gerufen. Der **WOHN SCHIRM** berät und unterstützt Mieter:innen finanziell, wenn sie Mietschulden aufgebaut haben und von Wohnungsverlust bedroht sind. Mietzinsrückstände oder der Umzug in eine leistbare Wohnung können übernommen werden. Der **WOHN SCHIRM** ergänzt die vorhandenen Unterstützungsleistungen bei Mietschulden, wie die der Länder, der Städte oder der Gemeinden. Regionale Beratungseinrichtungen in allen Bun-

desländern sichern flächendeckend den niederschweligen Zugang in ganz Österreich.



„Ich hätte gerne mehr Stunden gearbeitet. Das war aber wegen Corona nicht möglich.“

*Sabrina, 32, alleinerziehende Teilzeitkraft*

Ob das Einkommen zum Leben ausreicht, hängt häufig von den Wohnkosten ab. Diese machen insbesondere für Mieter:innen den größten Anteil der Ausgaben aus. Für

820.000 Menschen stellen die Wohnkosten eine schwere finanzielle Belastung dar: Jede Verringerung des Einkommens kann die Existenz bedrohen. Ob Kurzarbeit, Kündigung oder ungeplante Arbeitszeitverkürzung, die Auswirkungen können für jede:n Einzelne:n weitere Probleme bringen. Mietschulden können zu Wohnungslosigkeit führen und damit den Beginn einer Abwärtsspirale bedeuten. 860.000 Personen – das sind 14% der österreichischen Bevölkerung – rechnen damit, in den kommenden Monaten Zahlungsschwierigkeiten bei ihren Wohnkosten zu haben.

## Beratungsstellen in allen Bundesländern

In 28 Beratungsstellen in ganz Österreich verschaffen sich Sozialarbeiter:innen gemeinsam mit den Betroffenen einen Überblick über deren Wohn- und Einkommenssituation. Sie unterstützen konkret und rasch dabei, eine passende Lösung für die entstandenen Mietzinsrückstände zu finden.

## Der WOHN SCHIRM im Überblick

### Was ist der WOHN SCHIRM?

Der **WOHN SCHIRM** schützt vor Wohnungsverlust: Er bietet kostenlose Beratung und finanzielle Hilfe bei Mietschulden, die seit dem 1. März 2020 entstanden sind.

### Welche Voraussetzungen müssen für eine Unterstützungsleistung erfüllt sein?

- Hauptwohnsitzmeldung in Österreich
- Mietschulden, die nicht selbst beglichen werden können und die seit dem 1. März 2020 entstanden sind.

### Wie kann der WOHN SCHIRM in Anspruch genommen werden?

Ob eine Unterstützungsmöglichkeit besteht, wird in einem kostenlosen Beratungsgespräch in einer anerkannten Beratungseinrichtung ermittelt.

Insgesamt gibt es in Österreich 28 Anlaufstellen, verteilt auf alle Bundesländer. Die für die jeweilige Region zuständige Beratungsstelle und weitere Informationen sind online auf **wohnschirm.at** abrufbar.

**Weitere Informationen und sämtliche Beratungsstellen auf [wohnschirm.at](https://wohnschirm.at)**

 Bundesministerium  
Soziales, Gesundheit, Pflege  
und Konsumentenschutz



# Digitale Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge im Wandel, Herausforderungen einer Smart City

**D**ie Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit existenziellen Infrastrukturleistungen wird als Daseinsvorsorge bezeichnet. Die Diskussion über die optimale Ausgestaltung ist nicht neu, gewinnt jedoch seit der Corona-Pandemie insbesondere mit Blick auf die digitale Infrastruktur deutlich an Intensität. Dabei geht es im Gegensatz zu früheren Diskussionen aktuell nicht nur um die Frage „privat vs. Staat“ – folglich, wer die Leistungen erbringen soll –, sondern darum, welche (Infrastruktur-) Dienste künftig daseinsvorsorgerelevant sind, d. h. welche Bereiche diese überhaupt beinhalten (sollte). Die Daseinsvorsorge hat in Deutschland eine lange Tradition, dennoch unterliegt sie im Zeitverlauf einem gewissen Wandel, der sich vor allem aus der Dynamik der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung ergibt. Zu nennen sind Liberalisierungsprozesse durch die EU-Gesetzgebung, Urbanisierung, demografische Entwicklung oder der Klimawandel. Diskussionen zum Umfang, zur inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung sowie zu Standards der Leistungserbringung prägen den Diskurs. Aktuell stehen im Besonderen Diskussionen und Ent-

wicklungen der Digitalisierung im Rahmen von „Smart City“ im Fokus. Daraus ergeben sich neue Herausforderungen.

## **Pandemie als Digitalisierungs-Treiber**

Die Corona-Pandemie wirkt in puncto „Digitale Daseinsvorsorge“ als Treiber, die gewissermaßen eine Blaupause darstellt. Die öffentliche Hand, ihre Unternehmen sowie die privaten Dienstleister in der Daseinsvorsorge argumentieren, dass die Erbringung der Daseinsvorsorge während der Pandemie jederzeit funktionierte. Zu nennen ist beispielhaft ein stabiles Gesundheitssystem oder ein intakter ÖPNV. Allerdings wurde mit Blick auf die Digitalisierung auch deutlich, dass Daseinsvorsorge über physische Infrastrukturen hinausgehen muss, um zukunftsfest zu sein. Die Erreichbarkeit der Ämter während der Pandemie war ungenügend, die digitale Lehre insbesondere in Schulen ebenfalls.

## **Digitale Plattformen gewinnen an Bedeutung**

Besonders digitale Plattformen in Kommunen als Leistungsnetzwerke für die Bürgerinnen und Bürger gewinnen an

Bedeutung. Sie werden mehr und mehr zu Basisinfrastrukturen der digitalen Gesellschaft und spielen damit auch bei der Transformation der Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle. Als Beispiel kann hier der Wandel des klassischen ÖPNV-Angebots hin zur Bündelung diverser Mobilitätsangebote und -dienstleistungen im Kontext individueller Mobilitätsnachfragen genannt werden, welche „Lösungen aus einer Hand“ erfordern, bspw. über eine einheitliche Mobilitätsplattform etwa in Form einer entsprechenden App. Dieser Trend wird auch die Kommunalverwaltungen erfassen, insbesondere mit Blick auf digitale Bürgerportale/Dienstleistungen für diverse Zwecke, aber auch bezogen auf (interne) Verwaltungsstrukturen und -prozesse.

## **Digitale Wirkungen**

Grundlage entsprechender, auf der Digitalisierung beruhender (kommunaler) Aufgaben und Leistungsangebote – auch in der Smart City – sind vor allem zunehmende Möglichkeiten zur Generierung umfangreicher Datenbestände, die eine stärkere Differenzierung und Individualisierung von Leistungen ermöglichen und damit auch die Effizienz und Effektivität

des Gesamtsystems „Kommune“ erhöhen. Grundvoraussetzung dafür ist die möglichst ganzheitliche Erhebung, Verknüpfung und Nutzung von kommunalen Daten im Rahmen eines kommunalen Datenmanagements. Das beginnt bei Verwaltungsprozessen, wie dem Digitalisieren von Aktenbeständen, bis hin zur Generierung kommunaler digitaler Plattformen. Besonders in der kommunalen Verwaltung herrscht digitaler Nachholbedarf. So sind bspw. ganzheitliche ECM-Lösungen (Erfassung, Bearbeitung, Verwaltung und Speicherung von Daten) oder vollständig digitale Abwicklungen von Verwaltungsvorgängen noch unterrepräsentiert.

Lösungen können über kommunale Unternehmen oder über private Kooperationspartner erfolgen. Da die digitale Transformation Auswirkungen auf alle Bereiche der Daseinsvorsorge aufweist, erhält sie auch den Charakter einer besonders prägenden Querschnittsaufgabe.

### Daten werden zentral

Voraussetzung für eine wirkungsvolle Digitalisierung der Daseinsvorsorge bildet folglich die intelligente Nutzung der aus dem Betrieb der kommunalen Infrastruktur gewonnenen Daten und deren Vernetzung mit weiteren, insbesondere städtischen Bereichen. Durch den „smarten“ Einsatz von Daten lassen sich in der Kommune zahlreiche Herausforderungen angehen, wie Umweltbelastungen zu senken und die Lebensqualität zu steigern. Eine nachhaltige Daseinsvorsorge in der Smart City ist folglich dann möglich, wenn sektorale Zusammenhänge mitgedacht und in Summe das kommunale Ökosystem der Smart City ganzheitlich steuerbar wird. Nun beinhaltet aber das Handling von kommunalen Infrastrukturen nicht nur die Vernetzung an sich, auch ein Teil des Digitalisierungsauftrages der Kommunen und die Datennutzung daraus müssen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gemanagt werden, insbesondere auch, da entsprechende Daten und daraus generierbare Informationen die Grundvoraussetzung digitaler Lösungen darstellen und damit auch für die Erbringung städtischer Infrastrukturen essenziell sind. Damit

stellen diese auch einen wirtschaftlichen Wert bspw. für kommunale Unternehmen dar, bedürfen aber zugleich eines hohen Schutzes mit Blick auf deren Erhebung, Speicherung, Verarbeitung und Verwendung.

### Kommunale Daten-Plattformen

Um eine umfassende Daseinsvorsorge zu erreichen und erhalten, ist es daher sinnvoll, die in Verbindung mit Smart-City-Konzepten gesammelten Daten im kommunalen Eigentum zu belassen und nicht leichtfertig an internationale Tech-Konzerne außerhalb der deutschen bzw. europäischen Datenschutzregelungen auszulagern. Dies schließt nicht aus, private Service-Dienstleister mit ihren Erfahrungen und Leistungskatalogen mit der Erbringung zu beauftragen.

Der Weg zu einem digitalen Wandel in Daseinsvorsorge und Verwaltung ist allerdings mit technischen, organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Herausforderungen verbunden. Koordinierungsfragen, unklare Zuständigkeiten, fehlende politische Verantwortung, rechtliche Hemmnisse, fehlende Experimentierräume sowie das häufig unzureichende digitale Know-how wirken hierbei erschwerend. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Aufbau von eigenen kommunalen Plattformen, zumindest aber von eigenem kommunalem Know-how an Bedeutung. Im Sinne von Bottom-up-Prozessen besteht damit die Möglichkeit, die digitale Transformation in der Daseinsvorsorge gezielt voranzutreiben und dabei gleichzeitig auch die kommunale Ebene zu stärken. Voraussetzung dafür ist zunächst eine entsprechende kommunale Digital- und Plattformstrategie, die gerade auch Smart-City-Ansätzen zugrunde liegt, um Lösungen zur Verknüpfung verschiedener Aufgabenfelder sowie öffentlicher und privater Dienste entwickeln zu können.



### OLIVER ROTTMANN

*Geschäftsführender Vorstand  
des Kompetenzzentrums  
Öffentliche Wirtschaft,  
Infrastruktur und Daseins-  
vorsorge e.V. und Geschäfts-  
führer des KOMKIS Sachsen,  
beides Universität Leipzig*

Der Text basiert in Teilen auf einer aktuellen Studie des KOWID an der Universität Leipzig, die in Kooperation mit Baker Tilly, DZ HYP, Stadtwerke Düsseldorf, Leipziger Stadtwerke, NRW.BANK, RheinEnergie, Wuppertaler Stadtwerke, VNG und SKU erstellt wurde. Die Studie ist abrufbar unter [https://kowid.de/wp-content/uploads/2021/11/KOWID\\_Delphi-Studie\\_2021\\_271021\\_v19.pdf](https://kowid.de/wp-content/uploads/2021/11/KOWID_Delphi-Studie_2021_271021_v19.pdf).



# Öffis und EU-Klimaziele: Chance verpasst?

Heftige Kritik und viele Diskussionen zur Überarbeitung der PSO-Leitlinien

Anna Lixl, VÖWG

**E**ntsprechend dem European Green Deal müssen die Emissionen im Verkehrssektor bis 2050 um 90 % reduziert werden. Als klimaschonende und nachhaltige Verkehrsart spielt der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine zentrale Rolle für die Erreichung der EU-Klimaziele. Um eine Verlagerung zu mehr öffentlichem Verkehr (ÖV), Multimodalität und eine Erhöhung des ÖV-Anteils am Modal Split zu ermöglichen, muss es ein flächendeckendes und hochqualitatives Angebot geben. Öffentlicher Verkehr ist aber typischerweise nicht kostendeckend: Auf EU-Ebene normiert deshalb die Verordnung 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf

Schiene und Straße („Public Service Obligations-VO“, kurz „PSO-VO“) die vergabe- und beihilfenrechtlichen Rahmenbedingungen, die zu berücksichtigen sind, wenn der Staat Verkehrsunternehmen mit der Erbringung von öffentlichen Verkehrsdienstleistungen betraut (d. h. ihnen „gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen“ auferlegt) und er sie im Gegenzug dafür finanziell durch Ausgleichszahlungen unterstützt. Die PSO-VO sieht grundsätzlich mehrere Vergabemöglichkeiten vor, z. B. die Vergabe im Wettbewerb oder verschiedene Formen der Direktvergabe.

Die PSO-VO zählt somit zu den wichtigsten Regelungen für Verkehrsunterneh-

men und die für die Vergabe zuständigen Behörden. Zuletzt wurde die VO im Zuge des 4. Eisenbahnpakets 2016 novelliert. Die EU-Kommission veröffentlichte im Jahr 2014 erstmals Leitlinien zur PSO-VO. Aktuell findet eine Überarbeitung dieser Leitlinien statt, welche heftig kritisiert wird und alte Diskussionen rund um PSO wiederbelebt.

## **Situation in Österreich**

In Österreich erfolgt die Bestellung öffentlicher Personenverkehrsdienste (abgesehen von Beschaffungen, die den Vergaberichtlinien unterliegen) in der Regel mittels öffentlicher Dienstleistungsverträge auf Grundlage der PSO-VO.

Konkret bedeutet das also, dass sich Verkehrsunternehmen gegenüber dem Staat verpflichten, Verkehrsdienstleistungen mit einer gewissen Fahrzeugqualität nach einem vereinbarten Fahrplan über eine langfristige Dauer gegen eine Ausgleichszahlung zu erbringen. Die Möglichkeit der Direktvergabe spielt in Österreich eine bedeutende Rolle, insbesondere die „Direktvergabe an einen internen Betreiber“ und die „Direktvergabe im Eisenbahnbereich“. Besonders im Eisenbahnbereich hat sich dieser Weg bewährt: Österreich liegt, gemessen an Kriterien wie Pünktlichkeit, Kund:innenzufriedenheit oder gefahrenen Bahnkilometern pro Passagier:in, im europäischen Spitzenfeld.

### Staatliche Eingriffe

Die Frage, inwieweit staatliche Eingriffe beim ÖV zulässig sein sollen, ist jedoch nicht unumstritten. Die EU-Kommission tendiert dazu, Markteingriffe der Staaten zu beschränken und den ÖV stärker entlang von Marktprinzipien regeln zu wollen. Davon zeugen sowohl der Werdegang der PSO-VO als auch der aktuelle Kommissionsentwurf der PSO-Leitlinien, welcher im Rahmen einer nicht-öffentlichen Konsultation im Dezember 2021 nur ausgewählten Stakeholdern übermittelt wurde.

Bei der letzten Novellierung der PSO-VO 2016 wurde der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission durch das Europäische Parlament und den Rat umfassend abgeändert und vereinfacht, um den Mitgliedsstaaten weiterhin die Wahlfreiheit zwischen Direktvergabe und Ausschreibung einzuräumen. Die leistungsbezogene Direktvergabe von öffentlichen Dienstleistungsverträgen auf Schiene wurde nach Ablauf der Übergangsfrist an folgende Bedingungen geknüpft: spezielle Markt- und Netzbedingungen sowie eine Verbesserung der Qualität und/oder der Kosteneffizienz. Kann die zuständige Behörde diese Voraussetzungen nachweisen, so ist eine Direktvergabe jedoch weiterhin möglich. Das geht auch aus einem Gutachten der Vergaberechts-Experten Josef Aicher und Rudolf Lessiak zur „leistungsbasierten Direktvergabe“ von Schienenpersonenverkehrsdienst-

leistungen nach Art. 5 Abs. 4a der PSO hervor, wonach weder eine Vorrangigkeit der wettbewerblichen Vergabe noch eine Nachrangigkeit der Direktvergabe aus der PSO-VO ableitbar ist.

### Kritikpunkte

Diese Einschätzung scheint die EU-Kommission nicht zu teilen. Anhand der aktuellen Überarbeitung der PSO-Leitlinien entsteht der Eindruck, dass sie diese als Gelegenheit nutzen möchte, die PSO-VO erneut entsprechend ihrem Verordnungsvorschlag der Novelle 2016 „nachzubessern“. Grundsätzlich sollen die Leitlinien ein unverbindliches und unterstützendes Instrument in der Praxisanwendung der PSO-VO sein. Anstatt hilfreiche Klarstellungen zu bieten, geht der Leitlinienentwurf vom Dezember 2021 jedoch an zahlreichen Stellen deutlich über den Text der Verordnung hinaus, was zu einer Einschränkung des Anwendungsbereichs der PSO-VO bzw. deren Beauftragungsmöglichkeiten führt. Insbesondere sieht der Entwurf eine sehr enge Definition einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung („PSO“) vor. Das würde einen massiven Eingriff in die Stabilität des ÖV in Europa bedeuten: So sind etwa 88 % der Zugkilometer in der Europäischen Union Verkehre nach PSO-Regime, das entspricht über 81 % der gesamten Schienenpersonenkilometer. Des Weiteren schlägt die EU-Kommission im Entwurf ein komplett neues Verfahren für den Bedarfsnachweis einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung vor. Diese detaillierten Vorgaben für nationale und insbesondere lokale Behörden widersprechen dem Subsidiaritätsprinzip. Zudem finden sich in mehreren Passagen des Entwurfes Schlussfolgerungen aus nicht einschlägigen Urteilen des EuG und des EuGH. So wird z. B. die Entscheidung „SNCM“ herangezogen, die sich ausschließlich mit der Dienstleistungsfreiheit im Seeverkehr beschäftigt. Für den Landverkehr und die dafür spezifischen Regelungen der PSO-VO hat diese Entscheidung keinerlei Relevanz.

Obwohl die PSO-Leitlinien nicht verbindlich sind und die Auslegung von EU-Recht ausschließlich beim EuGH liegt,

haben die Leitlinien große Praxisrelevanz. Aufgrund der Komplexität des PSO-Regimes wäre eine Anwendungshilfe absolut zu begrüßen. In der vorliegenden Form führen die Leitlinien aber zur Verunsicherung der Rechtsanwender:innen. In der Konsequenz gefährden sie zudem die Erreichung der EU-Klimaziele. Denn die dafür nötige massive Verlagerung auf den ÖV kann nur durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- I. Erzeugung einer angebotsorientierten Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsdienstleistungen durch Schaffung von Kapazität und ÖV-Angebot,
- II. Einsatz der verfügbaren politischen Instrumente (einschließlich der Direktvergabe) und
- III. der Möglichkeit der zuständigen nationalen und lokalen Behörden, schnell und angemessen auf Krisen und andere unerwartete Veränderungen der Nachfrage reagieren zu können.

Da die Leitlinien nur den Charakter einer Empfehlung haben, sind sie vordergründig zwar nicht bedrohlich für die Versorgungssicherheit des öffentlichen Verkehrs in Österreich. Dennoch kann man darin einen kritikwürdigen Vorgang der EU-Kommission erkennen, zumal sich die relevanten Stakeholder auch einen anderen Konsultationsprozess gewünscht hätten: Wie bereits erwähnt, wurde Anfang Dezember 2021 nur ein ausgewählter Kreis zum sog. „Non paper“ konsultiert. In Reaktion auf die heftige Kritik kündigte die EU-Kommission zwar an, ihren Entwurf zu überarbeiten. Der bisherigen Vorgehensweise der EU-Kommission nach zu urteilen, ist aber nicht von einer weiteren Möglichkeit zur Stellungnahme auszugehen.

*Um die Versorgung der gesamten europäischen Bevölkerung mit leistbaren und qualitativ hochwertigen Verkehrsdienstleistungen langfristig sicherstellen zu können, ist es notwendig, die Wahlfreiheit der nationalen Behörden bei der Erbringung von Verkehrsdienstleistungen aufrechtzuerhalten und der öffentlichen Hand Flexibilität einzuräumen.*



# Ganztagsschule – das ungeliebte Kind?

Seit mehr als zehn Jahren investieren Städte und Gemeinden in den Ausbau von Ganztagsschulen – warum der Ausbau stockt und das Potenzial nicht ausgeschöpft wird.

Karoline Mitterer, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Bereits seit 2011 bestehen Programme zum Ausbau von Ganztagsschulen. Die Gemeinden haben seitdem kräftig in die Schaffung der dafür notwendigen Infrastruktur investiert, stehen nun aber zunehmend vor dem Problem der schwierigen Finanzierbarkeit des laufenden Betriebes. Nun ist zu befürchten, dass der weitere Ausbau stockt. Die Gründe dafür liegen aber nicht nur in der schwierigen Finanzierung, sondern auch in komplexen Kompetenzen und unausgereiften Konzepten.

## Große Potenziale

Durch den Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten für Schüler:innen wird eine Vielzahl an positiven Effekten erwartet. Insbesondere zu nennen sind bildungspolitische und beschäftigungspolitische Effekte sowie volkswirtschaftliche Potenziale und Beschäftigungseffekte. Für Gemeinden bedeuten Ganztagsschulen auch eine Attraktivierung des Standortes. Wichtige Schlagworte sind in diesem Zusammenhang auch die Erhöhung der Chancengleichheit von Kindern sowie die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

## Unterschiede bei Angeboten

Mit den Ausbauprogrammen ist eine Betreuungsquote von 40 Prozent in ganztägigen Schulformen geplant. Für jede Familie soll es möglich sein, dass ihre Kinder in einem Umkreis von nicht mehr als 20 km vom Wohnort eine ganztägige Schule besuchen können.

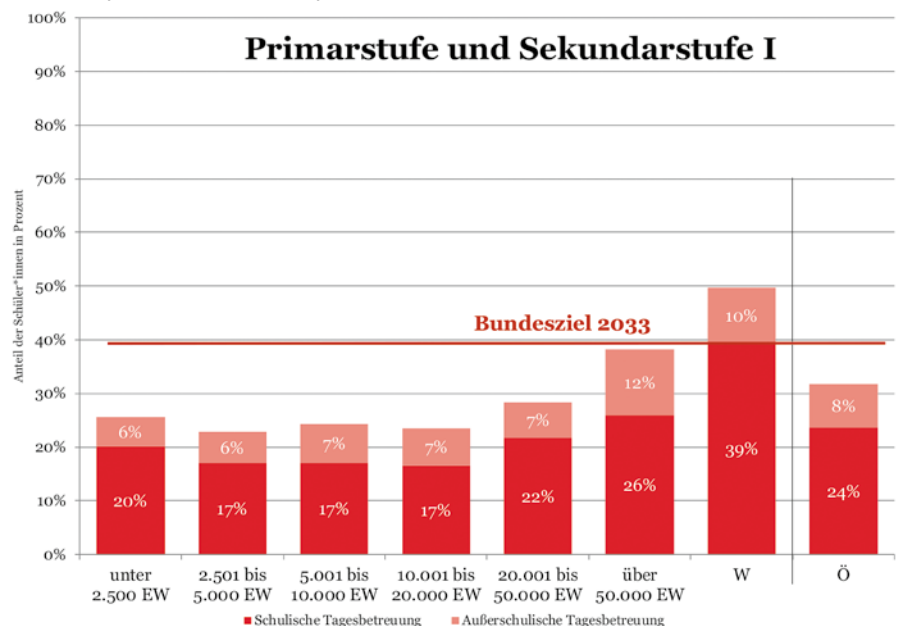
Im Schuljahr 2020/2021 lag die Betreuungsquote bei den Schüler:innen im Alter von 6–13 Jahren bei 32 Prozent, jene der Schüler:innen in Volksschulen bei 43 Prozent. Die Betreuungsquoten unterscheiden sich dabei nach Größe der Gemeinden beträchtlich. Insbesondere in und um die großen Zentren ist bereits ein deutlich besseres Angebot vorhanden.

## Förderprogramme nicht ausgeschöpft

Der Ausbau der Ganztagsschule wurde ursprünglich von 2011 bis 2018 im Rah-

men von 15a-Vereinbarungen von Bund und Ländern kofinanziert.<sup>1</sup> Mit dem Bildungsinvestitionsgesetz 2017 (BIG)<sup>2</sup> erfolgte eine Neuordnung. Dadurch stehen 428 Mio. Euro für den Zeitraum 2019/2020 bis 2032/2033 zur Verfügung. Zusätzlich stehen aber auch noch nicht abgeholte Mittel aus der Vorgängerregelung (Art. 15a-Vereinbarungen) in der Höhe von 135 Mio. Euro zur Verfügung. Für das Schuljahr 2019/2020<sup>3</sup> standen damit insgesamt 168 Mio. Euro bereit, wohingegen nur 50 Mio. Euro abgeholt wurden.

Anteil der Schüler:innen in schulischer und außerschulischer Tagesbetreuung in der Primarstufe und Sekundarstufe I nach Einwohnerklassen 2019/2020



Anmerkung: Schulische Tagesbetreuung an Volksschulen, Neue Mittelschulen, Sonderschulen, AHS-Unterstufen sowie sonstigen allgemeinbildenden Statutsschulen; Außerschulische Betreuung in Kindertagesheimen im Alter von 6 bis 13 Jahren.



### Probleme aus Sicht der Städte

Grund der mangelnden Ausschöpfung ist auch das Zögern vieler Gemeinden beim Ausbau der Ganztagschule.

Als wichtigste Problembereiche sind hier zu nennen:

- **Personalverantwortung der Gemeinden bei Freizeitpädagog:innen**

Derzeit bestehen in Schulen mehrere verschiedene Dienstgeber:innen, wodurch eine gute pädagogische Abstimmung erschwert ist. So hat etwa die Direktion keine Personalhoheit über die Freizeitpädagog:innen. Da die Gemeinden in Ganztagschulen für den Freizeitteil zuständig sind, ist das Prinzip „Land stellt Personal, Gemeinden stellen Infrastruktur“ durchbrochen. Dies führt zu Ineffizienzen sowie zu Schnittstellenproblemen im pädagogischen Bereich. Auch bedeutet dies für Gemeinden eine finanzielle Mehrbelastung, die über bestehende Förderschienen nur unzureichend abgegolten wird. Hinzu kommt, dass es immer schwieriger wird, Personal für die Freizeitteile zu finden.

- **Fehlende Planungssicherheit bei der laufenden Finanzierung**

Mit dem Bildungsinvestitionsgesetz können zwar in den meisten Bundesländern bis zu 25 Prozent der Mittel auch zur Kofinanzierung von Personalkosten verwendet werden. Dies reicht jedoch nicht zur langfristigen Absicherung des laufenden Betriebes. Andere Fördertöpfe fehlen zu meist.

- **Immer mehr Zusatzaufgaben für Gemeinden**

Immer öfter müssen Städte und Gemeinden für Aufgaben aufkommen, die nichts mit der Rolle als Schulerhalterin (daher mit dem Gebäude) zu tun haben. Etwa bestehen in mehreren Bundesländern Ko-Finanzierungsregelungen für Unterstützungspersonal – z. B. für sonderpädagogisches Personal oder für Schulsozialarbeit. Auch die Betreuung von Laptops hat nichts mit den Aufgaben der Schulerhalterin zu tun. Ein weiteres Thema sind Schulärzt:innen, welche noch dazu immer schwieriger zu finden sind.

### Konzept weiterentwickeln

In der Praxis zeigt sich, dass die Umsetzung des Ganztagschulkonzepts noch

an mehreren Stellen hakt und damit nicht die möglichen Potenziale hebt. Eine Evaluierung zum Status quo wäre nun ein wichtiger erster Schritt. Betrachtet werden sollten insbesondere die Qualität des Personals, das Funktionieren der pädagogischen Konzepte, die Abstimmung zwischen Lern- und Freizeitteil (Planung und Steuerung), die Gruppengröße, das Erreichen einer individuellen Förderung und die Attraktivität der Freizeitangebote.

### Finanzierung langfristig absichern

Um auch weiterhin den Ausbau der Ganztagschulen zu unterstützen, braucht es eine langfristige Absicherung des laufenden Betriebes. Die nachhaltigste Maßnahme zur Entlastung der Gemeindefinanzen ist, die Gemeinden hinsichtlich ihrer personellen Verantwortung in der Freizeitpädagogik zu entlasten. Dies wäre auch im Sinne einer Aufgabenentflechtung und Verwaltungseffizienz zu begrüßen. Bis dies umgesetzt ist, braucht es jedenfalls bundesweit einheitliche Ko-Finanzierungen zum laufenden Betrieb von Bund oder den Ländern. Mittelfristig sollten jedenfalls zusätzliche Mittel dafür im Rahmen der Ertragsanteilsverteilung zur Verfügung gestellt werden.

### Ganztagschule gemeinsam meistern

Insbesondere um die Chancengerechtigkeit für die Kinder zu erhöhen, ist es wert, am Konzept der Ganztagschule weiterzuarbeiten und nicht den Ball der Verantwortlichkeit hin und her zu spielen. Vielmehr gilt es, jene Probleme, welche aktuell einem raschen Ausbau entgegenstehen, zu lösen. Hierzu gehören jedenfalls eine gesicherte Finanzierung für Gemeinden, aber auch Investitionen in die Qualität des Personals und das Konzept der Ganztagschule. 

<sup>1</sup> Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau der ganztägigen Schulformen idF BGBl. Nr. 115/2011; Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den weiteren Ausbau ganztägiger Schulformen idF BGBl. Nr. 192/2013

<sup>2</sup> Bildungsinvestitionsgesetz 2017 idF BGBl. I Nr. 87/2019

<sup>3</sup> Gemäß parlamentarischer Anfrage 2022

# Nachhaltige öffentliche Beschaffung

Sozial-ökologische Beschaffung und mehr internationale Verantwortung wagen

Leonhard Plank, Department of Spatial Planning, Centre of Public Finance and Infrastructure Policy, TU Wien

Das öffentliche Beschaffungswesen, das in den EU-Mitgliedsstaaten zwischen 14 und 19 % des BIP ausmacht, stellt einen beachtlichen Hebel für die anstehende sozial-ökologische Transformation und die Erreichung internationaler Verpflichtung wie der SDGs dar. Um ihn besser zu nutzen, bedarf es neben dem politischen Willen einer Aufwertung der Beschaffungsfunktion, durch bessere institutionelle Unterstützung und Berücksichtigung von strategischen Zielen, die über das Billigstbieter-Prinzip hinausgehen. Das neue bzw. wiedererstarbte Interesse an öffentlicher Beschaffung ist Teil einer größeren polit-ökonomischen Verschiebung in der internationalen Ordnung, bei der die Rolle der öffentlichen Hand ebenso wie die kurzfristigen Effizienzvorteile von global ausgerichteten Finanz-, Güter- und Dienstleistungsströmen hinterfragt und neu bewertet werden.



## Erosion des marktliberalen Paradigmas

Die Zeitenwende, von der der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz wenige Tage nach dem Angriff von Putin auf die Ukraine sprach, beendet die Phase der internationalen Ordnung, in dem der Sieg von Markt und liberaler Demokratie westlicher Prägung das – vermeintliche – „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) besiegelten. Bereits in den Jahren davor waren Erosionserscheinungen dieses marktliberalen Paradigmas erkennbar. Die globale Privatisierungspolitik, die ausgehend von Chile, England und den USA die Welt erfasste, ist spätestens

im letzten Jahrzehnt ins Stocken geraten. Exemplarisch für die Krise der Privatisierungen stehen die zahlreichen Rekomunalisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge. In der EU-Handelspolitik sind einige marktschaffende Liberalisierungsprojekte in die Defensive geraten und das Europäische Parlament hatte sich im Jänner 2020 erstmals mehrheitlich für verbindliche Nachhaltigkeitskapitel bei EU-Handelsverträgen ausgesprochen. Unterstrichen wird dieser Richtungswechsel auch durch die aktuelle EU Trade Policy Review, wo prominent auf die weitverbreiteten Arbeitsrechtsverletzungen in globalen Wertschöpfungsketten

und eine neue Generation von Lieferketten-Gesetzen hingewiesen wird. Diese Bruchlinien haben nicht zuletzt mit der Renaissance der Geopolitik zu tun. Insbesondere der Aufstieg Chinas führt zu Gegenreaktion auf Seiten der EU, die schwer mit dem bisherigen marktliberalen Paradigma in Einklang zu bringen sind. Ein erstes sichtbares Zeichen in dieser Hinsicht waren die EU-Initiativen zur expliziten Regulierung von ausländischen Direktinvestitionen in Bereichen der kritischen Infrastrukturen und Industrien im Jahr 2017, die primär vor der Übernahme durch chinesische Investoren schützen sollten. Auch die öffentliche

Beschaffung ist ein zentrales Feld, das in dieser Neuausrichtung des Verhältnisses mit China in den Blick genommen wird. So veröffentlichte die Europäische Kommission im Frühjahr 2019 eine Mitteilung unter dem Titel „Leitlinien zur Teilnahme von Bieter:innen und Waren aus Drittländern am EU-Beschaffungsmarkt“. Der erste Absatz der Einleitung verweist unmissverständlich darauf, dass die Leitlinien Teil der neuen EU-China-Strategie zur Herstellung eines fairen Wettbewerbs sind, bei dem „nicht nur der Preis, sondern auch die hohen europäischen Standards in den Bereichen Arbeitsrecht, Umwelt und Sicherheit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden“.

### Von vergabefremden Kriterien zur strategischen öffentlichen Beschaffung

Parallel zu dieser zentralen Verschiebung in der internationalen politischen Ökonomie hat sich im letzten Jahrzehnt auch das Grundverständnis von öffentlicher Beschaffung in Europa gewandelt. Lange Zeit galt die Berücksichtigung von sozialen oder ökologischen Dimensionen als „vergabefremd“. Was zählte, war primär der Preis vor dem Hintergrund der etablierten Grundsätze des öffentlichen Auftragswesens (z. B. Gleichbehandlung, Transparenz und Effizienz).

Ausgehend von der europäischen Ebene wurden im Zuge der Revision der EU-Richtlinien im Jahr 2014 die vorhandenen Spielräume zu sozial-ökologischer Beschaffung erweitert und abgesichert. Daneben wurde in der Mitteilung der Europäischen Kommission (2017) auch ein neuer Ton angeschlagen. Öffentliche Beschaffung wurde darin als ein Feld strategischer Wirtschaftspolitik gerahmt, in dem die Integration vormals „vergabefremder“ Kriterien zu einem zentralen Element aufgewertet wurde. Damit wurde strategische Beschaffung offiziell wieder zu dem, was sie im Hintergrund in einzelnen Bereichen wie der F&E-Politik und KMU-Förderung immer war: ein Instrument im Werkzeugkasten eines „unternehmerischen Staats“ vor dem Hintergrund einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung.

Damit der Hebel der öffentlichen Vergabe besser genutzt werden kann, bedarf es neben einer stärkeren Koordinierung der Kaufkraft innerhalb des öffentlichen Sektors auch weiterer unterstützender Elemente in einem sozial-ökologisch ausgerichteten Vergaberegime. Zum einen muss die Legislative klare Vorgaben machen, damit die vorhandenen Gestaltungsspielräume ausgehend von der EU-Ebene genutzt werden können. Daneben braucht es auch die Kompetenz, dies in der Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen umzusetzen. Schließlich spielen auch Gerichtsentscheidungen als Orientierungspunkte für die Vergabepaxis eine wichtige Rolle. Diese variiert ebenso wie der Diskurs über das Vergabewesen und steht nicht zuletzt im Zusammenhang mit (nationalen) Verwaltungstraditionen.

In Schweden lassen sich einige dieser Elemente beobachten. Der Gesetzgeber hat ein ambitioniertes öffentliches Beschaffungsgesetz erlassen und entsprechende Strategien entwickelt. Neben neuen öffentlichen Einheiten setzt man hier insbesondere auf bestehende Kooperationsstrukturen auf regionaler Ebene, die trotz zentralstaatlicher Verfasstheit ein hohes Maß an Eigenständigkeit im Bereich strategischer Beschaffung aufweisen. Darüber hinaus ist die Kooperation mit NGOs und anderen Akteur:innen für den Bereich der Beratung und des Monitorings ein wichtiger Bestandteil in den schwedischen Regionen.

### Ungehobene Potenziale in Österreich

Innerhalb des österreichischen öffentlichen Sektors gibt es gute Ansätze für die Entwicklung eines umfassenden strategischen Beschaffungsregimes, das auf sozial-ökologischen Prinzipien fußt. Diese reichen von den etablierten Programmen vieler Städte und Gemeinden über den Aktionsplan „Nachhaltige Beschaffung“ und die Aktivitäten der zentralen Beschaffungseinrichtung BBG auf Bundesebene bis zu den unterstützenden öffentlichen Stellen auf Bundesländerebene. Die größte Leerstelle zeigt sich im Bereich sozial verantwortlicher Beschaffung mit internationaler Dimension. Hier fehlt es

an klaren Vorgaben und Unterstützungen von der Bundesebene abwärts, wie etwa die Beschaffung von Textilien, Bekleidung oder IT-Geräten fair gestaltet und systematisch ausgerollt werden kann. So bleiben die vor allem auf kommunaler Ebene anzutreffenden Fairtrade-Initiativen in der Regel in ihrer Nische und können somit keine systemische Wirkung entfalten.

Dass es anders gehen kann, zeigen nicht nur die bereits erwähnten schwedischen Regionen, sondern auch Beispiele aus dem benachbarten Deutschland. Dort beschäftigt sich Dataport, einer der größten IT-Beschaffer und Einkäufer für sechs Bundesländer, mit den Chancen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen in globalen Wertschöpfungsketten der IT-Fertigung. Nachdem man bereits seit einigen Jahren vertraglich die Einhaltung von bestimmten Mindeststandards (z. B. ILO-Kernarbeitsnormen) im Rahmen seines Konzeptmodells fixiert hatte, kooperiert man seit Kurzem mit Electronics Watch, um eine bessere Überprüfbarkeit und Durchsetzung der eingeforderten Kriterien sicherzustellen. Dies wird durch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Gewerkschaften in den Herstellerländern ermöglicht. Dabei überprüft Electronics Watch nicht nur Verstöße im Bereich der Menschen- und Arbeitsrechte, sondern organisiert auch die notwendigen betrieblichen Verbesserungsprozesse sowie Wiedergutmachungen mit der Industrie gemeinsam. Davon profitieren aktuell 400 verschiedene Einrichtungen des öffentlichen Sektors in Europa und Australien. In Österreich vermisst man ähnliche Initiativen, die dem Anspruch internationaler Verpflichtungen – allen voran der SDGs – folgen, bisher. Zuletzt war die vom Bildungsministerium politisch verantwortete Beschaffung von digitalen Endgeräten für rund 150.000 Schüler:innen durch die BBG nach dem Billigstbieter-Prinzip durchgeführt worden.



Dieser Beitrag beruht auf dem DFG-FWF Projekt „Labour Governance in Global Production Networks Assessing labour standards in a new generation of public procurement legislation and trade agreements linked to market access into the European Union.“

# Teilen und tauschen

## Kommunal unterstütztes Foodsharing

Nicolas Schlitz und Anke Strüver, Universität Graz

Die Aussage „Tag für Tag wird in Wien gleich viel Brot weggeworfen wie Graz verbraucht“ und die dazugehörigen Bilder sind seit 2005 vielen Menschen im deutschsprachigen Raum in Erinnerung geblieben, die den Film „We feed the world“ von Erwin Wagenhofer gesehen haben. Seitdem hat sich in Wien wie in Graz vieles verändert. Aber auch für heuer schätzt der WWF für Österreich, dass 1 Mio. Tonnen genießbare Lebensmittel nicht auf dem Teller, sondern in der Tonne landen wird. Das intensiviert – lokal wie global – soziale und ökologische Krisen, die eng an die Ver- und Entsorgung von Lebensmitteln gebunden sind.

In diesem Beitrag stellen wir kurz die Potenziale der digital unterstützten Verteilung und Weitergabe von überschüssigen und potenziell verschwendeten Lebensmitteln vor. Seit 2012 gibt es analoge wie digitale Foodsharing-Plattformen, die durch die Vermittlung von überschüssigen Lebensmitteln und zunehmend auch fertigen Mahlzeiten dazu beitragen, Lebensmittelverschwendung zu verhindern. Dazu gehören v. a. [foodsharing.at](http://foodsharing.at) mit seinem Netzwerk an Fairteilern und die kommerzielle App *Too good to go*, die plattform vermittelt „Secondhand-Lebensmittel“ vermarktet.

### Lebensmittelver(sch)wendung

Der Begriff „vermeidbare Lebensmittelabfälle“ bezeichnet Lebensmittel, die eigentlich noch genießbar wären, aber aufgrund unterschiedlicher Praktiken entsorgt werden und damit ihren Zweck verlieren. Solche Abfälle fallen in allen Bereichen der Lebensmittelproduktion und -konsumption an: in der Landwirtschaft, im Handel, im Haushalt und na-



türlich auch in der Gastronomie. Mit der Verschwendung von Lebensmitteln gehen alle Ressourcen verloren, die für Herstellung, Verarbeitung, Transport und Vermarktung notwendig waren. Zugleich gehören die Nahrungsmittelerzeugung und daran gebundene Transport- und Handelslogistik zu den stärksten Verursachern der globalen Umweltveränderungen. Und schließlich hat Lebensmittelverschwendung auch eine nicht zu vernachlässigende soziale Dimension: Denn Ernährungssicherheit ist – global wie lokal – nicht nur eine Frage der Produktion und Verteilung, sondern auch sozialer Ungerechtigkeiten. Derzeit aktive Initiativen gegen Lebensmittelverschwendung gehen historisch auf soziales Engagement für von Armut und Hunger betroffene gesellschaftliche Gruppen zurück; dazu gehören insbesondere die Sozialmärkte sowie die Lebensmittel-Tafeln als karitative Einrichtungen zur Essensausgabe.

Die Plattform Foodsharing hingegen wurde mit dem Ziel gegründet, Lebensmittel durch die ehrenamtliche Arbeit von sogenannten Foodsavern zu verwenden, statt zu verschenden und ist vor allem durch die Einrichtung von Fairteilern bekannt geworden: Das sind öffentlich zugängliche Stationen – meist Kühlschränke – zur freien Nahrungsmittelweitergabe und -entnahme. Sie bieten die Möglichkeit, noch genießbare überschüssige Lebensmittel abzugeben bzw. abzuholen. Damit zielen die Fairteiler einerseits auf die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung auf Haushaltsebene ab; andererseits kümmern sich die Foodsaver auch um die Abholung und Weitergabe von Lebensmittelüberschüssen aus Kooperationsbetrieben in Handel und Gastronomie.

In Graz ist Foodsharing seit 2013 aktiv und im selben Jahr wurde Graz auch zur „Foodsharing Stadt“, was bedeutet, dass

die Stadt Lebensmittelverschwendung aktiv reduzieren möchte. Foodsharing betreut derzeit (Juni 2022) durch ca. 500 ehrenamtliche Foodsaver in Graz und Umgebung 34 Fairteiler-Stationen sowie 65 Kooperationen mit Betrieben und ist dafür 2017 mit dem Klimaschutzpreis des Umweltministeriums und 2018 mit dem Umweltpreis der Stadt ausgezeichnet worden. Dennoch reicht das ehrenamtliche Engagement bei Weitem nicht aus, um die Mengen an genießbaren Lebensmitteln abzuholen und zu verteilen, die bereits jetzt durch Kooperationsbetriebe zur Verfügung stehen würden. Neben der Verteilungslogistik stellen auch Reinigung und Instandhaltung der Fairteiler-Stationen große Herausforderungen dar.

### Plattformlogik und kommunal unterstützte Fair-Teilung

Um diesen Herausforderungen der Fairteiler-Lebensmittelent- und -versorgung besser zu begegnen, lässt sich von der Logik und Logistik der aktuell stark wachsenden digital vermittelten Plattformlieferarbeit lernen; zumindest wenn ihre Entstehungskontexte (sharing is caring) und die Potenziale kommunaler Unterstützung ernst genommen werden: In nur wenigen Jahren hat sich eine florierende Branche entwickelt, in der via Smartphone-Apps die Lieferung von Mahlzeiten und Lebensmitteln vermittelt und u. a. mit der hohen Flexibilität und der Nachverfolgung in Echtzeit beworben wird. Kritisiert werden gleichwohl die schlechten Arbeitsbedingungen für die Liefernden, die meist als Soloselbstständige nur auf Abruf Aufträge erhalten, über die App lückenlos kontrolliert und algorithmenbasiert – und somit intransparent – sanktioniert werden. Die Grundidee eines digitalen „sharing is caring“ lässt sich dennoch für die Fairteiler-Idee aufgreifen: App-basiert lassen sich Abholung und Verteilung von überschüssigen Lebensmitteln theoretisch leicht und transparent organisieren und nebenher lässt sich in Echtzeit über den Fairteiler-Bestand informieren. Praktisch braucht es dafür aber kommunale Unterstützung und die Anerkennung der Tatsache, dass es sich beim Teilen und Tauschen um



lokal und sozial wichtige Arbeit handelt, die nicht nur ehrenamtlich geleistet werden kann. Dies beinhaltet daher eine digital-basierte Vernetzung im Sinne sozialer Teilhabe und aktiver Mitgestaltung von Arbeitsabläufen.

Trotz der aktuellen Teuerungen und des stark wachsenden Bewusstseins für Lebensmittelknappheit ist aufgrund der Pläne der Österreichischen Bundesregierung, die Verschwendung von Lebensmitteln zu halbieren, lokal wie national ein weiterer Anstieg der zu verteilenden Lebensmittel zu erwarten.

Dass die bestehenden Lebensmittelausgabestellen in Graz bereits jetzt sehr stark genutzt werden, macht zudem die hohe Nachfrage deutlich. Kommerzielle Plattformen wie Too good to go können hier nur sehr begrenzt weiterhelfen, da sie die Verteilungslogistik an die Haushalte auslagern und ein Entgelt für die Secondhandlebensmittel verlangen.

Vor diesem Hintergrund könnte Graz zu einer Art Kultivator-Stadt werden, die durch die kommunale Unterstützung der Foodsharing-Infrastrukturen die sozialen und ökologischen Potenziale der Fairteiler-Plattform stärker verwirklicht. Dazu gehört die aktive Unterstützung bei

der Schaffung neuer Fairteiler-Stationen, auch durch die Bereitstellung städtischer Liegenschaften oder die Ausweisung öffentlicher Teilräume als Foodsharing-Orte.

Da bislang die Fairteiler-Stationen noch relativ ungleich über das Stadtgebiet verteilt sind und insbesondere sozio-ökonomisch besser gestellte Stadtteile abdecken, ist dabei eine stärker bedarfsorientierte Verteilung essenziell.

Auch bei den administrativen und rechtlichen Herausforderungen der Verteilungslogik und -logistik von Foodsharing sowie der Reinigung und Instandhaltung der Fairteiler-Stationen könnte die Stadt durch Kooperationen mit kommunalen Reinigungsbetrieben oder durch Bürgschaften wichtige Unterstützung leisten. Nicht zuletzt kann eine stadtweite Koordination der plattformbasierten Verteilung und Weitergabe von überschüssigen und potenziell verschwendeten Lebensmitteln durch Foodsharing wesentlich dazu beitragen, dass sich die Idee des Teilens von überschüssigen Lebensmitteln als etwas Alltägliches normalisiert – und wie wäre es, wenn in Graz täglich so viel Brot fair verteilt würde wie übriggeblieben ist?





Das Kernteam des Linzer Blackout-Projekts (v. l.): Carina Rumpold (Projektleiterin), Bernhard Ofenböck, Christian Bauer, Mario Gubesch, Silvia Tomancok, Christoph Weissenböck, Stefan Leeb, Emil Pertl, Helmut Haslinger

# Kein Blackout im Blackout

Die Stadt Linz bereitet sich auf einen Blackout vor.

Carina Rumpold, Magistratsdirektion, Landeshauptstadt Linz

**W**ie kann man sich auf etwas vorbereiten, das in seiner Dimension alles bisher Dagewesene übertrifft? Diese Frage stellen sich derzeit nicht nur viele Städte und Gemeinden, sondern generell viele Organisationen in Österreich bzw. Europa. Trotz des häufigen Gebrauchs des Wortes, ist es wichtig, präzise zu definieren, dass ein Blackout mehr als ein lokaler oder sogar bundeslandweiter Stromausfall ist. Es

handelt sich dabei um einen unerwarteten und unvorhersehbaren Totalzusammenbruch des überregionalen Stromversorgungsnetzes für einen längeren Zeitraum. Die Auswirkungen lassen sich derzeit nur theoretisch erahnen. Was im Ernstfall wirklich noch funktionieren wird, lässt sich aufgrund der Komplexität noch schwer konkret benennen. Und dennoch ist eine Vorbereitung auf allen Ebenen unerlässlich, denn im Ernstfall

müssen viele Räder ineinandergreifen, um ein umfangreiches Chaos zu verhindern.

## Die Zeit drängt

Auf Initiative von Sicherheitsstadtrat Michael Raml bereitet sich die Stadt Linz bereits seit einiger Zeit konkret auf diesen umfassenden Katastrophenfall vor. Die Zeit drängt – wird doch nicht zuletzt aufgrund der Ukraine-Krise die Wahr-

scheinlichkeit für ein tatsächliches Eintreten immer höher. Aufgrund der Komplexität des Themas ist es für die Vorbereitung wesentlich, dass man vom Kleinen ins Große arbeitet und sich schrittweise immer neue Ziele steckt – die sich, wie wir in der Praxis sehen, ganz von selbst ergeben. Daher beginnt der Magistrat Linz auch mit der internen Vorbereitung. Die enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Linz AG sowie mit dem IT-Dienstleister IKT Linz sind dabei wesentlich für das Voranschreiten des Projekts.

Kommunikation ist das wichtigste und zugleich herausforderndste Thema. Dabei muss man sich der Frage stellen, welche Alternativen man noch hat, wenn die etablierten Kommunikationswege nicht mehr funktionieren. Das ist vor allem hinsichtlich der Aktivierung des Krisenstabs und der notwendigen Mitarbeiter:innen eine ziemlich große Herausforderung. In unserem Projekt wollen wir uns auf unterschiedliche Szenarien vorbereiten. Die Aktivierung hat anders zu erfolgen, wenn der Blackout während der Arbeitszeit eintritt, als wenn dieser in der Nacht oder am Wochenende passiert. Gerade wenn die Mitarbeiter:innen nicht vor Ort sind, muss auf die Eigeninitiative gesetzt werden. In diesem Fall helfen nur Checklisten, anhand derer man erkennt, dass es sich um einen Blackout handelt. Sofern man zum Schlüsselpersonal zählt, muss man selbstständig den Arbeitsort aufsuchen. Im Vorhinein wurden alle Geschäftsbereiche des Magistrats dazu angeleitet, sich Gedanken über die aufrechtzuerhaltenden Aufgaben und das dafür notwendige Schlüsselpersonal zu machen. Im nächsten Schritt werden anhand dieser Informationen die konkreten Vorgehenspläne erarbeitet.

### Stadtweite Kampagne

Die erste Säule ist die Vorbereitung der Bevölkerung und der eigenen Mitarbeiter:innen im privaten Bereich zu unterstützen, denn im Ernstfall werden jene ruhig bleiben, die sich mit dem Thema befasst und entsprechend vorgesorgt haben. Dafür wird es in Linz im Herbst über mehrere Wochen hinweg sowohl eine interne als auch eine stadt-

weite Kampagne geben, die auf unterschiedlichsten Kanälen auf die Sensibilisierung und Aktivierung setzt. Um den laufenden Kommunikationstransfer zu gewährleisten, wird dauerhaft eine Unterseite auf [www.linz.at](http://www.linz.at) eingerichtet, auf der Bürger:innen die Informationen auch zum Ausdrucken finden.

### Krisenfeste Infokanäle

Gleichzeitig ist es auch wesentlich, sich zu überlegen, wie die Kommunikation während eines Blackouts funktionieren kann. Für die Bevölkerung im Allgemeinen wird die Information über die Radiostationen angeboten. Allerdings wird es auch Menschen geben, die keinen Zugang zu einem Radio haben. Daher bereitet Linz dezentrale Kommunikationspunkte (vordergründig im Rahmen von Selbsthilfebasisen) vor, an denen per Plakat die wichtigsten Informationen weitergeleitet werden. Dazu braucht es in der Zentrale nicht nur (im Optimalfall) notstrombetriebene Drucker, sondern auch Personal, das die Plakate in der Stadt verteilt. Bei der internen Kommunikation des Krisenstabs mit den wichtigsten Stakeholdern sowie mit dem operativen Schlüsselpersonal arbeitet der Magistrat gemeinsam mit der Linz AG gerade an einer technischen Lösung. Dabei werden die Vor- und Nachteile der bestehenden Möglichkeiten evaluiert.

Während die Anregung der Bevölkerung zur Eigenvorsorge die erste und wichtigste Säule ist, ist es auch aufgrund der fehlenden Mobilität und Kommunikationsmöglichkeiten wichtig zu überlegen, wie man Plattformen zur Organisation von Selbsthilfe unterstützen kann. Daher ist die zweite Säule die lokale Selbstorganisation in Selbsthilfebasisen, die durch die Vorbereitung der lokalen Gebietskörperschaften unterstützt werden kann. Sie stellen ein wichtiges Bindeglied zwischen der Bevölkerung, der Nachbarschaftshilfe sowie zu den Akteur:innen des Katastrophenschutzes auf der Gemeindeebene (Bürgermeister, Feuerwehr, Zivilschutz) dar.

Während sich die Standorte dieser Selbsthilfebasisen in kleineren Gemeinden ganz automatisch ergeben (z. B. Schulen, Gemeindezentren, Vereinsgebäude), ist

dies in größeren Städten eine größere Herausforderung, da diese im Ernstfall zugänglich sein und von Verantwortlichen, die optimalerweise in der unmittelbaren Umgebung wohnen, organisiert werden müssen. Gleichzeitig ist es erforderlich, dass die im ganzen Stadtgebiet verteilten Standorte mit den zentralen Einheiten kommunizieren und Hilfsbedarf organisieren können. In Linz wurden dafür im ersten Schritt 17 Standorte – hauptsächlich die Volkshäuser – ausgewählt, die auch bereits jetzt als Anlaufpunkte für Informationen zum Thema Blackout etabliert werden sollen. Wesentlich ist dabei auch die personelle Besetzung, da diese im Krisenfall vor große, multiple Anfragen gestellt werden, auf die man sich nur grob vorbereiten kann. Auch das Thema Sicherheit sollte dabei nicht vergessen werden.

Gleichzeitig gilt es, für den Magistrat selbst zu überlegen, auf welche magistratsinternen Standorte man die Abwicklung konzentriert, um diese in den kommenden Jahren schrittweise optimal auszustatten. Dabei geht es nicht nur um die Frage der Notstromversorgung (obwohl diese natürlich eine wesentliche ist), sondern auch um die Möglichkeiten der internen Kommunikation und der Ausstattung (Druckerei, Küche etc.). Auch hier muss die Sicherheit der Einrichtung(en) mitbedacht werden.

Weitere Überlegungen drehen sich um die Dieselsversorgung (Wie nutze ich die vorhandenen Lager und Fahrzeuge bestmöglich und wann müssen diese aufgefüllt werden, um einen beständigen Vorrat zu haben?) sowie um die Festlegung einer schlanken Struktur des Krisenstabs.

Ziel all dieser Überlegungen ist es, im ersten Schritt für den Linzer Magistrat einen geeigneten Vorbereitungsplan zu entwickeln und die wichtigsten allgemeinen Informationen den Geschäftsbereichen in ausgedruckter Form zur Verfügung zu stellen. Parallel dazu müssen sich alle Einheiten des Magistrats auch überlegen, wie sie selbst im Krisenfall die Aufrechterhaltung ihrer Aufgaben bewältigen. Dies reicht vom Ausdrucken oder lokalen Speichern der wichtigsten Pläne bis hin zu Logistikkonzepten. 



Die Frage der Abhängigkeiten der europäischen Volkswirtschaften von China, insbesondere im Hinblick auf kritische Infrastruktur, rückt durch die Corona-Pandemie und die Folgen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine wieder verstärkt in die öffentliche Aufmerksamkeit. Die Rolle Chinas beschränkt sich dabei nicht nur auf den Export riesiger Gütermengen nach Europa. Mit der 2013 ins Leben gerufenen „Belt and Road“-Initiative (BRI), besser bekannt als „neue Seidenstraße“, hat China seine Bemühungen intensiviert, auch in Europa kritische Verkehrs- und Energieinfrastruktur unter seine Kontrolle zu bringen.

### Chinas geplanter Aufstieg

Chinas wirtschaftlicher und geopolitischer Aufstieg seit den 1980er-Jahren ist eng an die Exportorientierung seiner Wirtschaft gebunden. 1999 startete China die Strategie „Going Global“. Mit der Normalisierung der Handelsbeziehungen Chinas zu den USA 2000 und dem WTO-Beitritt Chinas 2001, nahm diese Entwicklung noch deutlich an Fahrt auf. Diese – aus chinesischer Sicht – erfolg-

reiche Strategie hat unter anderem zum Aufbau massiver Fremdwährungsreserven<sup>1</sup> geführt. Die BRI stellt eine zentrale Säule der „Going Global“-Strategie dar und wird durch die industriepolitische Strategie „Made in China 2025“ ergänzt.

### Ziele der „neuen Seidenstraße“

Durch die BRI soll ein ganzheitlicher Rahmen geschaffen werden, um die Entwicklung globaler Groß- bzw. Megaprojekte zu fördern, die die Konnektivität und den Handel zwischen China und dem Rest der Welt ausbauen. Die BRI ist aber auch eine strategische Reaktion auf die Überkapazitäten der chinesischen Wirtschaft und soll dem Abbau der Fremdwährungsreserven dienen. Während die chinesischen Unternehmen mit einem gesättigten chinesischen Binnenmarkt konfrontiert sind, der daher wenig Wachstumspotenzial bietet, soll die BRI als Schockabsorber dienen, um den notwendigen Wandel des chinesischen ökonomischen Modells von externen Wachstumstreibern zu internen Wachstumstreibern abzufedern. Darüber hinaus dient die BRI als Instrument, um die innerchinesischen regionalen Disparitäten

zwischen den stark entwickelten Küstenregionen und den schwächer entwickelten Regionen im Landesinneren abzubauen. Die BRI soll auch den Export chinesischer (Industrie-)Standards fördern und chinesischen Unternehmen Zugang zur Hochtechnologie anderer Länder geben. Selbst ernanntes Ziel ist der Ausbau der politischen und strategischen Macht Chinas bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung freundschaftlicher und friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarn.

Trotz der Betonung Chinas, wonach es sich bei der BRI um ein inhärent wirtschaftliches Projekt handle, sind die damit verfolgten geopolitischen Interessen jedoch evident. Die BRI ist eng an Chinas langfristige Vision seiner eigenen Rolle in der Weltgemeinschaft im 21. Jahrhundert gekoppelt.

### Chinas europäische Seidenstraßen-Governance

Die chinesischen Anstrengungen der Integration europäischer Staaten in die BRI erfolgt über den China-Mittel-Ost-Europa-Gipfel, auch 16+1-Gipfel genannt. An diesen seit 2012 stattfindenden jährlichen Treffen nehmen der chinesi-

sche Ministerpräsident sowie die Regierungschefs mittel- und osteuropäischer Länder teil. Der stellvertretende chinesische Außenminister dient als Generalsekretär, der Governance der Gipfelkoordination, die mit einem Sekretariat in Peking und 16 Nationalkoordinatoren:innen ausgestattet ist. Diese Arbeit dürfte aus chinesischer Sicht auch durchaus erfolgreich verlaufen sein.

### Chinesische Investitionen in Europa und der EU

Bei den chinesischen Infrastrukturinvestitionen in Europa ist eine klare Tendenz zur Stärkung der jeweiligen Verkehrsinfrastrukturen festzustellen, die die Verbesserung der Wettbewerbssituation chinesischer Produkte und die Steigerung der Kapazitäten für sichere Eintrittswege in und Transportwege durch den europäischen Markt fördern. China hält bereits an 14 europäischen Häfen Anteile an Teilen von oder ganzen Terminals. Beispielsweise neben Athen an Rotterdam, Antwerpen, Le Havre, Bilbao, Genua, Valencia und Marseille. Der Fokus der Investitionen chinesischer Staatsunternehmen liegt jedoch auf Infrastruktur- und Energieprojekten in Südeuropa, insbesondere dem Westbalkan. Dabei sticht besonders die bereits im Bau befindliche Bahnstrecke zwischen Belgrad und Budapest heraus. Diese ist Teil einer geplanten Bahnstrecke Budapest–Belgrad–Skopje–Athen und würde bei Fertigstellung den in chinesischer Hand befindlichen Hafen Piräus direkt mit Budapest verbinden. Diese Strecke steht in unmittelbarer Konkurrenz zu den transeuropäischen Verkehrsnetzen der EU und verfügt damit auch über politisches Sprengpotenzial. Neben Häfen und Bahnstrecken investiert China gezielt auch in Flughäfen, Kraftwerke und Autobahnen. Die chinesischen Direktinvestitionen in der EU-27 und Großbritannien sind durch die Corona-Pandemie 2020 auf den niedrigsten Wert seit 2013 gesunken und betrugen 2021 knapp 10,6 Milliarden EUR.

### Risiken der BRI

Der Europäische Rechnungshof hat 2020 im Rahmen einer Risikoanalyse Gefahren der BRI identifiziert. Politisch wurden

#### Beijing in the Western Balkans

Selection of Chinese financed deals and projects

- Coal plant, completed
- Under construction / late-stage plan
- Acquisition
- Acquisition and substantial investment
- Road, completed
- Under construction / late-stage plan
- Railroad, under construction

**1. Belgrade-Budapest railway modernization**  
CCCC and China Railway, USD 350 m and USD 1.16 bn Exim-financed contracts.

**2. Shandong Linglong tyre factories**  
EUR 800 m investment faces opposition.

**3. Surcin-Obrenovac Highway**  
17.6 km and 1.8 km bridge built by CCCC. USD 234 m contract.

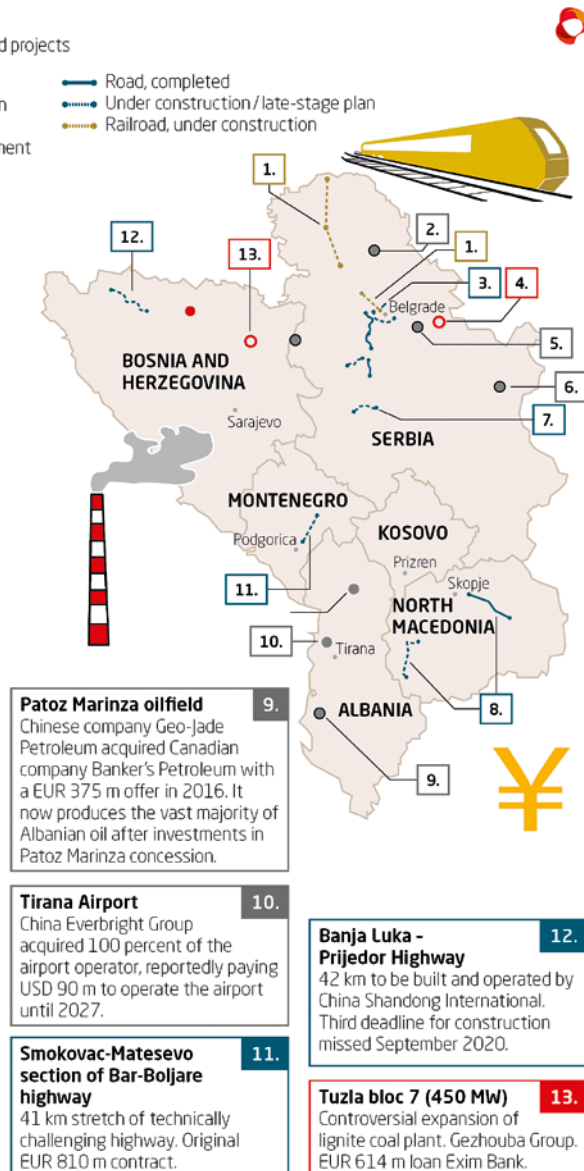
**4. Kostolac B3 (350 MW) & mine expansion**  
USD 715 m Exim financed project contracted to CMEC. Foundation stone laid 2017, but construction delayed.

**5. Smederevo steel mill Hesteel Group**  
2016 acquisition and investment.

**6. Zijin RTB BOR copper smelting complex**  
Planned USD 1.46 bn investment.

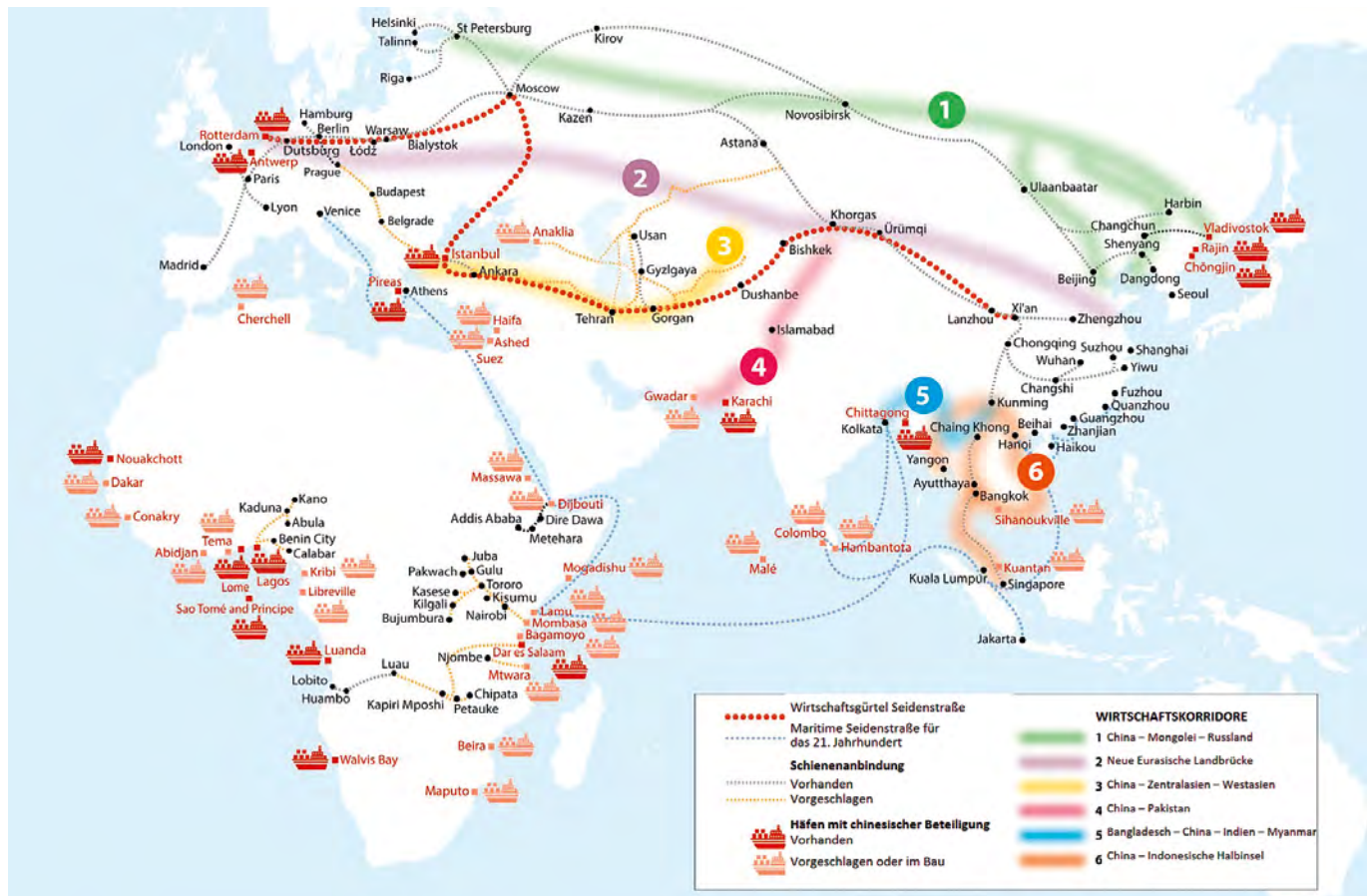
**7. Preljina-Pozega highway**  
30.9 km under construction by CCCC with Exim loan. EUR 450 m contract.

**8. Miladinovci-Stip and Kicevo-Ohrid highway**  
Two Exim financed highways plagued by delays and corruption scandal. EUR 818 m.



dabei vor allem sicherheitsrelevante Risiken identifiziert. So könnten chinesische Investitionen in sensible Anlagen in Europa die (Versorgungs-)Sicherheit bzw. die öffentliche Ordnung beeinträchtigen. Durch den Abschluss von Abkommen zur BRI-Zusammenarbeit einzelner Staaten mit China wird ein Unterlaufen der Geschlossenheit der EU befürchtet. Ebenso könnten BRI-Vorhaben die Kontrolle der Mitgliedstaaten über strategische nationale Infrastruktur aushöhlen, mit allfällig negativen geopolitischen Auswirkungen. Diese Risiken haben vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine besondere Aktualität.

Die wirtschaftlichen Risiken werden derzeit insbesondere in mangelnder Gegenseitigkeit in den Beziehungen zwischen der EU und China wegen unfairer wirtschaftlicher Vorteile für chinesische Unternehmen gesehen. Auch können schlecht konzipierte Projekte, die durch chinesische staatseigene Unternehmen finanziert werden, zu nicht bedienbaren Schulden und zum Zahlungsausfall in EU-Staaten und Drittländern führen. Dies kann den Verlust strategischer Sicherheiten zur Folge haben. Ein zentrales Risiko für österreichische Unternehmen kann die Beeinträchtigung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der



## LINKS

Stadt Wien – Europäische Angelegenheiten (MA 27) (2021): Chinesische Investitionen in der EU [www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/chinesische-investitionen.html](http://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/chinesische-investitionen.html)

Europäischer Rechnungshof (2020): Analyse Nr. 03/2020: Die Reaktion der EU auf Chinas staatlich gelenkte Investitionsstrategie [www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=54733](http://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=54733)

MERICS (2021): Beijing fills gaps left by Brussels in the Western Balkans <https://merics.org/en/short-analysis/beijing-fills-gaps-left-brussels-western-balkan>

EU durch erzwungenen Technologietransfer an China darstellen. Die beliebtesten Ziele chinesischer Direktinvestitionen waren 2021 die Sektoren Konsumgüter, Automobil (insbes. Batterien für E-Autos), Gesundheit, Pharma- und Biotechnologie sowie IKT und Energie.

## Umsichtige EU-Wirtschaftspolitik

Die europäische Wirtschaftspolitik steht vor einer Weggabelung: Die Herausforderungen der Klimakrise, des Kriegs in der Ukraine, Inflation, Digitalisierung und gestörter Lieferketten brauchen umsichtige Antworten. Die von der EU-Kommission angestrebte strategische Autonomie Europas muss auch politisch und inhaltlich mit Leben gefüllt werden. Dafür muss auch die kritische Infrastruktur Europas sicher finanziert werden und unter öffentlicher Kontrolle bzw. Regulierung stehen. Die dafür notwendigen Investitionen dürfen nicht durch überbordende europäische Normen und zu

komplexe Fördersysteme be- und verhindert werden, sondern müssen Mitgliedstaaten, Regionen, Städten und Gemeinden die notwendigen Spielräume geben, ihrer Verantwortung zur Bereitstellung nachhaltiger, versorgungssicherer, allgemein zugänglicher öffentlicher Dienstleistungen nachzukommen. Die weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen China und der EU und die konkrete Ausgestaltung der strategischen Autonomie der EU werden zeigen, ob und inwiefern die Verfolgung eigenständiger geopolitischer Interessen der EU in Zukunft gelingt.

<sup>1</sup> <https://tradingeconomics.com/china/foreign-exchange-reserves>



jetzt Video  
ansehen

**VTA**<sup>®</sup>  
we clean water

# Wasser ist Leben!

// Hochwirksame Systemlösungen  
zur effizienten Abwasserreinigung  
// Biologische Analysen & individuelle  
Beratung

🌐 [www.vta.cc](http://www.vta.cc)

☎ +43 7732 4133

✉ [vta@vta.cc](mailto:vta@vta.cc)

# Erfolgreiches Glasrecycling

## Daseinsvorsorge in partnerschaftlichem Miteinander am Beispiel Glassammlung in Stadt und Land

Austria Glas Recycling – Leistungen für Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt

**G**lasrecycling in Österreich hat Geschichte – seit 45 Jahren sammeln wir altes Glas. Über 6 Millionen Tonnen Glasverpackungen wurden in dieser Zeit recycelt. Eine runde Sache im wahrsten Sinne des Wortes. Nicht umsonst gilt Glasrecycling als die Königsdisziplin der Kreislaufwirtschaft. Aber was und wer genau steckt hier alles dahinter? Was braucht es, um Recycling, konkret Glasrecycling – einen wichtigen Pfeiler der Daseinsvorsorge – am Laufen zu halten?

### An einem Strang ziehen

Eine Besonderheit des heimischen Glasrecyclingsystems ist es, dass alle Partner, allen voran die Kommunen, Entsorger, Austria Glas Recycling und ARA, das gleiche Ziel verfolgen: Hygiene und Sauberkeit sowie hohe Glasrecyclingquoten. Dazu Harald Hauke, GF der Austria Glas Recycling GmbH: „Austria Glas Recycling agiert als Koordinatorin in enger Abstimmung mit den Kommunen. Die Entwicklung individueller Lösungen für Gemeinden, die Optimierung des Systemmanagements und der Logistik – alles, was nötig ist, um den Bürgerinnen und Bürgern ein bestens funktionierendes und finanziell stabiles Sammelsystem zur Verfügung zu stellen, leisten wir in partnerschaftlicher Zusammenarbeit.“ Bürger:innennah stehen kompetente Ansprechpersonen für Fragen zu Recycling und Umweltschutz bereit. Diese kommunale Abfallberatung, wie sie in Österreich seit Jahrzehnten praktiziert wird, ist international beachtet und mit ein Grund dafür, warum Österreich, gerade bei Glasrecycling, zu den Besten in der EU zählt.



*Buntes zu Buntglas*

### Gemeinsam erfolgreich, international im Spitzenfeld

Seit vielen Jahren liegt die heimische Glasrecyclingquote bei mehr als 80 % (EU-Durchschnitt 70 %). Wir erreichen bereits heute die EU-Vorgaben für das Jahr 2030. Das Ergebnis der Altglassammlung 2021 beträgt 266.700 Tonnen. Harald Hauke: „Alle gesammelten Glasverpackungen übergeben wir zum stofflichen Recycling. Österreichs Glasrecyclingsystem ist hinsichtlich seiner Aufgaben für Umweltschutz und Ressourcensicherung effektiv. Die Partnerschaft mit den Kommunen ist dabei eine starke Säule.“

### Nachhaltiges Glasrecycling

Wirtschaftlicher Erfolg, soziales Handeln und eine gesunde Umwelt gehören zusammen. Das Businessmodell der Austria Glas Recycling ist per se nachhaltig: Das

Kerngeschäft ist umweltfreundlich, Erfolg wird in Sammelmengen und Recyclingquoten gemessen, und dank Non-Profit-Status der Austria Glas Recycling fließen alle finanziellen Mittel ausschließlich in den Betrieb und die nachhaltige Weiterentwicklung des Glasrecyclingsystems.

Die hohen Einsatzquoten von Altglas in der Produktion schonen Primärrohstoffe. Das schützt unsere Naturlandschaften. In Österreich nutzen drei Glaswerke von Weltrang Altglas als Rohstoff für die Produktion neuer Glasverpackungen: Die Glaswerke der Vetropack Austria in Pöchlarn/NÖ und Kremsmünster/OÖ sowie der Stoelzle in Köflach/Stmk. Glasverpackungen, die in Österreich hergestellt werden, bestehen im Durchschnitt zu 2/3 aus Altglas. Die Glasindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in Österreich.

Glassammlung und Glasrecycling sorgen für zukunftsfähige Arbeitsplätze in den Regionen. Umso wichtiger ist es, Glas-sammlung und -entsorgung auch in Zeiten von Krisen funktionsfähig zu halten. Gerade in instabilen Zeiten, wo wir sehr unmittelbar die Verletzlichkeit der globalen Lieferketten spüren. Harald Hauke: „Mein großer Dank gilt den Kommunen für die gemeinsame, erfolgreiche Arbeit für das österreichische Glasrecyclingsystem in guten wie in schwierigen Zeiten!“

### Daseinsvorsorge Glassammlung

Glasentsorgung ist – wie generell die Altstoff- und Müllentsorgung – unabdingbar für Hygiene und Sauberkeit in Stadt und Land. Sammlung und Entsorgung von Altstoffen und Müll müssen als systemrelevante Bereiche der Daseinsvorsorge unter jeder Bedingung aufrecht gehalten werden. Der Ausbruch der COVID-Pandemie Anfang 2020 stellte das System insgesamt und alle Akteur:innen vor große Herausforderungen. Hauke: „Die fast schlagartig veränderten Lebensgewohnheiten von über acht Millionen Menschen in Österreich forderten auch von den Kommunen und den Recyclingunternehmen promptes Reagieren und eine hohe Flexibilität bei den Entsorgungsangeboten. Letztlich konnte das Funktionieren des Glasrecyclingsystems im Ausnahmefall sehr rasch sichergestellt werden. Einmal mehr zeigte sich: Auf solide Partner ist auch in Krisenzeiten Verlass.“

### Klimaschutz dank Glasrecycling und grüner Logistik

Glasrecycling ist klimapositiv. Dank der Verwendung des Rohstoffes Altglas werden mehr CO<sub>2</sub>-Einsparungen erzielt, als die Sammlung und der Transport von Altglas CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Das Einschmelzen von Altglas benötigt deutlich weniger Energie als das Einschmelzen der Primärrohstoffe. Harald Hauke: „Mit unserem Green-Logistics-Modell drehen wir zusätzlich konsequent an vielen Rädern, um Altglas so umweltfreundlich und emissionsarm wie möglich zu transportieren.“ Seit 2012 steigerten Austria Glas Recycling und ihre Partner die Sammel-effizienz um 13 %. Im selben Zeitraum



Harald Hauke, Geschäftsführer der Austria Glas Recycling GmbH

reduzierten sie den Verbrauch von Diesel um über 1.150.000 Liter und die Emission von Staub um 85 %. Das kommt der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden unmittelbar zugute.

### Informationsarbeit als Erfolgsfaktor

Austria Glas Recycling nimmt eine führende Rolle sowohl in der Kommunikation mit kommunalen Abfallberater:innen, Entsorgungspartnern und Stakeholdern als auch in der Umweltbildung und in der umweltspezifischen Aufklärungsarbeit ein. Harald Hauke: „Wir informieren vielfältig und zielgruppenspezifisch. Beispielsweise besuchte Bobby Bottle, der witzige und kluge Flaschengeist, bereits über 80.000 Kinder in Österreichs Volksschulen. Auch ist er oft Stargast bei Abfallfesten und anderen kommunalen Umweltveranstaltungen. Beim Austria Glas ReCIRCLE treffen seit 2014 internationale Wissenschaft, österreichische Kommunen, Wirtschaft und Politik zu Diskussionen über nachhaltige Entwicklung zusammen. Und mit der App glasartig verbinden wir Information und Belohnung.“

### Transformation zur Kreislaufwirtschaft

Für langfristigen Erfolg braucht es Erfahrung, Weitsicht und verlässliche

Kooperationen. Das gilt insbesondere für die Transformation von der linearen Wirtschaft zur Circular Economy, die erheblich von Austria Glas Recycling und ARA vorangetrieben wird.

Harald Hauke: „Die Synergien der Austria Glas Recycling und ARA in allen betrieblichen Bereichen sind nicht nur ein Garant für alle Kunden, auf ein verlässliches und starkes Sammel- und Verwertungssystem bauen zu können. Sie bilden auch einen starken Motor für die Transformation zur Kreislaufwirtschaft in Österreich.“

### Die ARA schließt Kreisläufe

Ohne Kreislaufwirtschaft kein Klimaschutz! Mit 30 Jahren Erfahrung arbeitet die ARA für eine zirkuläre Wirtschaft. Die über 15.000 Kund:innen sparen durch die Entpflichtung ihrer Verpackungen bei der ARA pro Jahr mehr als 500.000 Tonnen CO<sub>2</sub> ein.

Mehr als eine Million Tonnen gesammelte Verpackungen und Altpapier der österreichischen Haushalte zeigen, dass in Österreich Mülltrennung hohe Priorität genießt. Die ARA setzt sich für eine nachhaltige Ressourcennutzung ein und unterstützt Unternehmen bei der Gestaltung kreislauffähiger Verpackungen sowie bei der Optimierung ihrer Stoffströme.



## Endlich wieder wandern!

► Rein in die Öffis und raus zum Wandern! Der „Stadtwanderweg Wienerberg“ (Stadtwanderweg 12) ist ideal, um den Süden Wiens zu erobern. Die 22,9 Kilometer lange Tour führt durch eines der bekanntesten Naherholungsgebiete bis zur angrenzenden Gemeinde Vösendorf mit ihrem historischen Ortskern und einem Wasserschloss aus dem 11. Jahrhundert. Los geht es an der Station Frödenplatz, die bequem mit der Straßenbahn 11 erreichbar ist.

Entlang des Weges gibt es genügend gemütliche Gaststätten zum Einkehren. Auf geht's!

### Infos

[wandern.wien.gv.at](http://wandern.wien.gv.at)



## Der Stadt Wien-Newsletter

► Mit einem täglichen Newsletter bietet das Team der Rathauskorrespondenz einen Überblick über die wichtigsten Themen aus dem Bereich der Stadt Wien. Abonnent\*innen von „MEIN WIEN heute“ starten Montag bis Freitag mit einem kompakten Überblick aller relevanten Themen in den Tag: Stadtpolitik, Kultur & Wirtschaft sowie eine Vorschau auf die wichtigsten Termine des Tages – kostenlos in Ihrem E-Mail-Postfach. Gleich anmelden!

### Infos

[wien.gv.at/meinwienheute](http://wien.gv.at/meinwienheute)



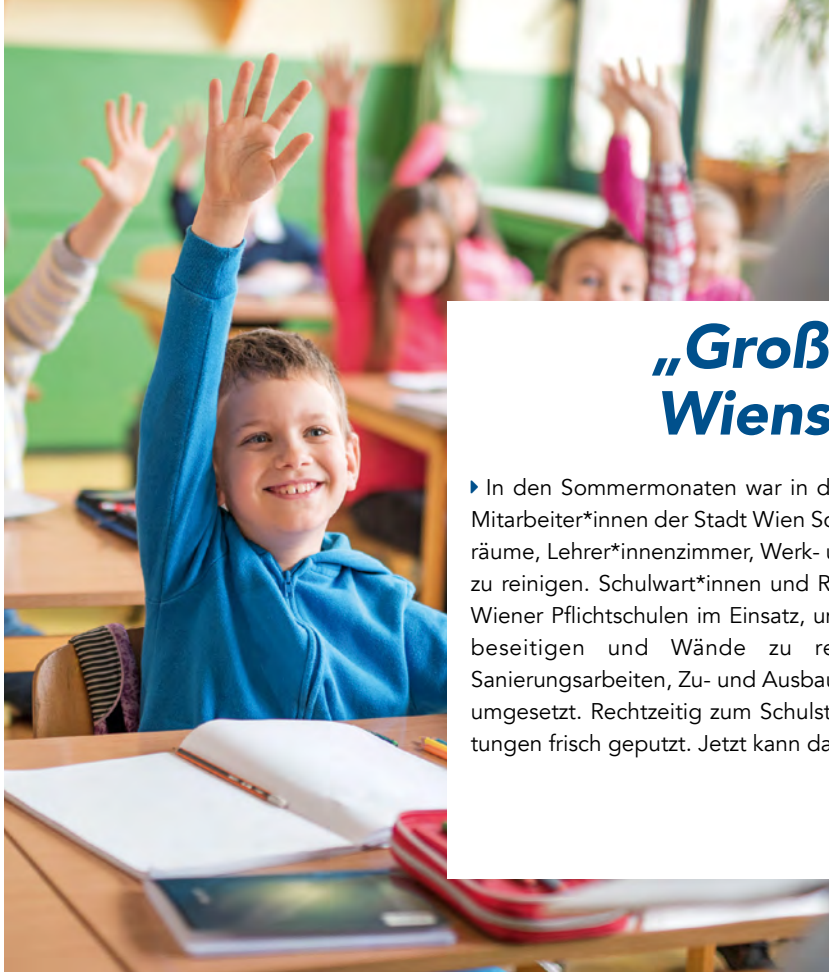
## Straßenfotografie zeigt besondere Augenblicke

► Eine alte Frau, die am Naschmarkt Zwiebeln verkauft, eine offene Straßenbahn, Oldtimer, die an einem Regentag vor der Schottenkirche unterwegs sind: All das sind Fotoszenen aus der Ausstellung „Augenblick! Straßenfotografie in Wien“, die noch bis 23. Oktober im Wien Museum MUSA (1., Felderstraße 6–8) zu sehen ist. Sie zeigt das Leben von 1860 bis heute und lässt die Geschichte in flüchtigen Schnappschüssen oder besonderen Straßenszenen der Stadt wiederaufleben. Ebenfalls ausgestellt sind Gewinnerbilder des Instagram-Fotowettbewerbs #Augenblick2022.

### Infos

[Wienmuseum.at](http://Wienmuseum.at)





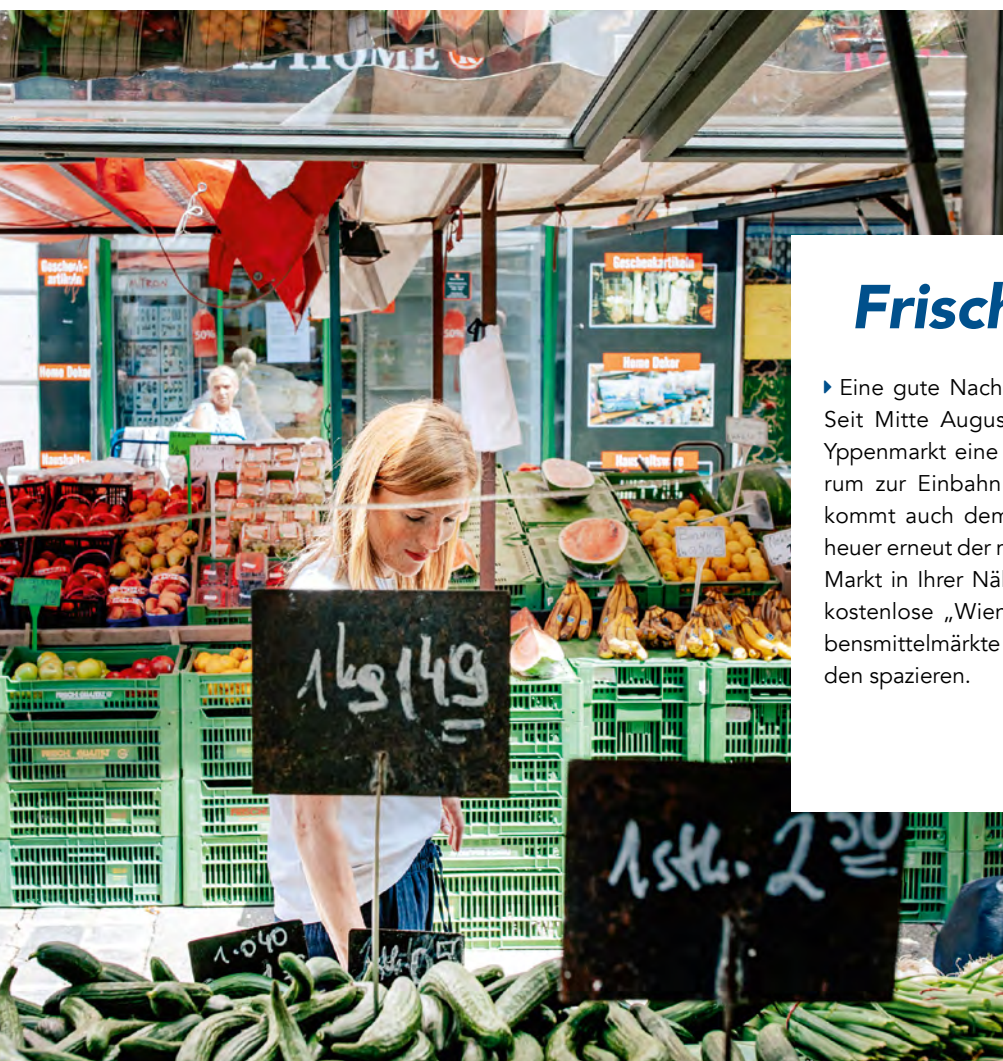
Bezahlte Anzeige

## „Großputz“ an Wiens Schulen

► In den Sommermonaten war in den Schulen nichts los? Von wegen! 1.200 Mitarbeiter\*innen der Stadt Wien Schulen nutzten die Ferienzeit, um Bildungsräume, Lehrer\*innenzimmer, Werk- und Nebenräume sowie Turnsäle gründlich zu reinigen. Schulwart\*innen und Raumpfleger\*innen waren an mehr als 390 Wiener Pflichtschulen im Einsatz, um Böden zu pflegen, Verschmutzungen zu beseitigen und Wände zu reinigen. Auch Instandsetzungs- und Sanierungsarbeiten, Zu- und Ausbauten sowie Neubauten wurden im Sommer umgesetzt. Rechtzeitig zum Schulstart präsentierten sich die Bildungseinrichtungen frisch geputzt. Jetzt kann das Lernen losgehen!

### Infos

[bildung.wien.gv.at](http://bildung.wien.gv.at)



## Frisches vom Markt

► Eine gute Nachricht für Marktbesucher\*innen in Ottakring: Seit Mitte August ist auch die angrenzende Nordzeile am Yppenmarkt eine Fußgängerzone. Die Westzeile wird wiederum zur Einbahn und der dortige Gehsteig erweitert. Das kommt auch dem angrenzenden Brunnenmarkt zugute, der heuer erneut der meistbesuchteste Markt Europas war. Welcher Markt in Ihrer Nähe das beste Angebot hat, verrät Ihnen die kostenlose „Wiener Märkte App“. Sie zeigt mehr als 20 Lebensmittelmärkte an und lässt Sie virtuell zwischen den Ständen spazieren.

### Infos

[marktamt.wien.gv.at](http://marktamt.wien.gv.at)

## Grüne Wände statt grauer Hitze

► Wer sagt, dass ein Garten auf dem Boden sein muss? Begrünte Fassaden beweisen, dass Gärten auch horizontal wachsen können. Genauso wie bepflanzte Innenhöfe oder begrünte Dächer verbessern sie das Stadtklima, binden Feinstaub, produzieren Sauerstoff, sorgen für die städtische Artenvielfalt, dämpfen Lärm und schützen vor Starkregen. Daher fördert die Stadt Wien die Begrünung von Gebäuden. Eine genaue Erstberatung zur Begrünung von Gebäuden und einer möglichen Förderung geben Expert\*innen von DIE UMWELTBERATUNG. Vereinbaren Sie einen Termin unter 01 803 32 32 oder per E-Mail.

### Infos

[service@umweltberatung.at](mailto:service@umweltberatung.at)  
[umweltberatung.at](http://umweltberatung.at)

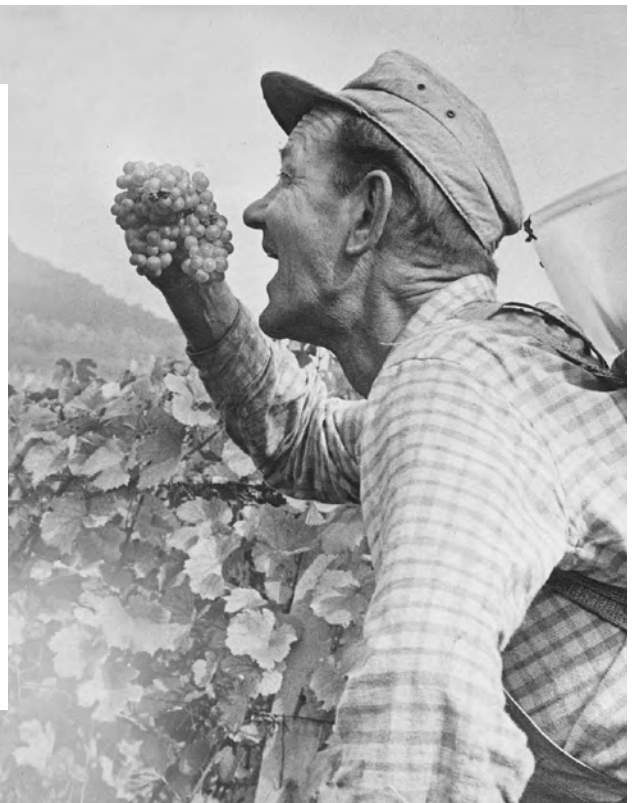


## Die Geschichte des Weins

► Hätten Sie gewusst, dass der Gumpendorfer 1464 eine der meistgenannten Weinsorten gewesen ist? Oder dass Missernten bereits im 13. Jahrhundert registriert wurden? Der Wein prägt die Kultur und die Wirtschaft der Stadt seit dem Mittelalter und ist seit jeher eine wichtige Einnahmequelle. Im 17. Jahrhundert besaßen viele Klöster, fast jeder Bürger und der Landesfürst Weingärten, entweder als Bergherren oder Inhaber. Mehr über die verschiedenen Weinsorten, die Geschichte des Anbaus und die wirtschaftliche Entwicklung erfahren Sie auf Wien Geschichte Wiki, der historischen Wissensplattform der Stadt Wien.

### Infos

[geschichtewiki.wien.gv.at](http://geschichtewiki.wien.gv.at)





Bezahlte Anzeige



## Her mit dem Buch!

► Einen spannenden Krimi lesen, das neueste Konsolenspiel ausprobieren, Hörspiele anhören oder ein eMagazin durchblättern: In den Stadt-Wien-Büchereien haben Sie die Qual der Wahl, aus den insgesamt 1,4 Millionen Medien zu wählen. Dazu gehört auch die Virtuelle Bücherei mit 70.000 eMedien wie eBooks oder eAudios. Sie stehen in den 38 Zweigstellen bereit, einen raschen Überblick gibt der Online-Katalog. Erhältlich ist dieses Angebot mit der Bücherei-Karte. Erwachsene erhalten sie um 32 Euro, für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre ist sie kostenlos. Am besten gleich anmelden!

### Infos

[buechereien.wien.gv.at](http://buechereien.wien.gv.at)



## Frauen und Mädchen stärken

► Das Frauenservice Wien unterstützt Mädchen und Frauen und bietet auch interessante Veranstaltungen für sie an: die Reihe „DigiGirlPower“ speziell für junge Frauen und Mädchen oder „Zivilcourage-Workshops“, in denen verdeutlicht wird, wie Zeug\*innen bei Übergriffen reagieren können. Bei der Frage, wie Alleinerzieherinnen eine günstige Wohnung finden, hilft die Wohnberatung weiter. Kostenlose und vertrauliche juristische Erstberatung zum Ehe- und Familienrecht, sozialarbeiterische und psychologische Erstberatung bietet wiederum das Frauenzentrum der Stadt Wien. Der 24-Stunden Frauennotruf ist für Frauen und Mädchen da, die von sexualisierter, psychischer oder körperlicher Gewalt betroffen waren oder sind.

### Infos

[frauen.wien.gv.at](http://frauen.wien.gv.at)



Stadtrat und Umweltgemeinderat Albert Kisting, KEM-Managerin Julia Zemann (Stadt Krems), Bürgermeister Reinhard Resch, Baudirektor Reinhard Weitzer (von links)



# Kremser Klimarelevanz-Tool

Wer das Klima schützt, erhält eine lebenswerte Umwelt für die nächsten Generationen.  
Die Stadt Krems hat dazu ein „Klimarelevanz-Tool“ entwickelt und prüft städtische Vorhaben auf Klimarelevanz.

Julia Zemann, Umwelt und Energie, Magistrat der Stadt Krems an der Donau

**S**tartschuss für die Entwicklung des Tools war das Kremser Klimamani-fest, welches 2019 im Gemeinderat beschlossenen wurde. Zentraler Punkt des Klimamanifestes ist die Überprüfung von Beschlüssen des Gemeinderats und des Stadtsenats hinsichtlich Auswirkungen auf das Klima. In Zusammenarbeit

mit der Baudirektion der Stadt Krems, der Klima- und Energiemodellregion Krems und der Energie- und Umwelt-agentur NÖ (eNu) wurde ein Kriterien-katalog entworfen. Anhand dessen wurde das Prüfungs-Tool entwickelt, mit dem jeder einzelne Beschluss auf dessen Klimarelevanz bewertet wird.

## Vorgaben für das Tool

Ziel bei der Entwicklung des Tools war eine einfache und dezentrale Nutzbarkeit. Die Prüfung soll auch ohne vertiefte Kenntnis der Klimaschutzmaterie und insbesondere ohne Berechnung von CO<sub>2</sub>-Bilanzen erfolgen können. So ist durch die einfache Anwendbarkeit eine Ein-

stufung der positiven oder negativen Klimarelevanz eines Beschlusses in einer frühen Planungsphase möglich. Das Tool ermöglicht es, alle Arten von Beschlüssen oder Vorhaben einer Gemeinde zu prüfen. Eine übersichtliche Darstellung des Ergebnisses ist mithilfe eines Ampelsystems auf einer Übersichtsseite gewährt und macht auf einen Blick das Ergebnis transparent.

### Erste Schritte

Bei der Umsetzung des Tools wurde großer Wert auf einfache Handhabung gelegt, da jede Abteilung ihr Vorhaben/Projekt selbst prüft. Der Prüfprozess erfolgt zweistufig. In der ersten Stufe erfolgt eine grobe Ersteinschätzung, ob das Vorhaben prinzipiell klimarelevant sein kann. Ist das Vorhaben nicht klimarelevant, ist der Prozess abgeschlossen. Für klimarelevante Projekte beginnt eine detaillierte Einstufung mit dem Kriterienkatalog.

Der Katalog gliedert sich in zwölf Fragen – jeweils sechs Fragen zu Klimaschaden und Klimanutzen. Für die vordefinierte Zuordnung der entsprechenden Fragenblöcke wird eingangs das Projektthema ausgewählt – Verkehr, Gebäude, Planung, Beschaffung, Infrastruktur oder Sonstiges.

### Umsetzungs- und Optimierungsvorschläge

Durch Eingabe relevanter Kenngrößen stuft das Tool den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Vorhabens ein und das Ergebnis wird mithilfe eines Ampelsystems dargestellt: Grün bedeutet einen geringen, Gelb einen mittleren und Rot einen erheblichen Klimaschaden.

Ergeben sich negative Auswirkungen, ist beispielsweise bei einer gelben Ampel zu überprüfen, ob es Alternativen mit weniger negativen Effekten gibt. Bei einer roten Ampel ist ein Sachbearbeiter – Agenda Klima miteinzubeziehen.

Gemeinsam erfolgt eine Bewertung und Überprüfung hinsichtlich Alternativen mit weniger negativen Effekten bzw. zur Entwicklung von Kompensationsmaßnahmen.

Das Tool stellt auch positive Auswirkungen, also Klimanutzen, dar. Diese können

Die Oberfläche des Klimarelevanz-Tools



Der ÖGUT-Umweltpreis in der Kategorie „Nachhaltige Kommune“ ging heuer an Krems.

als Kompensation von negativen Effekten herangezogen werden. Das Ergebnis der Klimarelevanzprüfung wird in der „Beschlussampel“ transparent dargestellt und unterstützt die Arbeit in den Ausschüssen und Fachgremien, da in einem frühen Projektentwicklungs- und Entscheidungsstadium klimafreundliche Alternativen zur Diskussion gestellt werden können. Die Beschlussampel ist den Gemeinderats- und Stadtsenatsanträgen verpflichtend beizulegen,

das Ergebnis in den Gremien vorzutragen. Für das Klimarelevanz-Tool wurde die Stadt Krems heuer mit dem ÖGUT-Umweltpreis in der Kategorie „Nachhaltige Kommune“ ausgezeichnet.

### WEITERE INFORMATIONEN

[www.mobilitaetswoche.at/webinar/](http://www.mobilitaetswoche.at/webinar/)

# Rechtsangelegenheiten und Verwaltungsorganisation

Im Juni 2022 tagten die Fachausschüsse für Rechtsangelegenheiten und für Verwaltungsorganisation in Krems an der Donau und in Hohenems.

Auf Einladung der Städte Hohenems und Krems an der Donau fanden die Frühjahrssitzungen der beiden Fachausschüsse im Juni 2022 statt – endlich wieder vor Ort und in Präsenz. Bei beiden Fachausschüssen erwarteten die zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten, ein informatives Programm und ein lebhafter Erfahrungsaustausch über aktuelle Rechts- und Organisationsthemen. Themen waren auszugswise Corona und Ukraine – kommunales Krisenmanagement, Reform der Bundespräsidentenwahl 2022, das Baukartell und die Städte, Hass im Netz, Datenschutz und COVID-19-Krisenmanagement, die Einräumung von Baurechten aus vergaberechtlicher Sicht, Zugriff auf Daten der Bundesfinanzverwaltung, von der Handy-Signatur zur ID AUSTRIA, „StadtRad“ Hohenems, Blackout-Vorsorge in den Städten, Homeoffice & Telearbeit im Magistrat Graz, Chatbot & Co in Linz und St. Pölten sowie Social Media in den kommunalen Verwaltungen. Von den Vorsitzenden wurden weiters aktuelle Themen auf Städte- und Gemeindeebene dargebracht und gemeinsam diskutiert.

## Abschied und Ehrung

Im Rahmen des Rechtsausschusses wurde in Krems der scheidende Vorsitzende, Magistratsdirektor Erich Hechtner, verabschiedet und für seine wirkungsvolle Tätigkeit als Vorsitzender in den letzten annähernd 12 Jahren (seit seiner Wahl zum Vorsitzenden am 22. 10. 2010 in Kapfenberg) geehrt. Bereits zuvor, am Städtetag 2022 in Villach, war



Teilnehmer:innen am FA für Rechtsangelegenheiten in Krems

MD Hechtner für seine Tätigkeit das Ehrenzeichen des Österreichischen Städtebundes verliehen worden. MD Hechtner hat sich stets für die Anliegen der Städte eingesetzt. Er hat nicht nur den regelmäßigen Austausch der Magistratsdirektor:innen innerhalb des Städtebundes forciert, sondern auch ein Netzwerk mit Magistratsdirektor:innen europäischer Städte etabliert, so etwa mit den Städten Dublin, Madrid, Nikosia und Stockholm, aber auch mit Prag oder Brunn.

Die nächste Sitzung des Fachausschusses für Rechtsangelegenheiten wird im Herbst 2022 in Wien und der nächste Fachausschuss für Verwaltungsorganisa-



Feierliche Verabschiedung von MD Erich Hechtner

tion in Kremsmünster stattfinden. Wir freuen uns bereits heute auf diskussionsreiche Veranstaltungen in Präsenz. 

# Facility Management

Am 8. Juni 2022 fanden der FA „Facility Management“ und das 22. Plattformtreffen „Kommunales Facility Management“ in Leonding statt.

Peter Kovacs, MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement, Vorstand FMA, Leiter des FA FM im Städtebund

An diesem Treffen nahmen neben diversen Vertreter:innen von FM-Organisationen österreichischer Städte und Gemeinden auch Stadtrat Karl F. Velechovsky (Stadt Leonding) sowie Claudia Laubner von der Facility Management Austria (FMA) teil.

Josef Fürnhammer (Agentur für Standort und Wirtschaft – Tochterunternehmen der Stadtgemeinde Leonding) präsentierte die „KEM – Klima- und Energie-Modellregionen – vom großen Gemeinsamen in die Details“ und stellte die Ziele der „KEM Kürnbergwald“ der Gemeinden Kirchberg-Thening, Leonding und Wilhering vor. Für die nachhaltige Energieversorgung soll der Energiebedarf bestmöglich aus erneuerbaren Energieträgern abgedeckt werden, um unter Ausnutzung der regionalen Ressourcen eine weitgehende Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu erreichen.

Roland Falk (LIMAG GmbH) berichtete über Ausgangslage und Modalitäten für „EEG – Erneuerbare Energie-Gemeinschaften“ und erklärte, welche Grundsatzzfragen im Hinblick auf räumliche bzw. regionale Erfordernisse, Organisation und Förderungen zu klären sind. Gerhard Steinkress (Raiffeisenverband Oberösterreich) präsentierte die „Organisationsform von Genossenschaften bei Erneuerbaren Energie-Gemeinschaften“, insbesondere, welche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, aber auch welche Vorteile sich hierbei darstellen.

In einem Kurzreferat präsentierte Bernhard Wiesinger (Stadtgemeinde Leonding) die Organisation des FM in Leonding und stellte die Abteilung „Infrastruktur und Facilitymanagement“ vor. Er berichtete weiters über die Konzep-

tion, Ausschreibung und Umsetzung vom „Photovoltaik-Projekt in der Stadtgemeinde Leonding“. Für fünf stadteigene Gebäude sollten Photovoltaikanlagen mit einer berechneten Eigenverbrauchsquote zwischen 25 und 81 %, installiert werden. Im Rahmen eines 2-stufigen EU-weiten Vergabeverfahrens wurde über ein Dachflächenmietmodell ein Errichter und Betreiber für diese Anlagen mit einer Gesamtleistung von 520 KWP gesucht und dieser im Februar 2021 beauftragt. Wesentliche Rahmenbedingungen dafür waren, dass nach Ablauf der jeweiligen Mietvertragsdauer (13 bis 20 Jahre) die Anlagen in das Eigentum des Gebäudeeigentümers übergehen und die Umsetzung bzw. Finanzierung durch die Inanspruchnahme von Sonderförderungen des Bundes (u. A. KIP) erfolgt.

## Digital und klimaneutral

Weiters war die „Gesamtheitliche Gebäudeverwaltung“ Thema, Christian Dullinger (Gemdat OÖ) zeigte die Herausforderungen bei der Gebäudeinstandhaltung und dem Energiemanagement auf und veranschaulichte, wie durch Softwarelösungen bzw. IT-Systeme die Datenverwaltung und Prozessabwicklung maßgeblich unterstützt bzw. optimiert werden können.

Peter Kovacs berichtete über die Entwicklungen im Kommunalen FM und die aktuellen Trends im FM sowie über die Aktivitäten der Facility Management Austria (FMA). Dabei bildeten auch Informationen über die „CO<sub>2</sub>-Countdown-Initiative“ der FMA einen Schwerpunkt. Mit dieser Initiative und dem zu vergebenden Award soll ein Beitrag der Facility-Management-Branche zu einem



Teilnehmer:innen beim Plattformtreffen Kommunales Facility Management

klimaneutralen Gebäudebestand in Österreich geschaffen werden. Zum Abschluss des Treffens stellte Bernhard Wiesinger bei einer Führung durch das Rathaus der Stadtgemeinde Leonding die unterschiedlichen Nutzungsbereiche des funktionalen Gebäudes mit seiner modernen Architektur vor. Dabei konnten die unterschiedlichen Veranstaltungsbereiche, die beeindruckenden Haustechnikzentralen sowie die neu errichtete Photovoltaikanlage besichtigt werden. Schlussendlich konnten sich die Teilnehmer:innen von der multifunktionalen Ausgestaltung des Vorplatzes des Rathauses mit dem beeindruckenden Sonnensegel überzeugen.

Das nächste Treffen „Kommunales Facility Management“ ist für den Spätherbst 2022 geplant.



# Mit Mix and Move zur Mobilitätswende

Von 16. bis 22. September gibt es in ganz Österreich Aktionen zur nachhaltigen Mobilität. Bischofshofen und Eisenstadt zeigen, wie sie die EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE für die Mobilitätswende nutzen.

Die EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE bietet seit 2002 allen europäischen Städten, Gemeinden und Regionen die Möglichkeit, ihre Bürger:innen vor Ort für klimafreundliche und zukunftsweisende Mobilität zu begeistern. Unter dem Motto „Mix and Move! – klimafreundlich mobil“ werden auch in Österreich zahlreiche Aktivitäten gesetzt und Bürger:innen zu einem nachhaltigen Mobilitätsverhalten motiviert: So werden beispielsweise Parkplätze und Straßen für eine Woche zur Begegnungszone, neue Fuß- und Radwege eingeweiht, E-Transporträder getestet, Radparaden organisiert, Schulwettbewerbe ins Leben gerufen und Aktionen für mehr Klimaschutz im Verkehr durchgeführt. Für Gemeinden und Städte ist die Aktionswoche die optimale Gelegenheit, um gesunde und umweltschonende Mobilitätsformen sowie -konzepte umzusetzen oder auszuprobieren.

## Autofreier Tag in Bischofshofen

Dauergast der EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSWOCHE ist Bischofshofen. Seit dem Jahr 2003 beteiligt sich die Salzburger Stadtgemeinde an der Kampagne für klimafreundliche Mobilität. Sie war 2016 auch die erste Kommune, die unter 530 teilnehmenden Gemeinden mit dem „Österreichischen Mobilitätswochen Preis“ prämiert wurde. Seit 2016 werden jährlich Städte und Gemeinden ausgezeichnet, die sich durch besonderes Engagement und Kreativität hervorheben. Auch heuer wird ein umfassendes Programm auf die Beine gestellt. Am



*Mobilitätswoche in Bischofshofen*

16. September werden die Bahnhofstraße und der Franz-Mohshammer-Platz für den motorisierten Verkehr gesperrt. Dort, wo Autos unterwegs sind, gibt es Spiel- und Bewegungsstationen für Kinder, Infos zu Sicherheits- und Umweltthemen sowie umweltfreundlicher Mobilität. Die Aktivitäten reichen von einem Roller- und Fahrradparcours für Kinder, einem Blindenzelt mit Rollstuhlparcours, Spielstationen, einer Hüpfburg, dem Puppentheater Sindri, Kinderpolizei, kriminalpolizeilicher Beratungen bis hin zu Fahrradsicherheits-Checks, einem Aufprallsimulator und Informationen zu Elektroautos. Zudem kann der Citybus den ganzen Tag über kostenlos genutzt werden. Kulinarisches gibt es

beim Umwelt-Cafe und beim Maximilian-Bauernmarkt. Hier werden traditionelle und selbst gemachte Produkte angeboten. Mitwirkende sind der ARBÖ, der Jugendtreff ChillBase, das Land Salzburg, die Polizeiinspektion, das Pongauer Energie Centrum, das Autohaus Vierthaler sowie der Weltladen.

Die e5- und Klimabündnis-Gemeinde Bischofshofen unterstreicht mit der Teilnahme an der EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSWOCHE ihren umfassenden Ansatz zur Mobilitätswende. Kontinuierlich wird das Fuß- und Radverkehrskonzept umgesetzt, flächendeckend wurde zudem bereits Tempo 30 eingeführt oder wurden Ladestationen für E-Bikes und E-Autos installiert.



Mit Bgm. Steiner lässt es sich in Eisenstadt gut gehen.

Durch die Einführung einer Begegnungszone im Zentrum konnte die partnerschaftliche Mobilität weiter gefördert werden. Der Mensch steht dabei im Mittelpunkt. Mit der Fertigstellung des Stadtquartiers in Bahnhofsnähe im Juli 2022 mit dem Stadthotel „harry's home“, Wohngebäuden und dem „Kindergarten im Zentrum“ ist in der Salzburgerstraße eine zusätzliche verkehrsberuhigte Zone mit attraktiven Grünflächen entstanden.

### Eisenstadts Pop-up-Begegnungszone

Auf die Kombination aus Bewusstseinsbildung und infrastrukturellen Maßnahmen bei der kommunalen Mobilitätswoche setzt auch die burgenländische Landeshauptstadt Eisenstadt. Eine Erfolgsgeschichte, die auch in der EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSWOCHE regelmäßig beworben wird, ist der 2016 gestartete Stadtbus. Georg, Martin, Vitus und Fanny drehen in Eisenstadt ihre Runden. „Die Stadtbusse haben sich bestens etabliert und das Mobilitätsverhalten vieler Menschen in unserer Stadt stark beeinflusst. Gab es gerade zu Planungsbeginn und auch noch vor der Einführung des Bussystems immer wieder kritische Stimmen, so können wir heute mit Recht stolz darauf sein. Der Stadtbus hat eine fast 100-prozentige Akzeptanz in der Bevölkerung“, freut sich Bürgermeister Thomas Steiner. Fast 1,5 Millionen Fahrgäste konnte der Stadtbus bisher zählen. Eisenstadt setzt auch

beim Ausbau der Radwegeinfrastruktur Maßstäbe. Während laut Erhebung des VCÖ, Verkehrsclub Österreich, im Schnitt österreichweit für den Radwegeausbau von Bund, Land und Gemeinden 19 Euro pro Kopf und Jahr investiert wird, hat die östlichste Landeshauptstadt das Dreifache budgetiert. 900.000 Euro und somit 58 Euro/Kopf – so viel wie noch nie – fließen 2022 in den Ausbau der Radwegeinfrastruktur. Verbessert werden auch die Bedingungen für den Fußverkehr. Eisenstadt nimmt an der vom Klimabündnis Österreich koordinierten Aktion „Burgenland geht“ teil. Bürgermeister Steiner ist im wahrsten Sinn des Wortes mit gutem Beispiel vorangegangen. Gemeinsam mit anderen Gemeindevertreter:innen hat er im Vorjahr eine Woche lang einen Selbsttest gemacht und alle Termine in der Stadt per pedes absolviert. Viele seither umgesetzte Maßnahmen fußen auf den Erfahrungen aus dieser Woche.

In der EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSWOCHE 2022 läuft in Eisenstadt eine breit angelegte Infokampagne zum Rad- und Fußverkehr. Für Aufsehen und für ein sichtbares Zeichen der Mobilitätswoche wird eine erstmals installierte Pop-up-Begegnungszone in der Prälategangl-Straße sorgen. Die Aktionswoche wird für eine Testphase genutzt. Sollte sich dieser Test bewähren, folgt eine dauerhafte Umsetzung in diesem Straßenbereich, der eine neue Wohngegend mit dem Stadtzentrum verbindet.

## EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE

454 österreichische Gemeinden und Regionen haben im Vorjahr an der Aktionswoche für klimafreundliche Mobilität mitgewirkt. Mit dieser Vielzahl an Veranstaltungen und Aktivitäten zählt Österreich zu den Top 3 der 53 teilnehmenden Länder. Koordiniert wird die EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE in Österreich vom Klimaschutzministerium (BMK), im Zuge des klimaaktiv mobil Programms, gemeinsam mit dem Klimabündnis Österreich. Als Inspiration und Unterstützung steht für Kommunen ein Aktionskatalog mit Ideen, Schritt-für-Schritt-Anleitungen und praktischen Tipps zur Verfügung. Insgesamt kann aus 13 leicht umsetzbaren Aktionsvorschlägen gewählt werden. Dazu passende Materialien können im Webshop bestellt werden.

[www.mobilitaetswoche.at](http://www.mobilitaetswoche.at)

### Kostenfreie Webinarreihe für Kommunen

Die EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE bietet auch Raum für einen Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen Kommunen. Ein dazu passendes Highlight neben Jugend- und Schulwettbewerben sowie österreichweiten Gewinnspielen stellt 2022 die Webinarreihe ([www.mobilitaetswoche.at/webinar/](http://www.mobilitaetswoche.at/webinar/)) für Gemeinden, Städte und Regionen dar. In fünf Webinaren erfahren Kommunen, welche Hebel sie in Bewegung setzen können, um einen nachhaltigen Mobilitäts-Mix zu realisieren. Der Startschuss fällt am 16. September mit dem Thema Platzverbrauch. Es folgen Webinare zu Jugendmobilität, Betrieben, Schulstraßen und öffentlichem Verkehr.



# Kommunale Pionierinnen

## Eva Kail

Stadtplanerin in der Baudirektion Wien und Expertin für Gender Planning

**W**em gehört der öffentliche Raum? – Frauenalltag in der Stadt: Diese Fragestellung im Titel einer Ausstellung der Stadtplanung Wiens war vor dreißig Jahren neu. Gestellt wurde sie 1991 von Eva Kail. Die studierte Raumplanerin der TU Wien setzte sich in ihrer Berufslaufbahn ab den 1990ern konsequent für die verstärkte Wahrnehmung von Fraueninteressen in der Stadtplanung ein, später erweitert um explizite zielgruppenspezifische Betrachtungen im Gender Planning. Sie leistete dabei viel Überzeugungsarbeit.



*Eva Kail hat feministische Stadtplanung populär gemacht.*

Mittlerweile arbeitet die international anerkannte Gender-Planning-Expertin in der Magistratsdirektion der Stadt Wien – Geschäftsbereich Bauten und Technik (Stadtbaudirektion), Kompetenzzentrum übergeordnete Stadtplanung, Smart City Strategie, Partizipation, Gender Planning.

Die Erfolge von Eva Kails unbeirrter Arbeit kommen dabei nicht nur Frauen zugute. Denn, wie es Kail selbst formuliert: „Gender Planning bedeutet mehr Barrierefreiheit, mehr Platz auf Gehsteigen, mehr Aufenthaltsräume im öffentlichen Raum. Das nützt auch Älteren und Gebrechlichen, Kindern und jenen, die einen Kinderwagen schieben – also mehrheitlich Frauen. Gender Planning berücksichtigt, wie der öffentliche Raum insgesamt gestaltet ist. Das reicht von der Reduktion von Angsträumen bis zu Grünflächen und Parks. Und dazu gehört auch, dass diese, wie auch Schulen und Kindergärten, gut zu Fuß, mit dem Rad und öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind, aber auch, dass der Städte- und Wohnbau die vielfältigen Alltagsbezüge gerade jener, die Betreuungs- und Versorgungsarbeit leisten, gezielt berücksichtigt.“

### Gleichstellung im Stadtbild

Nach dem ersten Meilenstein der oben erwähnten Ausstellung schlug Eva Kail 1998 die damals international einzigartige „Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen“ in der Wiener Magistratsdirektion-Stadtbau-

direktion vor, die elf Jahre bestand. Rund sechzig von Kail initiierte und betreute Modell- und Leitprojekte beweisen die thematische Vielfalt dieses Planungsansatzes. Sie initiierte diverse Pilotprojekte, wie etwa die Wohnprojekte Frauen Werk Stadt I+II ab 1992, oder Modellprojekte zu geschlechtssensibler Park-Gestaltung und entwickelte Fairnesschecks und Sozialraumanalysen für Zielgruppen und deren Bedürfnisse. Nach der erfolgreichen Umgestaltung des Wiener Reumannplatzes mit gendersensibler Bürger:innenbeteiligung vor Ort beschäftigt sich Eva Kail derzeit mit den planungsrelevanten Genderaspekten bei Klimawandelanpassung und Klimaschutz.

### Pionierin und Vorbild

Eva Kail ist es ein Anliegen, im Rahmen von Gender Planning soziale Themen in eine technische Sprache zu übersetzen: „Es braucht nicht nur Grundsätze, sondern es gilt auch, diese dann in die Planungssprache und handfeste Kriterien zu übertragen und damit anzuwenden.“ Dazu hat Kail zahlreiche Genderleitfäden und Arbeitshilfen publiziert, wie das Handbuch „Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung“ oder eine Verkehrsbroschüre für den Bezirk Mariahilf, „Stadt fair teilen“. Neben ihrer Tätigkeit hält sie immer wieder Vorlesungen und leitet Workshops in ganz Europa, denn, so Kail: „Unsere Pilotprojekte wirken als Ermutigung für andere Städte.“ So wie deren Initiatorin Eva Kail für andere Frauen. 

# Tierisch gut vorsorgen.



Mit unserer flexiblen Gesundheitsvorsorge.

Mehr auf [wienerstaedtische.at](https://www.wienerstaedtische.at)

#einesorgeweniger

Ihre Sorgen möchten wir haben.

**WIENER  
STÄDTISCHE**  
VIENNA INSURANCE GROUP



# Brauchen Kommunen Employer Branding?

Fachkräftemangel und Employer Branding sind heutzutage eng verbunden. Die Begriffe kommen in den Medien oft gemeinsam vor. Die Betonung liegt dabei auf OFT, denn so hart war die Situation am Arbeitsmarkt für Arbeitgeber:innen noch nie.

**K**onzern, Mittelstand, Start-up oder NPO. Alle suchen. Alle nehmen auf. Alle erfinden neue Benefits – Kommunen können sich dieser Entwicklung nicht entziehen. War früher eine Anstellung bei der Gemeinde auf alle Fälle wegen der gebotenen Sicherheit erstrebenswert, so spielen für jüngere Generationen heute andere Argumente eine Rolle.

Ja, die Pandemie hat auch in dieser Zielgruppe für ein Zuverlässigkeits-Revival gesorgt. Und die drohende Energie- und Wirtschaftskrise könnte im Herbst durch steigende Arbeitslosenzahlen das Thema Arbeitsplatzsicherheit intensivieren, trotzdem: Mittelfristig kommen Gemeinden nicht darum herum, sich als attraktive Arbeitgeberinnen zu positionieren. Der Weg dorthin ist wie in Wirtschaftsbetrieben keine Rocket Science, sondern

ein ernstgemeinter, längerer Prozess, der die Perspektive zuerst nach innen richtet, um à la longue nach außen zu strahlen.

## Wie starten?

Immer am besten mit jenen Menschen, die bereits da sind. Ihre Arbeitsrealität ist eine Mischung aus erlebter Kultur und konkreten Jobaufgaben. In ihrer Wahrnehmung ist der eigene Arbeitgeber attraktiv, eher mittelmäßig oder „eigentlich zum Aufregen“.

In Fokusgruppen zu je 10–12 Menschen holen wir in unseren Projekten jene zusammen, die eine Berufsgruppe gut repräsentieren. Sie bestehen aus alten Hasen und jungen Löwinnen, inkludieren ältere und jüngere Semester. Außerdem sind immer auch Personen dabei, die sich erst vor Kurzem für einen Eintritt entschieden haben.

Zumeist ist die Freude groß, eingeladen zu sein. Selbst kritische Geister lockern nach der ersten Fragerunde auf und beginnen zu erzählen. Aus den Antworten, Geschichten und Anekdoten lassen sich die Stärken und Schwächen der Arbeitgeberin Gemeinde wunderbar erkennen und clustern.

Schnell wird klar sein, dass Mitarbeiter:innen die Nähe zum Wohnort schätzen, dass sie Freude haben, für die Gemeinschaft zu arbeiten, in der sie auch leben. Wahrscheinlich werden auch Arbeitsplatzsicherheit und gute Zusammenarbeit im eigenen Team genannt. Interessant sind dann vor allem jene Punkte, die über die genannten hinaus Spaß machen und für Freude und Identifikation sorgen.

Auf der negativen Seite stehen mit großer Wahrscheinlichkeit Bürokratie, langwierige Entscheidungsprozesse, politische Einflussnahme. Und je nach Gemeinde eine Liste von spezifisch negativen Faktoren.

## Wie positionieren?

Eine gute Arbeitgeberpositionierung baut auf Stärken und denkt Schwächen mit – nämlich im Sinne von: Wie können wir uns an manchen Schwachstellen verbessern? Wem muss man die Ergebnisse spiegeln, damit mittelfristig Änderungen spürbar werden? Wie kann man sie als lernende Gemeinde ansprechen und in Entwicklungs- und Strategieprozesse integrieren? Für die Authentizität der Arbeitgebermarke ist das unerlässlich.

## Welche Flughöhe wählen?

Etwas leichter, aber nicht trivial, ist der kreative Part, der aus den Stärken einen



Wie positioniert man Arbeitgebermarken?



Ansatzpunkte im Roll-out einer Employer Brand

knackigen, differenzierenden Slogan macht und drei Werte definiert, mit denen man fortan die Unternehmenskultur an das Zielbild der Positionierung heranführt. Die Kunst besteht darin, mit dem Arbeitgeberslogan die richtige Flughöhe zu finden. Zwischen dem „großen“ Purpose oder WHY und dem „daily“ Purpose, der uns Menschen in einen guten Flow und am Ende eines Arbeitstages Erfüllung bringt.

### Wie setzt man das Arbeitgeberversprechen um?

Die ehrliche Antwort: mit einem 360-Grad-Approach gestützt auf 4 große Hebel (siehe Abb. oben). Man kann es nicht an eine oder zwei Abteilungen delegieren. Um dieses gesamtheitliche Mindset zu erreichen, ist wichtig, dass vom Start weg relevante Kolleg:innen aus Kommunikation und Personal gemeinsam mit den jeweiligen Bürgermeister:innen und deren Stäben das Projekt aufsetzen.

Denn: Die sogenannte Employee Experience, also der Gesamteindruck, den Arbeitnehmer:innen haben, ist die Summe aus vielen kleinen und großen Gesten, Entscheidungen und Tools. Weder reichen ein neuer interner Newsletter noch ein neu aufgesetztes Mitarbeitergespräch oder ein Onboarding-Programm. Ebenso ist die neue Recruiting-Kampagne inklusive Fotoshooting nur ein Puzzlestein in der Wahrnehmung

der potenziellen und bestehenden Mitarbeiter:innen. Alle Führungskräfte und auch politische Entscheidungsträger:innen tragen durch ihr Tun und Handeln täglich zum Einlösen des Arbeitgeberversprechens bei – oder eben nicht.

### Wo ist das Nadelöhr im Fachkräftemangel?

Personalabteilungen als der Dreh- und Angelpunkt allen Recruitings sind krass unterbesetzt. Die personellen Ressourcen der HR-Abteilungen stammen aus einer Zeit, als „post & pray“ gereicht hat. Erfolgreiche Recruiter:innen agieren wie Key-Account-Manager:innen – sie pflegen Kontakte, sie vernetzen sich, sie beobachten Werdegänge und stellen zur richtigen Zeit das richtige Angebot. Das braucht Zeit und eine gute digitale Grundausstattung. Beides ist oft nicht vorhanden. Wenn Sie für Ihre Kommune an ein Employer-Branding-Projekt denken, dann beginnen Sie bitte mit einer gut gestafften Personalabteilung. Denn: Wer mag schon gestresste Gastgeber:innen? Wir entscheiden uns viel leichter für einen Job, wenn unser:e Ansprechpartner:in im Recruiting Ruhe und Freude ausstrahlt, uns Sicherheit gibt und unser Onboarding begleitet.

## BEISPIELE FÜR GELUNGENE KOMMUNALE ARBEITGEBER-MARKEN

[karriere.bonn.de](http://karriere.bonn.de)

[stadt.muenchen.de](http://stadt.muenchen.de)

[villach.at/jobs](http://villach.at/jobs)

[jobs.linz.at](http://jobs.linz.at)

## CORPORATE CULTURE JAM

Sie sind auf der Suche nach Good WHYbrations für Ihre Gemeinde? Bei diesem zweitägigen Community Treffen österreichischer Employer Brander:innen werden Sie sicher fündig. Denn: Dieses Mal integriert der Jam auch die Sustainable Development Goals und geht der Frage nach, wie man die SDGs für Purpose und Kultur nutzen kann.

21./22. 9. 2022

Nähere Infos und reduzierter Anmeldecode: [www.identifire.at/community/corporate-culture-jam](http://www.identifire.at/community/corporate-culture-jam)



### KARIN KROBATH

ist Gründerin und Partnerin von identifire®, Österreichs erster Agentur für Employer Branding und Corporate Culture. Seit knapp 20 Jahren positioniert sie Unternehmen und entwickelt sie durch die Kraft der Marke. [www.identifire.at](http://www.identifire.at)

# Abgabenbefreiung

Die Rechtsdifferenzen zwischen Abgabenbehörden einerseits und sozialökonomischen Einrichtungen andererseits hinsichtlich der Auslegung des § 8 Z. 2 KommStG 1993 beschäftigen immer mehr abgabenrechtliche Entscheidungen und führen in weiterer Folge zu Erkenntnissen der Landesverwaltungsgerichte und des Verwaltungsgerichtshofes.

## Teil 3: Fürsorgeleistungen

Peter Mühlberger, Magistrat Linz, Konsulent

### VI. Mildtätigkeit

#### VI.I Allgemeine Grundsätze

Zur Mildtätigkeit nach den Rechtsnormen des Kommunalsteuergesetzes wurde bereits anfangs darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die Gesetzesformulierung des § 8 Z. 2 KommStG 1993 natürliche Personen, Personengesellschaften und Gesellschaften bürgerlichen Rechts hinsichtlich einer Abgabenbefreiung aufgrund mildtätiger Geschäftsfelder abgabenrechtlich nicht begünstigt sind; im Gegensatz zur Gemeinnützigkeit bedarf es jedoch bei der Mildtätigkeit keines größeren Personenkreises, sondern es sind auch mildtätige Zwecke in Einzelfällen durchaus möglich.

Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch als Grundlage für eine Abgabenbefreiung aufgrund mildtätiger Geschäftsfelder erforderlich ist, dass

- die Rechtsgrundlagen eine mildtätige Betätigung vorsehen (§ 41 Abs. 1 BAO),
- die tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung mildtätiger Zwecke ausgerichtet ist (§ 42 BAO),
- eine ausschließliche Mildtätigkeit im Sinne des § 39 BAO vorliegt, wenn die Körperschaft als Rechtsträger keinen Gewinn anstrebt und abgesehen von völlig untergeordneten Nebenzwecken ausschließlich die mildtätigen Zwecke erfüllt,
- die Körperschaft den mildtätigen Zweck unmittelbar bzw. durch einen Dritten, dessen Wirken wie eigenes Wirken anzusehen ist, realisiert (§ 40 Abs. 1 BAO); die Ausgliederung mild-

tätiger Zwecke an Dritte oder Tochtergesellschaften ist abgenschädlich.

#### VI.II Fallbeispiele

Mildtätig oder auch humanitär bzw. wohltätig sind Zwecke, die darauf gerichtet sind, hilfsbedürftige Personen zu unterstützen; Mildtätigkeit erfasst jedenfalls die materielle und persönliche Hilfsbedürftigkeit.

Materielle Hilfsbedürftigkeit liegt vor, wenn Personen aufgrund ihrer Einkommens- oder Vermögensverhältnisse den notwendigen Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können (Ritz, „Bundesabgabenordnung – Kommentar“, Orac Verlag, Seite 96, und Taucher, „Kommunalsteuer-Kommentar“, Orac Verlag, Seite 308).

Persönliche Hilfsbedürftigkeit liegt vor, wenn Personen aufgrund ihrer körperlichen oder geistigen Verfassung auf fremde Hilfe angewiesen sind und ohne solcher hilflos wären, wie etwa

- Hilfsbedürftigkeit bei Naturkatastrophen (VwGH 10. 9. 1998, 96/15/0272),
- Hilfsbedürftigkeit für den notwendigen Lebensunterhalt (VwGH 17. 9. 1997, 95/13/0034),
- Hilfsbedürftigkeit bei Notfällen (Krankenhaustransport) (VwGH 29. 4. 1991, 90/15/0168),
- wobei neben der Realisierung mildtätiger Zwecke die Erfüllung kirchlicher, zumeist mildtätiger Zwecke, einer Abgabenbegünstigung nicht schädlich ist,
- allerdings im Sozialhilfe- oder Krankenhausbereich oder Pflegebereich eine Hilfeleistung durch Mildtätig-

keit nicht anzunehmen ist, weil hier gesetzlich verpflichtende Aufgaben und keine humanitären oder wohltätigen Zwecke anzunehmen sind,

- lediglich im Zusammenhang mit dem Betrieb etwa von Behindertenwerkstätten der Lebenshilfe und damit eines unentbehrlichen Hilfsbetriebes sich die Frage der Mildtätigkeit und vor allem Hilfsbedürftigkeit stellt und eine Hilfsbedürftigkeit wirtschaftlich oder gesundheitlich (körperlich, seelisch) begründet sein kann; würden zumeist entgeltlich angebotene, medizinische oder soziale Hilfeleistungen erbracht, dann liege steuerbegünstigte Hilfsbedürftigkeit nur vor, wenn zur körperlichen auch die wirtschaftliche Hilfsbedürftigkeit hinzukommt (VwGH 19. 9. 2001, 99/16/0091),
- lediglich bei Gesundheitspflege und Fürsorgetätigkeit die Gemeinnützigkeit, nicht aber diese Einschränkung dem Gesetzestext nach im Zusammenhang mit Mildtätigkeit gefordert wird; Ausschließlichkeit der Mildtätigkeit ist auch im Hinblick auf eine mögliche partielle Abgabenbefreiung nicht erforderlich,
- Beratungsdienstleistungen, insbesondere im Rahmen eines spezifischen Adressatenkreises anlässlich des Strafvollzuges und der Bewährungshilfe, können als hilfsbedürftig gewertet werden (VwGH 20. 11. 2019, Ra 2019/15/0103); die Tätigkeit der Bewährungshelfer selbst kann aber nur hinsichtlich der

Vermittlung der Lebensbedürfnisse unter Hilfsbedürftigkeit fallen, nicht aber zur Unterstützung einer entsprechenden Lebensführung,

- bei dem immer mehr umfassenden Sozialengagement vor allem durch NGO-Organisationen wird die Frage der Mildtätigkeit und Hilfsbedürftigkeit sehr genau zu hinterfragen sein, weil von der (menschlichen) abgabebefreiten Hilfsbedürftigkeit die nicht abgabenbegünstigende Behilflichkeit, etwa bei der Job- oder Wohnungssuche, abzugrenzen ist.

## VII. Fürsorgetätigkeit

### VII.I Fürsorgemaßnahmen

Abgesehen von der Gesundheitspflege spricht der Kommunalsteuergesetzgeber im § 8 Z. 2 von den einzelnen Fürsorgetätigkeiten im Jugend-, Kranken-, Alters- oder Behindertenbereich und zu den Fürsorgemaßnahmen zählen alle (staatlich) organisierten Hilfeleistungen in Form von Finanz- und Sachleistungen zur konkreten Abwendung kritischer, besonderer Lebenslagen; zu den Fürsorgemaßnahmen zählen nicht alle denkbar möglichen, sondern primär gesetzlich determinierte Maßnahmen aus öffentlichen Mitteln zur

Sicherung des Lebensbedarfs (VwGH 22. 2. 2017, Ro 2015/10/0051).

Der Kommunalsteuergesetzgeber hat restriktiv zu den allgemeinen Fürsorgemaßnahmen die abgabebefreiten Maßnahmen auf die gesetzlich taxativ angeführten, wie Kinder-, Jugend-, Kranken-, Behinderten- und Altersfürsorge, eingeschränkt, aber Rechtsfürsorge oder Arbeitsfürsorge, soweit nicht physisch oder psychisch kranke Personen betroffen sind, ausgenommen; gerade die jüngste Rechtsprechung lässt erkennen, dass das Höchstgericht Rechtsfürsorge oder Arbeitslosigkeit nicht unter Fürsorge subsumiert haben wollte (siehe VwGH 28. 5. 2019, Ra 2018/15/0030, und vom 20. 11. 2019, Ra 2019/15/0103).

Betreibt beispielsweise ein gemeinnütziger Rechtsträger einen Gewerbebetrieb als Behindertenwerkstätte, welche der Integration von Behinderten auch als Vereinszweck dienlich ist, hätte die Abgabenbehörde zu begründen, warum es sich nicht um einen unentbehrlichen Hilfsbetrieb handeln sollte; dies bedeutet, dass unter gewissen rechtlichen Voraussetzungen auch ein Gewerbebetrieb als unentbehrliche Hilfsbetrieb gelten könnte (VwGH 19. 9. 2001 99/16/0091)

### VII.II Spezifische Fürsorgemaßnahmen

Gerade in den letzten Jahren haben sozialpolitische Maßnahmen zu Rechtsdifferenzen zwischen Abgabenbehörden und potenziellen abgabepflichtigen Organisationen geführt.

Dies auch deshalb, weil Einrichtungen und Organisationen Aufgaben im Bereich

- Arbeitslosenbetreuung,
- Asylunterstützung,
- Bewährungshilfe

wahrnehmen und sich daher die Rechtsfrage stellt, ob und inwieweit umfangmäßig der Gesetzgeber derartige Geschäftsfelder abgabebegünstigt haben wollte.

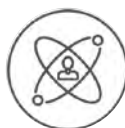
Arbeitsmarkt und Rechtsfürsorge sind im Sinne der höchstgerichtlichen Interpretationslinie restriktiv zu verstehen und beziehen sich ausschließlich auf Personen mit vor allem psychischen und physischen Beeinträchtigungen, wie etwa betreute Behinderte in geschützten Werkstätten; Arbeitslosenprojekte zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen oder Haftentlassenen fallen sicherlich nicht darunter.

Die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes geht insbesondere dahingehend, dass im Zusammenhang mit der Abgabenbefreiung § 8 Z. 2 KommStG 1993 ausdrücklich restriktiv zu verstehen sein wird:

# FMDAY.22

*Innovationen fördern. Werte pflegen.*

► Am 21. September ist es wieder so weit: Die Tore des Park Hyatt Vienna öffnen sich und die Kameras für unser Live-Streaming sind positioniert. Seien auch Sie dabei, wenn wir am siebten Facility-Management-Day Entscheidungsträger:innen aus allen Bereichen des Facility- und Real-Estate-Managements zusammenbringen, um über alte und neue Herausforderungen zu diskutieren. Selbstverständlich darf und soll auch wieder gegen den Strich gedacht werden! Weitere Informationen unter [www.fm-day.at](http://www.fm-day.at)



Die Aussage: „Success is not a destination, it's a journey“ von Zig Ziglar trifft auch auf den Aufbruch zu neuen Arbeitswelten zu. Wer sich einmal dazu entschieden hat, die Reise „Arbeitswelten neu entdecken“ anzutreten, wird schnell bemerken, dass es sich hierbei um einen wiederkehrenden Prozess handelt.

„Kompetenzen bewusst ausbauen“, um so dem Fachkräftemangel gegenzusteuern, ist für uns eine Notwendigkeit. Kompetente Fachkräfte haben in den letzten Monaten system- und unternehmenskritische Leistungen erbracht und erfolgreich am Krisenmanagement mitgewirkt. Dies gilt es, beständig zu unterstützen..



Ein wichtiges Thema ist auch, Facility-Management fit für „Sustainability und Digitalisierung“ zu machen, denn das eine funktioniert ohne das andere nicht. Ganz oben auf der To-do-Liste steht hier: „Digitalisierung effizient nutzen“ – darin liegt noch viel Potenzial!“ Alte Strukturen und Denkmuster aufbrechen, um Platz für neue Geschäftsmodelle zu schaffen, darum geht es uns.

Selbstverständlich engagieren wir uns auch weiterhin für einen klimaneutralen Gebäudebestand in Österreich – einem unserer Hauptziele.



- Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt ist ausschließlich dann im Sinne einer Abgabebefreiung zu sehen, wenn es sich um die Eingliederung von psychisch oder physisch behinderten Langzeitarbeitslosen vor allem im Rahmen der Zielgruppe der geschützten Werkstätten, die Personen mit konstanten Beeinträchtigungen und Behinderungen beschäftigen, handelt (VwGH 23. 9. 2010, 2004/15/0100),
- Implacementprojekte zur Unterstützung von durch AMS zugewiesenen Langzeitarbeitslosen durch Weitervermittlung an Beschäftigungsunternehmen gegen Ersatz der ausbezahlten „Stipendien“ und Verwaltungskosten sind abgabepflichtige Einrichtungen (VwGH 15. 9. 2016, 2013/15/0262),
- Maßnahmen im Sinne der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose auch mit sozialen und psychischen Defiziten sind nicht unter abgabebefreite Krankenfürsorge zu subsumieren (VwGH 28. 5. 2019, Ra 2018/15/0030),
- bezüglich der Geschäftsfelder im Rahmen der Vermittlung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen kann in der Regel keine Fürsorgetätigkeit angenommen werden (VwGH 28. 5. 2019, Ra 2018/15/0030), weil ansonsten alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen mit positiven Reflexwirkungen auf begünstigte Menschen unter den Begriff der Fürsorge zu subsumieren wären, was aber sicher nicht Intention des Gesetzgebers wäre.
- Dienstleistungen unter dem Aspekt des Strafrechts käme nicht der Charakter der Mildtätigkeit oder Fürsorge zu, wobei jedoch Bewährungshilfen zur Sicherung von Unterkunft und Lebensunterhalt lediglich in einzelnen Notfällen abgabebefreit sein können (VwGH 20. 11. 2019, 2019/15/0103).

### VII.III Kinderfürsorge

Eine gemeinnützige Kinderfürsorge wird vor allem nicht bei Kindergärten mit einem eingeschränkten Adressatenkreis

rechtlich gegeben sein, wie dies an nachstehenden Beispielen dokumentiert werden sollte; würde beispielsweise

- ein von einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft geführter Kindergarten vorwiegend oder ausschließlich Kindern von Personen mit einer bestimmten Religionsangehörigkeit bereitstehen,
- ein von einem Betriebsunternehmen geführter Kindergarten grundsätzlich nur den Firmenmitarbeitern zur Nutzung zur Verfügung stehen,
- wäre die Gemeinnützigkeit nicht gegeben, selbst wenn allfällig freie ungenutzt gebliebene Kindergartenplätze aufgrund einer angestrebten Auslastung ausnahmsweise dritten Personen zur Verfügung gestellt würden,
- während aber ein Kindergarten einer gemeinnützigen Krankenanstalt, welcher ausschließlich den Ärzten oder Pflegepersonal mit Öffnungszeiten entsprechend den Erfordernissen des Krankenhauspersonals zur Verfügung steht, als Kinderfürsorge abgabebefreit ist (VwGH 21.3.2022, Ro 2019/15/0005)

### VII.IV Jugendfürsorge

Unter Fürsorge versteht man Hilfeleistungen in Form von Sach- und Finanzleistungen in Form von Betreuung, Beherbergung, Verköstigung und erforderlichen Nebenleistungen.

Dies könnte unter gewissen Voraussetzungen zutreffen

- bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von physisch oder psychisch aufgrund von Drogen- oder Alkoholkonsum gefährdeten Jugendlichen (siehe dazu auch VwGH vom 28. 5. 2019, Ra 2018/15/0030), weniger aber bei spezifisch berufsbildenden Maßnahmen etwa nach dem Berufsausbildungsgesetz
- bei Fürsorgemaßnahmen im Rahmen von Studentenheimen (siehe dazu VwGH vom 24. 6. 2004, 2001/15/0005), insoweit persönliche helfende und unterstützende Betreuungsmaßnahmen im Vordergrund stehen
- wobei das Höchstgericht hinsichtlich des Alters von Jugendlichen im Hinblick auf entsprechende umsatz-

steuerrechtliche Rechtsnormen von einem Alter bis zum 27. Lebensjahr ausgeht.

### VII.V Rechtsfürsorge

Sehr umstritten ist auch die Thematik der Rechtsberatung als Fürsorgemaßnahme. Rechtsfürsorge kann als Befreiungstatbestand ausschließlich anlässlich der Betreuung von hilfsbedürftigen, weil kranken und behinderten Menschen unter abgabebefreite Fürsorge, wie Krankenfürsorge, subsumiert werden.

Die gesetzlich vorgegebene Verpflichtung zur Rechtsbetreuung (Patientenanwalt) von Kranken bzw. Behinderten und dadurch hilfsbedürftigen Personen mit dem damit verbundenen, ebenfalls legisistisch vorgesehenen Kostenersatz kann nach VwGH vom 24. 11. 1999, 95/13/0185, nicht einer unternehmerischen, privat-rechtlich orientierten Leistungserbringung und damit in weitere Interpretation dieser Höchstgerichtsentscheidung auch nicht einer Leistungsvereinbarung im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung von öffentlichen Rechtsträgern gleichgestellt werden.

Es ist richtig, dass auch die Rechtsprechung sich mit dieser Rechtsproblematik der Rechtsfürsorge auseinandergesetzt hatte und dabei ausschließlich etwa

- bei physisch bzw. psychisch behinderten Menschen (VwGH 24. 11. 1999, 95/13/0185),
- bei medizinisch dringend notwendigen, psychischen Beratungen von Haftinsassen im Rahmen der Bewährungsmaßnahmen (VwGH 20. 11. 2019, 2019/15/0103),

eine abgabenbegünstigte Tätigkeit unter dem Aspekt der Mildtätigkeit vorliegt.

Im Rahmen des § 267 IO sind private oder staatliche Schuldnerberatungsstellen vorgesehen, welche Schuldner entgeltlich oder unentgeltlich beraten; zumeist wurde über deren Vermögen aus persönlichen und betrieblichen Gründen das Insolvenzverfahren eröffnet. Die Rechtssystematik der Befreiungsbestimmung des Kommunalsteuerrechts über Fürsorgetätigkeit lässt es kaum zu, derartige Geschäftstätigkeit unter § 8 Z. 2 KommStG zu subsumieren.

Daher sollte keine Abgabenbegünstigung vorliegen etwa bei der im Rahmen der Begleitregelungen zur Insolvenzverordnung nach § 267 IO vorgesehenen Schuldenberatung, wonach private Einrichtungen, wie Vereine oder Gesellschaften, als soziale Dienstleistungsträger und auch staatlich anerkannte Schuldenberatungsstellen eingerichtet werden können und es sich dabei um einen Klientenkreis handelt, welcher aufgrund des Konsumverhaltens, der Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit auf eine entsprechende fachliche und wirtschaftliche Beratung angewiesen wäre.

## VIII. Partielle

### Abgabenbefreiung

Der Verwaltungsgerichtshof hat in ständiger Rechtsprechung eine partielle Abgabenbefreiung im Hinblick auf die Formulierung im § 8 Z. 2 KommStG 1993 „... insoweit ...“ anerkannt, wobei

- unternehmerische von nicht unternehmerischen Geschäftsfeldern ebenso wie

- abgabebefreite von nicht abgabebefreiten Geschäftstätigkeiten steuerrechtlich abgrenzbar sind (VwGH 19. 10. 2006, 2005/14/0132, 28. 5. 2019, Ra 2018/15/0030, und 20. 11. 2019, Ra 2019/15/0103).

Gerade dieses von der ständigen Höchstgerichtssprechung selbst aufgezeigte Rechtsinstrumentarium sollte im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung und zur Vermeidung von kosten- und verwaltungsaufwendigen Rechtsverfahren sowohl von den potenziellen Abgabepflichtigen als auch von Städten und Gemeinden beansprucht werden, wobei

- einerseits unternehmerische und somit steuerbare von den nicht steuerbaren Geschäftsfeldern abzugrenzen sind,
- andererseits abgabebefreite mildtätige und/oder fürsorgerelevante Aktivitäten von der Steuerbarkeit ausgenommen werden können.

In der Abgabenpraxis gibt es

- Organisationen zur Förderung von Arbeit und Wirtschaft,

- Institutionen zur medizinischen und arbeitsspezifischen Betreuung.

In beiden Fällen wäre eine abgabenrechtliche Lösung im Wege einer partiellen Abgabebefreiung mit gleichzeitiger Abgabeverpflichtung der Einrichtung selbst steuerrechtlich möglich.

Im Bereich der Organisationen zur Arbeitsförderung werden Geschäftsfelder im Bereich der abgabebefreiten Behindertenfürsorge beispielsweise einem grundsätzlich abgabepflichtigen Gewerbebetrieb gegenüberstehen; auch hier wäre eine partielle Abgabebefreiung möglich.

Im Bereich der Institutionen zur Rehabilitation beeinträchtigter Menschen werden beispielsweise medizinische tageweise Betreuung und forensische Eingliederung in betreute Wohngruppen als abgabefrei, Arbeitstraining nicht als Fürsorgetätigkeit und damit als abgabepflichtig zu werten sein.



# Österreich braucht Strom.



### Factbox Ennstalleitung

- ✓ Bauphase 2025 – 2027
- ✓ Trassenidente Generalerneuerung nach StWG
- ✓ Gesamtlänge 73,2 km  
Salzburg: 16,9 km  
Steiermark: 56,3 km
- ✓ 234 Maste
- ✓ Spannungsebene 220 Kilovolt
- ✓ Investitionsvolumen: rd. 100 Mio. €

### Über APG

- ✓ Übertragungsnetzbetreiber
- ✓ sichert Österreichs Stromversorgung
- ✓ Trassenlänge 3.400 km
- ✓ Investition 2022: 370 Mio. €
- ✓ Investition bis 2032: 3,5 Mrd. €
- ✓ Mehr Infos [www.apg.at](http://www.apg.at)

**Generalerneuerung Ennstalleitung:**  
Sichere & Nachhaltige Stromversorgung für Gesellschaft,  
Wirtschaft & Tourismus im Großraum Steiermark & Salzburg.



Nähere Informationen  
zum Projekt finden Sie hier:  
[www.ennstalleitung.at](http://www.ennstalleitung.at)

Austrian  
Power  
Grid



## Ertragsanteilsvorschüsse für August 2022

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

### Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

#### a) - nach Steuerarten

|                                                      | Ertrag für 08/2022 <sup>1</sup><br>in 1.000 EURO | Veränderung ggü. 08/2021<br>in % | Ertrag für 01–08/2022<br>in 1.000 EURO | Veränderungen ggü. 01–08/2021<br>in % |
|------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|----------------------------------|----------------------------------------|---------------------------------------|
| <b>Steuern,<br/>Einkommen,<br/>Vermögen (gesamt)</b> | <b>400.926</b>                                   | <b>12,9%</b>                     | <b>4.310.412</b>                       | <b>7,6%</b>                           |

davon:

|                                          |                |              |                  |              |
|------------------------------------------|----------------|--------------|------------------|--------------|
| Veranlagte Einkommensteuer               | -516           |              | 416.715          | 29,2%        |
| Lohnsteuer                               | 307.568        | 0,7%         | 2.534.803        | -9,0%        |
| Kapitalertragsteuer                      | 65.032         | 70,6%        | 283.478          | 46,6%        |
| Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge | 14.168         | 17,9%        | 115.230          | 35,2%        |
| Körperschaftsteuer                       | 14.837         | 114,9%       | 943.002          | 55,7%        |
| Stabilitätsabgabe                        | 15             | 117,5%       | 7.614            | 4,8%         |
| <b>Sonstige Steuern (gesamt)</b>         | <b>593.534</b> | <b>21,0%</b> | <b>4.250.221</b> | <b>15,8%</b> |

davon:

|                                        |         |       |           |        |
|----------------------------------------|---------|-------|-----------|--------|
| Umsatzsteuer                           | 328.048 | 33,9% | 2.174.864 | 22,3%  |
| Tabaksteuer                            | 21.118  | 1,0%  | 159.008   | 4,5%   |
| Biersteuer                             | 2.413   | 17,7% | 14.791    | 2,0%   |
| Mineralölsteuer                        | 43.338  | 23,7% | 335.268   | 15,6%  |
| Alkoholsteuer                          | 1.349   | -4,9% | 13.264    | 31,5%  |
| Energieabgabe                          | 3.685   | -9,5% | 75.039    | -6,3%  |
| Normverbrauchsabgabe                   | 6.056   | 16,1% | 28.960    | -10,7% |
| Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden) | 140.026 | 6,4%  | 1.095.143 | 11,5%  |
| Versicherungssteuer                    | 13.929  | 5,0%  | 110.045   | 6,2%   |
| Motorbezogene Versicherungssteuer      | 28.587  | 3,2%  | 199.341   | 5,1%   |
| KFZ-Steuer                             | 184     | 74,2% | 5.055     | 6,8%   |
| Konzessionsabgabe                      | 2.451   | -9,9% | 23.758    | -3,8%  |
| Kunstförderungsbeitrag                 | 0       |       | 1.053     | -1,4%  |

<sup>1)</sup> Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

#### b) länderweise Anteile <sup>\*)</sup>

|                  | Ertrag für 08/2022 <sup>1</sup><br>in 1.000 EURO | Veränderung ggü. 08/2021<br>in % | Ertrag für 01–08/2022<br>in 1.000 EURO | Veränderungen ggü. 01–08/2021<br>in % |
|------------------|--------------------------------------------------|----------------------------------|----------------------------------------|---------------------------------------|
| Burgenland       | 25.051                                           | 18,3%                            | 215.619                                | 11,5%                                 |
| Kärnten          | 59.754                                           | 20,9%                            | 510.720                                | 11,0%                                 |
| Niederösterreich | 163.200                                          | 14,2%                            | 1.396.145                              | 11,0%                                 |
| Oberösterreich   | 154.844                                          | 18,6%                            | 1.326.871                              | 11,5%                                 |
| Salzburg         | 66.804                                           | 12,2%                            | 580.406                                | 9,8%                                  |
| Steiermark       | 121.882                                          | 18,4%                            | 1.051.492                              | 10,6%                                 |
| Tirol            | 86.536                                           | 16,7%                            | 756.167                                | 11,4%                                 |
| Vorarlberg       | 48.354                                           | 19,2%                            | 407.196                                | 11,2%                                 |
| Wien             | 268.036                                          | 19,5%                            | 2.317.070                              | 12,9%                                 |
| <b>Summe</b>     | <b>994.461</b>                                   | <b>17,6%</b>                     | <b>8.561.686</b>                       | <b>11,5%</b>                          |

\*) ohne Zwischenabrechnung



## Öffentliche Grünflächen

Kommunale Gärtnerinnen und Gärtner und Interessierte finden in diesem Handbuch Informationen über Blühflächen, Blumenwiesen, Sickermulden oder Fassadenbegrünungen und Trockenmauern, Lebensraumholz sowie andere naturnahe Elemente. Anschaulich und praxisnah wird für alle wichtigen öffentlichen und gewerblichen Flächen die Bodenvorbereitung, Anlage und Pflege beschrieben.

Pflanzenlisten passend zu den jeweiligen Lebensräumen und Textbeispiele als Hilfestellung bei der Formulierung von Ausschreibungstexten zur Anlage und Pflege helfen bei der direkten Umsetzung. Herausgegeben wird dieser praxisnahe Leitfaden von vier deutschen Organisationen, deren Ziel es ist, Biodiversität zu fördern, Menschen für die nachhaltige Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im besiedelten Raum zu begeistern und dazu beizutragen, dass öffentliche Grünflächen und Firmengelände auf Dauer zu Rückzugsgebieten für die lokale Flora und Fauna werden. Die Texte wurden von Experten des REWISA-Netzwerks und von Bioterra auch auf ihre Umsetzbarkeit in Österreich geprüft.

**Öffentliche und gewerbliche Grünflächen naturnah**  
Praxishandbuch für die Anlage und Pflege

Ulrike Aufderheide | Pala Verlag  
2022 | ISBN-13 9783895664205 |  
€ 30,00 | 204 Seiten | Gebunden



## Rechtliches zu Homeoffice

Gezwungen durch die Corona-Pandemie wurden sowohl Arbeitnehmer:innen als auch Arbeitgeber:innen vor die immer weiter wachsende Herausforderung der Heimarbeit, das sog. „Homeoffice“, gestellt. Die dadurch entstandenen Regelungslücken und die immer dynamischeren Entwicklungen in diesem Bereich galt es durch neue Gesetze und Verordnungen zu schließen und laufend anzupassen.

Der Herausgeber, Honorarprofessor für Arbeitsrecht und Sozialrecht Stefan Köck, und zahlreiche weitere Autor:innen stellen in diesem Buch die verschiedenen Zusammenhänge der Sammelgesetze thematisch ausgerichtet dar. Gleichzeitig binden sie die Fragestellungen des Arbeitsrechts, des Arbeitnehmer:innenschutzrechts und des Datenschutzrechts in ihre Kommentierung mit ein. Ebenfalls relevante Steuerfragen aus der Praxis werden behandelt. Das Werk richtet sich an alle, die sich mit der Homeoffice-Thematik befassen: sowohl im Bereich der Abrechnung, Überwachung als auch der Vertragsverfassung.

## Der Homeoffice-Kommentar

Stefan Köck | MANZ Verlag Wien  
2021 | ISBN: 978-3-214-02561-8 |  
€ 68,00 | 322 Seiten | Gebunden



## Whistleblowing

Anonyme Hinweisgeber:innen liefern oft entscheidende Hinweise, um Missstände aufzudecken, man denke nur an die Panama Papers oder die Lux Leaks. Dennoch sind sie immer wieder Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt. Das Buch setzt sich mit dem Schutz von Whistleblower:innen in der Europäischen Union auseinander und legt den Fokus vor allem auf die aktuelle Whistleblowing-Richtlinie. Der Autor gibt einen detaillierten Einblick in die Funktionsweise und erörtert, inwiefern sie die Rechte von Whistleblower:innen stärkt bzw. wo noch Handlungsbedarf durch die Mitgliedstaaten besteht.

Ergänzend wird auf die weiteren relevanten Unionsrechtsakte – insbesondere auf die Marktmissbrauchs-VO und auf die Geschäftsgeheimnis-RL – eingegangen. Das Buch ist die erweiterte und aktualisierte Fassung der Diplomarbeit des Autors an der Universität Innsbruck und setzt sich auch mit den österreichischen Whistleblowing-Bestimmungen auseinander. Die Zusammenstellung der zahlreichen und doch sehr zersplitterten Regelungen ist sehr gelungen.

**Der Schutz von Whistleblowern in der Europäischen Union**

David Löffler | Jan Sramek Verlag  
2020 | ISBN: 978-3-7097-0245-1 |  
€ 35,00 | 132 Seiten | Broschiert



Lotte Lindegaard und Carsten Topholt von TV 2 auf einer der erhöhten Stadtbänke

## Stadtbänke der Zukunft

**Kopenhagen: ein warnendes Symbol für den steigenden Meeresspiegel**

Ist das Kunst? fragten sich wohl viele, die eine der 15 massiv erhöhten Parkbänke, die im Frühsommer in den dänischen Städten Kopenhagen, Aarhus und Odense standen, gesehen haben. Nicht ganz – das ist die Zukunft – wenn wir jetzt nicht handeln.

Der dänische Fernsehsender TV 2 macht mit den schwer erklimmbaren Bänken auf die Klimakatastrophe aufmerksam. Laut dänischen Forschern steigt der Meeresspiegel in Folge der Erderwärmung bis zum Jahr 2100 um bis zu 1,35 Meter – exakt so viel, wie die neuen Bänke hoch sind.

Der öffentlich-rechtliche Sender TV 2 möchte mit dieser Aktion den Klimawandel veranschaulichen und die Menschen zum Handeln aufrütteln, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern, den Anstieg des Wassers zu verlangsamen und Zeit zu gewinnen. „Als öffentlich-rechtliches Medium liegt es in unserer Verantwortung, wichtiges Wissen so zu verbreiten, dass es jeder versteht. Mit den erhöhten Bänken wollen wir den Dänen ein konkretes Bild davon vermitteln, wie die Zukunft aussehen wird, wenn wir jetzt nichts ändern – alle. Es ist unsere Erde und damit unsere Verantwortung, auf ihr zu handeln“, sagt Lotte Lindegaard, Content Director bei TV 2.

Die um 85 cm erhöhten Versionen der klassischen, schwarzen und grünen Stadtbänke werden nach der Aktion vom Hersteller recycelt und wiederverwendet.



## Lesen für die Katz

**In Zürich lesen Kinder Katzen vor.**

Zürcher Kinder lesen neuerdings Katzen im Tierheim vor. Die Idee dahinter ist, dass die Kinder durch das laute Vorlesen flüssiges Lesen trainieren und gleichzeitig Hemmungen und Ängste überwinden. Auch Katzen mögen es, von den Kids vorgelesen zu bekommen, es wirkt beruhigend und ist eine willkommene Abwechslung im Tierheimalltag. Eine pensionierte

Lehrerin hat das Projekt mit dem Tierschutz Zürich nach einem Berliner Vorbild ins Leben gerufen. Nach den Sommerferien soll es zum festen, wissenschaftlich begleiteten Angebot der Leseförderung werden, denn Lesen ist eine zentrale Fähigkeit und wer gut lesen kann, hat es in allen Schulfächern leichter.

## Città slow Enns

**Eine „città slow“ ist mehr als nur eine langsame Stadt.**

1979 entstand in Italien das cittaslow-Netzwerk, das sich mittlerweile über alle Kontinente spannt und auf der Idee von „Slow Food“ basiert. Die Vereinigung will weitergehen und versteht sich als Gegenbewegung zu Verkehrslärm, Hektik und schlechtem Geschmack. Der Wunsch, in einem entschleunigten Rhythmus zu leben und auf die Lebensqualität zu achten, findet in immer mehr Ländern Beachtung. Seit 15 Jahren ist auch die oberösterreichische Stadt Enns dabei. Bürgermeister Christian Deleja-Hotko (SPÖ) geht es darum, zu fragen: „Wofür nehmen wir uns Zeit?“ In diesem Sinne wolle man sich als Mitglied von „cittaslow“ auf die eigenen Stärken besinnen und darauf, was Enns ausmache. Die „cittaslow“-Mitgliedschaft – jährlich bezahlt die Stadt

dafür 1.500 Euro – sei auch Teil des aktuellen Strategieentwicklungsprozesses. Mittlerweile sind auch die steirische Stadt Hartberg und Horn in Niederösterreich Teil der Bewegung. „cittaslow“-Städte müssen Kriterien aus sieben Bereichen erfüllen: Energie und Umweltpolitik, Infrastrukturpolitik, urbane Lebensqualität, landwirtschaftliche, touristische und handwerkliche Erzeugnisse, Gastfreundschaft, sozialer Zusammenhalt sowie Zusammenarbeit innerhalb der Bewegung.

[https://erleben.enns.at/citta\\_slow](https://erleben.enns.at/citta_slow)



## Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine und Änderungen auf [www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)

### September

|                       |                                      |                |
|-----------------------|--------------------------------------|----------------|
| 8. und 9. September   | WS Kommunales Beteiligungsmanagement | Waidhofen/Ybbs |
| 20. September         | FA Umwelt                            | Linz           |
| 21. und 22. September | FA Energie                           | Wels           |
| 28. und 29. September | FA für Gewererecht und Gewerbeteknik | Wien           |
| 28. bis 30. September | FA Stadtgärten                       | St. Pölten     |

### Oktober

|                     |                                    |                  |
|---------------------|------------------------------------|------------------|
| 4. und 5. Oktober   | FA Verkehr                         | Klagenfurt       |
| 6. und 7. Oktober   | FA Schlachthof- und Veterinärwesen | Villach          |
| 6. und 7. Oktober   | FA Sport                           | Wr. Neustadt     |
| 10. und 11. Oktober | FA Kultur                          | Wels             |
| 12. und 13. Oktober | FA Bildung                         | Innsbruck        |
| 13. und 14. Oktober | FA Öffentlichkeitsarbeit           | Innsbruck        |
| 17. und 18. Oktober | FA Soziales                        | Bruck an der Mur |

### November

|                      |                                     |              |
|----------------------|-------------------------------------|--------------|
| 8. und 9. November   | FA Märkte und Lebensmittel          | Villach      |
| 10. und 11. November | FA Verwaltungsorganisation          | Kremsmünster |
| 15. und 16. November | 30 Jahre Netzwerk Gesunde Städte    | Villach      |
| 15. bis 17. November | FA für Kontrollamts-angelegenheiten | Klagenfurt   |
| 17. und 18. November | FA Recht                            | Wien         |



## Ausblick ÖGZ 10/2022

### Finanzen

In der nächsten Ausgabe der ÖGZ geht es um Finanzen: Die Themen reichen von nachhaltigen Investitionen über Taxonomie bis zu Bürger:innenbeteiligung und Klimabudgets von Städten.

Ausgabe 10/22 erscheint am 5. Oktober 2022.

## Gutes Leben für Alle

### Perspektiven der Daseinsvorsorge und Alltagsökonomie

IFIP-Konferenz, Vorstellung des neuen Kompetenzzentrums Alltagsökonomie und Egon-Matzner-Preisverleihung 21. September, TU Wien, [www.tuwien.at/ar/ifip/50-jahre-ifip](http://www.tuwien.at/ar/ifip/50-jahre-ifip)

## Gut zu Fuß in Stadt und Land

### XVI. Österreichische Fachkonferenz für FußgängerInnen 2022

6. und 7. Oktober 2022  
Korneuburg, Stadtsaal & Rathaus  
[www.walk-space.at](http://www.walk-space.at)

## Kontakt

[oegz@staedtebund.gv.at](mailto:oegz@staedtebund.gv.at)

**Impressum:** ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 9/2022 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, [www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at), oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Geschäftsführer: Gabriele Ambros, KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-9989980, Mitarbeit: Kevin Muik • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Grafische Gestaltung: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Reproduktion: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1 • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2022: 10 Ausgaben • Cover: Innsbruck Tourismus/Tommy Bause, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: Tel. +43(0)1 740 32-725, +43(0)664 88 32 50 60, [abo.oegz@bohmann.at](mailto:abo.oegz@bohmann.at), Anzeigenannahme, Verkauf und Backoffice: Daniela Borka, [daniela.borka@schmid-verlag.at](mailto:daniela.borka@schmid-verlag.at), Tel. +43(0)1 740 32-733, Verkauf: Julia Rötzer • Informationen zur DSGVO: [www.bohmann.at](http://www.bohmann.at) • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.



# EINE ZUKUNFT FÜR UNSERE ZUKUNFT.

NACHHALTIG VERANLAGEN, SPAREN  
UND VORSORGEN MIT RAIFFEISEN.

Wir leben in herausfordernden Zeiten. Da ist es gut, einen regionalen Partner an seiner Seite zu haben, der Lösungen anbietet, die zu Ihren Anforderungen passen. Das können Veranlagungswünsche, aber auch nachhaltige Investitionen für Haus oder Wohnung sein. Fragen Sie uns! Gemeinsam finden wir die richtige Lösung. Damit unsere Zukunft eine Zukunft hat. Wir macht's möglich.



wirmachtsmöglich.at